

Morgenblatt

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Mittwoch, den 13. Juli 1910.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnementspreis: 1,10 Mark monatlich, 1,10 Mark vierteljährlich, 3,30 Mark halbjährlich, 6,60 Mark jährlich. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsblätter 10 Pf. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragene in die Post-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich, Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Inserions-Gebühr
Bekannt für die sechsstelligen Nummerngebühren ober deren Raum 10 Pf., für politische und gesellschaftliche Vereins- und Besammlungs-Anzeigen 20 Pf., „Kleine Anzeigen“, das erste (steilgedruckte) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf., Stellenangebote und Schlafstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf., Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inseerate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Ein Kaiser-Brief.

In der amerikanischen und englischen Presse rumort es wieder einmal nicht unbeträchtlich wegen eines neuen Kaiser-Briefes. Es handelt sich dabei um einen Brief, den Wilhelm II. an den Präsidenten Madriz von Nicaragua gerichtet hat.

In Nicaragua herrschen zurzeit ziemlich zerfahren Zustände. Es stehen sich dort, wie das ja in den kleinen mittel- und südamerikanischen Staaten oft vorkommt, zwei Parteien gegenüber, deren Häupter Madriz und Estrada sind. Jeder dieser beiden Präsidenten erhebt Anspruch auf die Präsidentschaft. Die Regierung der Vereinigten Staaten hat jedem der beiden Präsidentschaftsanwärter in einem bestimmten Teile Nicaraguas bestimmte Verwaltungsbefugnisse eingeräumt, jedoch keinem der beiden Parteihäupter die Anerkennung einer offiziellen Regierung zuteil werden lassen. Als General Madriz im Dezember des vorigen Jahres dem Ausland den Antritt seiner Präsidentschaft ankündigte, war England so vorsichtig, zunächst einmal die amerikanische Regierung über ihre Stellungnahme zu sondieren. Der deutsche Kaiser jedoch beantwortete am 26. April die Note Madriz, indem er ihn zu seinem Regierungsantritt beglückwünschte.

Ein Teil der amerikanischen Presse behauptet nun, daß dies Verfahren Wilhelms II. einen ungerechtfertigten und für die Vereinigten Staaten unfreundlichen Eingriff in die amerikanischen Verhältnisse darstelle. Die freundliche Antwortnote des deutschen Kaisers, in der Madriz als „großer und guter Freund“ bezeichnet werde, sei von ganz bestimmten Absichten diktiert. Man dürfe sie als den ersten Schritt einer Annäherung zwischen Deutschland und den mittelamerikanischen Republiken betrachten. Die deutsche Politik laufe wohl darauf hinaus, eine Kohlenstation in Nicaragua zu erwerben. Nach einer Meldung der Londoner „Morning Post“ erinnert man in Amerika auch an das schon vor einiger Zeit verbreitete Gerücht, daß Präsident Madriz einer europäischen Großmacht eine nicaraguarische Insel als Kohlenstation angeboten habe, wenn diese ihn anerkenne und ihm finanzielle Unterstützung gewähre.

Demgegenüber wird von mehreren Telegraphenbüros auf „Erfundigungen an zuständiger Stelle“ erklärt, daß der Brief Wilhelms II. an Madriz keineswegs ein kaiserliches Handschreiben gewesen sei, sondern lediglich die übliche Antwortnote auf das Notifikationschreiben des Präsidenten Madriz, in dem dieser in derselben Weise wie allen anderen Staatsoberhäuptern dem deutschen Kaiser seinen Regierungsantritt angezeigt habe. Das deutsche Antwortschreiben sei ganz in der Form abgefaßt gewesen, die dafür völkerrechtlich vorgeschrieben sei. Auch die Anrede „großer und guter Freund“ sei nichts anderes, als eine solche allgemein angewandte Höflichkeitssloskel. Weder in dem Brief des Präsidenten noch in der Antwort Wilhelms II. seien irgend welche politischen Mitteilungen enthalten gewesen. Insbesondere werde von der zuständigen Seite versichert, daß von einer Kohlenstation gar keine Rede gewesen sei, daß es sich vielmehr hierbei nur um das „Hervorholen eines alten Märchens“ handle. Die Vereinigten Staaten wüßten auch längst, daß Deutschland nicht als Eindringling zu betrachten sei. Offenbar sei die ganze Angelegenheit nur aufgebauht worden, um für den demnächst stattfindenden südamerikanischen Kongreß in einem gewissen Sinne Stimmung zu machen.

Auch wir können annehmen, daß es sich tatsächlich um die Aufbausung einer harmlosen gemeinten Sache handelt. Daß unsere deutsche Weltmachtpolitik nach der Schaffung neuer Kohlenstationen trachtet, ist ohne weiteres anzunehmen; daß sie sich aber der Illusion hinzugeben vermöchte, in Mittel- oder Südamerika solche Kohlenstationen erlangen zu können, halten wir denn doch für gänzlich ausgeschlossen. Es ist der deutschen Regierung so gut wie der jedes anderen Staates bekannt, daß Amerika auf die strikte Innehaltung der Monroe-Doktrin das höchste Gewicht legt und es niemals zugeben würde, daß eine andere Seemacht sich in amerikanischen Gewässern einen Stützpunkt schaffe. Gegen den unverkennbaren Willen der Vereinigten Staaten aber sich politisch-weltpolitischen Projekten nachzugeben, wäre eine ungläubliche Torheit, der wir auch die deutsche Regierung nicht für fähig halten.

Es bleibt also die formelle Anerkennungsnote des deutschen Kaisers übrig. Und da müssen wir allerdings sagen, daß auch Deutschland sich durchaus nichts vergeben hätte, wenn es sich erst gleich England in Washington über die Stimmung der Vereinigten Staaten informiert hätte. Amerika nimmt nun einmal das Recht für sich in Anspruch, auch über die Politik der mittel- und südamerikanischen Staaten mitzubestimmen, und da es auch unstrittig die Macht besitzt, seinen Ansprüchen Geltung zu verschaffen, wäre es ja total sinnlos, eine gegen die Vereinigten Staaten gerichtete Politik unterstützen zu wollen. Es wäre also in diesem Falle dringend wünschenswert gewesen, daß Wilhelm II. auf eine Handlung verzichtet hätte, die, so harmlos sie ge-

meint gewesen sein mag, gleichwohl der jingoistischen Presse Amerikas und Englands den bequemsten Vorwand zu aber- teulerlichen Gerichten zu liefern vermochte.

Dazu kommt, daß die Vergangenheit leider dieser Jingo- presse ein gewisses Recht zu solchen sensationellen Auf- bauungen gibt. Diegt es doch sehr nahe, bei dieser Ge- legenheit das famose Krüger-Telegramm wieder hervorzu- holen und den Brief an den General Madriz mit dem da- maligen Kaisertelegramm zu vergleichen. Gerade dies un- selige Kaisertelegramm, das Deutschland schon so viel Blamage und Ungelegenheiten bereitet hat, hätte Wilhelm II. respektive dem Auswärtigen Amt eine dringende Warnung sein sollen. Zum mindesten hätte man von dem Auswärtigen Amt erwarten sollen, daß es diesmal klügere Vor- sicht hätte walten lassen. Denn da es sich nach den offiziellen Erklärungen der Depeschbüros nicht um ein Privat- schreiben Wilhelms II., sondern um die übliche amt- liche Note gehandelt hat, kann ja das Schriftstück nur im Auswärtigen Amt angefertigt und dem Kaiser Idig- lich zur Unterschrift vorgelegt worden sein. Oder sollte es sich doch anders verhalten?!

Jedenfalls beweist auch dieser neueste Kaiserbrief, daß die deutsche Regierung in ihrer auswärtigen Politik eine äußerst unglückliche Hand hat. Die Entrüstung über die Sensationsklüstertheit der amerikanischen und englischen Presse vermag an dieser unerquicklichen Tatsache nicht das geringste zu ändern. Und das Uebel wird auch solange unausrottbar sein, als die Vertretung des Reichs nach außen hin die Sache einzelner impulsiver Persönlichkeiten und einiger weniger unzulänglicher Berater sein wird.

Der Rixdorfer Wahlrechtsraub vor dem Bezirksauschuß.

Bekanntlich suchte die bürgerliche Stadtverordnetenmehrheit in Rixdorf im Einverständnis mit dem Magistrat die Vermehrung der sozialdemokratischen Vertreter im Stadtparlament dadurch unmöglich zu machen, daß sie Ende Dezember 1908 ein Ortsstatut beschloßen, das für die Bildung der Gemeindevählerabteilungen das Verfahren nach dem anderthalbfachen Durchschnitt einführte. Schon vor diesem Wahlrechtsraub, der in der Öffentlichkeit allgemeines Aufsehen erregte, hatte der Rixdorfer Magistrat in aller Stille die Rechte der Gemeindevähler dadurch erheblich beeinträchtigt, daß er bei Auf- stellung der Wählerliste für das Jahr 1908 das Verfahren nach dem einfachen Durchschnitt in sinn- und gesetzwidriger Weise zur Anwendung brachte.

Bekanntlich erfolgt die Bildung der Gemeindevählerabteilungen nach dem Verfahren der einfachen Drittelung. Das heißt, der ersten Abteilung werden so viele von den Höchstbesteuerten zugezählt, daß die Summe der von ihnen aufgebrauchten Steuern ein Drittel der Gesamtsteuersumme der ganzen Gemeinde ausmacht. Von den folgenden Steuerzahlern kommen so viele in die zweite Abteilung, daß auch hier ein Drittel der Gesamtsteuersumme heraus- kommt; den Rest der Wähler bildet die dritte Abteilung. Eine Ab- weichung von dieser Regel der Drittelung ist nach dem Gesetz vom 30. Juni 1900 in Städten mit mehr als 10 000 Einwohnern zu- lässig und zwar in der Weise: Wähler, die mehr als den auf den einzelnen Wähler fallenden Durchschnittsbetrag der Gesamtsteuersumme zahlen, nach der Drittelung aber in die dritte Abteilung gehören, können der zweiten Abteilung zugewiesen werden. — Nach demselben Gesetz kann durch Ortsstatut bestimmt werden, daß für dies Ver- fahren statt des einfachen Durchschnitts der anderthalbfache Durchschnitt gelten soll.

Der Rixdorfer Magistrat hat bei Aufstellung der Wählerliste für 1908 die angeführte Gesetzesbestimmung sinn- und gesetzwidrig angewandt. Während diese Bestimmung den pluto- kratischen Charakter des Gemeindevahlrechts mildern will, indem sie die Emporhebung der mehr als den Steuerdurchschnitt zahlenden Wähler aus der dritten in die zweite Abteilung ermög- licht, schlug der Rixdorfer Magistrat in ganz solcher Auslegung des Gesetzes den entgegengesetzten Weg ein. Er stieß die Wähler, welche den durchschnittlichen Steuerbetrag nicht erreichten, bei der Drittelung aber in die zweite Abteilung gekommen waren, in die dritte Abteilung hinaus und verstärkte dadurch den pluto- kratischen Charakter des Wahlrechts.

Die nach diesem Grundsatz aufgestellte Wählerliste für 1908 ist vom Genossen Conrad im Verwaltungsstreitverfahren angefochten und sowohl vom Bezirksauschuß wie vom Oberverwaltungsgericht für ungültig erklärt worden, weil das Verfahren des Magistrats dem Gesetz nicht entspricht. — Für die Verhältnisse, die in Rixdorf herrschen, ergibt sich aus diesem Urteilspruch, daß die Bildung der Wählerabteilungen lediglich nach dem Verfahren der Drittelung stattzufinden hat. Die Abweichung von der Regel, die das Gesetz am 30. Juni 1900 zuläßt, hat eben für die eigenartigen Verhältnisse Rixdorfs keine praktische Bedeutung. Daron kann auch das Orts- statut, das der roten Flut einen Damm entgegensetzen sollte, nichts ändern.

Wenn schon die nach dem Verfahren des einfachen Durch- schnitts aufgestellte Wählerliste nach dem Urteil des Oberverwaltungs- gerichts ungültig ist, so muß die Wählerliste für 1900, bei der nach dem Erlass des Ortsstatuts das Prinzip des anderthalb- fachen Durchschnitts angewandt worden ist, erst recht un- gültig sein. — Das hätte sich auch der Rixdorfer Magistrat, nachdem ihm das Urteil des Oberverwaltungsgerichts bekannt geworden war, sagen und danach handeln müssen. Das tat er aber nicht! Auch die Stadtverordnetenmehrheit stellte sich auf seine Seite.

Die Wählerliste für 1900 ist natürlich auch von unserer Seite angefochten worden. Der Bezirksauschuß hatte die Verhandlung dieses Streitfalles so lange vertagt, bis das Oberverwaltungsgericht sein Urteil über die Wählerliste von 1908 gefällt haben würde. Das ist am 18. Januar d. J. geschehen und das Urteil dem Rixdorfer Magistrat sogleich bekanntgegeben worden. Anstatt nun die zweifellos nach gesetzwidrigen Grundfäden aufgestellte Wählerliste für 1900 zu kassieren, ließ der Magistrat der Verwaltungsstreitsache ihren Lauf, ja er zögerte die Ansetzung eines Verhandlungstermins dadurch hinaus, daß er die Akten, die der Bezirksauschuß bereits im Februar einforderte, erst kürzlich einsandte, nachdem bereits einige Nachwahlen auf Grund der neuen, gesetzwidrigen Liste stattgefunden haben, bei denen aber trotz alledem die sozialdemokratischen Kandidaten gewählt worden sind.

Infolge der vom Magistrat verschuldeten Verzögerung konnte die vom Genossen Scholz erhobene Klage gegen den Beschluß der Stadtverordnetenversammlung, der die von unseren Genossen angefochtene Wählerliste für gültig erklärte, erst am Dienstag vor dem Bezirksauschuß in Potsdam verhandelt werden.

Die belagte Stadtverordnetenversammlung hatte, wohl in dem Gefühl, daß sie eine unhaltbare Position nicht mehr zu verteidigen brauche, gar keinen Vertreter zur Verhandlung geschickt. Die vom Referenten vorgetragene Gründe, welche die Mehrheit der Rixdorfer Stadtveräter für ihren Standpunkt anführen, sind im wesentlichen nicht rechtlich, sondern politischer Natur. Sie lassen sich kurz dahin zusammenfassen: Der Gesetzgeber könne nicht das gewollt haben, was das Oberverwaltungsgericht in seinem Urteil ausgesprochen habe. Es müsse der Gemeinde Rixdorf doch möglich gemacht werden, zu verhindern, daß ihre Verwaltung in die Hände einer sozialdemokratischen Mehrheit komme, denn dies würde den wirtschaftlichen Ruin der Stadt Rixdorf zur Folge haben! Um eine sozialdemokratische Mehrheit zu verhindern, sei ja das Ortsstatut erlassen worden und die angefochtene Wählerliste entspreche dem Ortsstatut.

Rechtsanwalt Wolfgang Heine, der den Kläger vertrat, lehnte es ab, auf die politischen Ausführungen der Beklagten einzugehen, da für die hier zu treffende Entscheidung nicht politische, sondern rechtliche Erwägungen maßgebend seien. In seinen weiteren Ausführungen verwies Genosse Heine darauf, daß alles, was in dem Vorprozeß gegen die von der Gemeinde Rixdorf beliebte Anwendung des einfachen Durchschnitts gesagt worden sei, auch auf den ander- halbfachen Durchschnitt zutrefte. Nach dem Urteil des Oberverwal- tungsgerichts treffe der § 2 des Gesetzes vom 30. Juni 1900 für die Rixdorfer Verhältnisse nicht zu, denn es gebe dort keine Wähler, die nach dem Durchschnittsprinzip aus der dritten in eine höhere Abteilung befördert werden müßten. Eine Verletzung der unter dem Durchschnittsprinzip bleibenden Steuerzahler aus der zweiten in die dritte Abteilung sei gegen den Sinn des Gesetzes. Wenn also der § 2 für Rixdorf nicht zutrefte, dann sei das auch mit dem § 3 der Fall, denn er beziehe sich nur auf solche Gemeinden, für die der § 2 zutrefte. Auf Grund der angefochtenen Wählerliste seien in der ersten Abteilung 302 Wähler mit einer Steuersumme von 791 182 M., in der zweiten Abteilung 2317 Wähler mit 789 326 M., und in der dritten Abteilung 35 810 Wähler mit einer Steuersumme von 1 411 620 M. Die Wähler der dritten Abteilung zahlen also fast so viel Steuern, wie die der beiden anderen Abteilungen zusammenkommen. Das sei ein Zustand, der dem Sinne des Gesetzes nicht entspreche. Was die Gemeindeverwaltung von Rixdorf mit ihrem Ortsstatut erreichen wolle, könne sie nicht erreichen, solange die gegenwärtigen gesetzlichen Bestimmungen bestehen.

Der Bezirksauschuß folgte den Ausführungen des Anwalts und erklärte seinem Antrage gemäß die Wählerliste für 1909 als ungültig.

Liberaler Demagogie.

Aus London wird uns geschrieben: Wie ein alter Sünder, der im Sterben liegt, macht jetzt die Regierung dem Richter, vor dem sie demnächst zu erscheinen hat, der Wählerchaft, ein Versprechen nach dem anderen. Vor drei Wochen versprach Herr Winston Churchill den Vergarbeitern eine durchgreifende Revision des Verggesetzes, bei der die vielen Vorschläge, die die königliche Kommission über die Unfälle im Bergbau gemacht hat, in Wirklichkeit umgesetzt werden sollen. Allerdings wird die Bill nicht vor dem nächsten Jahre fertig sein. Wehmütig meinte der Minister, er könne über die Aus- sichten der Vorlage leider nichts sagen; denn er wisse nicht, ob die Regierung im nächsten Jahre noch am Ruder sein werde. Nicht minder unbestimmt klang das von dem Schatzkanzler in der Budgetrede gemachte Versprechen, vom 1. Januar 1912 ab eine allgemeine Kranken- und eine partielle Arbeitslosenversicherung einzuführen. Die Erfüllung dieses Versprechens soll bekanntlich davon abhängen, ob Deutschland seinem Flottenprogramm gemäß im Jahre 1912 das Tempo seiner Seerüstungen verlangsamt. Wenn das ein- träfe, sagt uns der Schatzkanzler, so würde an der Flotte gespart werden und die genannten Sozialversicherungen würden eingeführt werden können. Der Wert dieses Versprechens ist etwa so hoch einzuschätzen, wie die Größe der Widerstands- fähigkeit der Antiliberalen gegen den unerfülllichen Junger des Marinemolochs.

Eine bedingte Sozialreform beweist, daß man in liberalen Kreisen die Intelligenz des englischen Arbeiters nicht sehr hoch einschätzt.

In der gleichen nebelhaften Zukunft liegt das letzte Woche vom Minister des Innern angekündigte Projekt über die

Regelung der Arbeitszeit der Ladengehilfen. Herr Churchill hat die von seinem Vorgänger Gladstone im letzten Parlament entworfene Vorlage wieder eingebracht. Es handelt sich hier um die Einlösung eines alten Versprechens. Die Bill behandelt die Arbeitszeit der Ladengehilfen und die Geschäftszeit der Ladengeschäfte. Die wöchentliche Arbeitszeit der Ladengehilfen, deren es in Großbritannien etwa 1 Million gibt, soll auf 60 Stunden festgesetzt werden. Kein Gehilfe soll mehr als an 3 Tagen in der Woche nach 8 Uhr abends arbeiten; auch soll eine bestimmte Zeit für Mahlzeiten festgesetzt werden. Ferner soll der schon vielfach beobachtete halbe freie Tag in jeder Woche obligatorisch gemacht werden. Die Sonntagsarbeit soll reguliert werden. Schließlich enthält die Vorlage auch noch sanitäre Bestimmungen.

Käme die Vorlage zur Annahme, so würden damit viele der dringendsten Forderungen der so wenig geschützten Ladengehilfen erfüllt werden. Aber bei der ersten Lesung dieser Vorlage konnte man auch wieder in den Worten des Ministers den klagenden Mollton eines der Auflösung entgegensehenden Kabinetts vernehmen. „Obgleich ich mir der Schwierigkeiten der bestehenden Zustände, soweit die Annahme dieser Vorlage in Betracht kommt, sehr wohl bewußt bin, muß ich dennoch bekennen, daß ich die Aussichten dieser Maßregel nicht als hoffnungslos ansehe.“ Solche Aussichten werden die Ladengehilfen kaum hoffnungsvoll stimmen können.

Man tut aber gut, die traurige und bedenkliche Miene des Herrn Churchill als eine vorzeitige Entschuldigung für das Fehlschlagen der erwähnten Vorlage in diesem Parlament anzusehen. Die Regelung der Arbeitszeit der Ladengehilfen wird nebst der Revision der Vergesetze und der Kranken- und Arbeitslosenversicherung mit herhalten müssen, um die nächsten Parlamentswahlen zu gewinnen. Die Liberalen haben sich als gelehrige Schüler der Fabier bewiesen, die die liberale Partei bekanntlich mit sozialistischen Ideen imprägnieren wollen. Der Gedanke steht auf einer Höhe mit dem Einsatz, einem eingestrichelten Einbrecher das Schlosserhandwerk zu lehren, um ihn zu einem nützlichen Gliede der Gesellschaft zu machen. Die englischen Liberalen haben zwar sozialistische Ideen und gar sozialistische Argumente angenommen, benötigen sie aber, nicht um die von den Sozialisten erstrebten Ziele zu erreichen, sondern umgekehrt, um die Verwirklichung des Sozialismus und die zu dieser Verwirklichung notwendige politische Entwicklung der Arbeiterklasse möglichst lange aufzuhalten.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 12. Juli 1910.

Aus dem nationalliberalen Sumpf.

Daß Herr Wassermann nicht mehr kandidieren werde, wird jetzt auch von den nationalliberalen Parteiorganen bestätigt. Wenn als Grund dafür „Parlamentsmüdigkeit“ angegeben wird, so ist das jedenfalls nicht die ganze Wahrheit. Herr Wassermann ergreift die Flucht, weil er sieht, daß seine Versuche, die nationalliberale Partei von der Rechten unabhängig zu machen und bis zur Wiederkehr besserer Zeiten eine sanfte Opposition zu markieren, gescheitert sind. Seine Absicht, durch ein Zusammengehen mit dem nationalliberal gewordenen Freisinn seiner Fraktion mehr Macht zu verschaffen, ist mißglückt, weil die einflussreichsten und mächtigsten Elemente seiner Partei in Wirklichkeit längst freikonservativ geworden sind und von einem noch so gemäßigten Liberalismus nichts wissen wollen. Sein Ausschleichen aus dem politischen Leben bestätigt nur, daß die Nationalliberalen den Versuch, Opposition zu spielen, gründlich satt haben.

Es ist deshalb gar nicht unwahrscheinlich, daß die Nationalliberalen die Offerte des schwarzblauen Blocks freudig annehmen werden und unsere Prophezeiung, Ernst Nachfolger werde Paasche heißen, sich erfüllen wird. Wenn auch die „Abn. Ztg.“ davon noch nichts wissen will, so drängt der rechte Flügel nunmehr zur Annahme. So schreibt heute die „Magdeb. Ztg.“:

Industrie und Arbeiter in Japan.

Von Chagrin.

II.

Die Anfänge der Industrie.

Nachdem Japan mit Amerika einen Handelsvertrag abgeschlossen hatte (1858), folgten auch Verträge mit anderen Ländern. Diese Politik trieb die Anhänger des alten Systems zu energischer Opposition. Der Konflikt zwischen Reaktion und Fortschritt wurde mit dem Säbel entschieden. Der Fortschritt siegte. Die sichtbare Folge davon war die Abschaffung des Feudalsystems und Schaffung einer zentralen Regierung mit dem Mikado an der Spitze. So kam der bis dahin in Kriegen in gänzlicher Ohnmacht und Isolierung lebende direkte Sohn des allmächtigen Gottes zur Staatsgewalt. Die Freude über das Ende seines Schattensdaseins und über die Einsetzung in volle Macht ließ dem Mikado seinem Volke eine Verfassung versprechen. An die Erfüllung seines Versprechens mußte ihn Jahrzehnte später erst eine Volksbewegung erinnern. Was dann gegeben wurde, war ein konstitutioneller Wechselbalg preußisch-asiatischer Paarung.

Das erste, was das neue Regime von seinen Freunden von einigen Tagen, den Weisen, begehrte, waren Militärorganisatoren und Juristen. Die letzteren sollten der neuen Autokratie aus Gesetzesparagrafen ein Gewand fertigen, das europäischen Kreditgebern wohlgefällig in die Augen fiel. Hauptsache aber war die Schaffung eines durchschlagkräftigen Kriegsinstrumentes: die Organisation des Heeres und der Marine. Hinterlist, Mordlust, Strategie und Tapferkeit hatte Japan seit undenklichen Zeiten übergenug besessen. Nur leider ließ sich mit diesen herrlichen Eigenschaften allein wenig gegen Repetiergewehre und Schnellfeuerkanonen ausrichten. Aber jene „Jugenden“, verbunden mit der Anwendung moderner Mordmaschinen, mußten ein Kriegsinstrument erster Güte geben.

Der Molooh Militarismus ist schrecklich gefährlich, die er heißt, konnte das agrarische Japan nicht schaffen. Der Ertrag seiner Landwirtschaft reichte nicht einmal zur Verdrückung der so unglücklich minimalen Bedürfnisse der eigenen Bevölkerung aus. Während die Einwohnerzahl rapid stieg, blieb die Produktion des hauptsächlichsten, nein einzigen Nahrungsmittels, des Reises, stabil, wenn sie nicht gar abnahm. Der Agrarstaat konnte nicht einmal seine Bevölkerung ernähren, geschweige Ausgleichswerte für den Import von Waffen usw. schaffen. Der Vermehrung der Anbauflächen und einer intensiveren Bearbeitung des Bodens hatte die Natur unüberwindliche Schranken gesetzt. Von der sehr gebirgigen Oberfläche sind nur sieben Hundertteile anbaufähig und waren schon lange bebaut. So konnte das neue Japan nur Industrieat sein, wenn es seine Pläne verwirklichen wollte. Immer dieses beschränkte Territorium als Feld für die Landwirtschaft verwenden, um so eine vervielfachte Bevölkerung mit Lebensmitteln zu versehen, ist gewiß kein geschicktes Vorgehen. Wir

„Praktisch kann die Frage, wie der Posten des zweiten Vizepräsidenten besetzt werden solle, erst nach vier Monaten gelöst werden. Bis zum November aber haben sich vielleicht Tatsachen vollzogen, die die Entscheidung der Frage wesentlich erleichtern werden. Im gegenwärtigen Augenblick ist es deshalb verfrüht, die Präsidentenfrage auf die Tagesordnung der öffentlichen Erörterung zu setzen; man wird aber wohl annehmen können, daß für die nationalliberale Partei fremde Ratgeberchaft auch nach vier Monaten ebenso entbehrlich sein wird wie jetzt.“

Die Tatsachen, die die „Entscheidung“, das heißt die Annahme des Vizepräsidentenpostens erleichtern werden, kann man sich schon jetzt vorstellen. Sie werden nur darin bestehen, daß der rechtsdrängende Flügel bis dahin jeden Widerstand überwunden haben wird.

Freilich, wenn die Befegung des Reichstagspräsidenten nach der Fraktionsstärke geschehen sollte, würden wohl andere Tatsachen die Entscheidung erleichtern. Denn bis dahin gibt es noch einige Nachwahlen und es ist nicht gerade unwahrscheinlich, daß die Nationalliberalen bei Zusammentritt des Reichstages aufgehört haben werden, die drittstärkste Partei zu sein, weil diese Stelle die Sozialdemokratie einnehmen wird. Aber an diese Tatsache wollte wohl das nationalliberale Organ kaum erinnern.

Der Enchikla-Kummel.

Das Zentrum muß den blödsinnigen Enchikla-Kummel schmunzeln aus. Eine schönere Gottesgabe als diese kindische Gabe, hätte ihm gar nicht beschert werden können. Wie war es in Verlegenheit, um seine infamen Volksverräterei bei der Reichsfinanzreform und der Wahlrechtsfrage bei seinen Anhängern in Vergessenheit zu bringen! Wie mußte es sich abmühen, um einen Vorwand für seine Kulturkampfpaukerei zu finden! Denn die Klagen über die konfessionelle Inparität tatens nicht mehr. Und auch der Jammer darüber, daß die Schule noch lange nicht genug verpöfist sei, fand kein Echo mehr bei den breiten Wählermassen. Da mußten die biedern Nationalliberalen und der Evangelische Bund auf den törichten Einsatz kommen, wegen der Enchikla einen Entrüstungsdrummel zu inszenieren!

Das war's, was das Zentrum braucht. Nun konnte es wiederum vom bedrohten Glauben, der gefährdeten Gewissensfreiheit schwafeln, in Gegendemonstrationen den religiösen Fanatismus aufpeitschen und in der Presse tagtäglich lange Spalten mit den Albernheiten der protestantischen Blindstoffe füllen! Und das Zentrum tat denn auch, was es irgend tun konnte. Man braucht sich beispielweise nur die „Germania“ anzusehen, um sich davon zu überzeugen, mit welchem Raffinement die katholische Presse den Enchikla-Kummel zur politischen Hypnotisierung ihrer Leser ausnützt. So bringt die „Germania“ in ihrer letzten Nummer wieder einen mehr als drei Spalten langen Artikel über eine Greifswalder Eingabe an den Kaiser, die in den Stohseuzer ausklingt: „Protestantischer Kaiser, hilf!“

Man sollte meinen, nicht nur aus dem Kulturkampf, sondern erst wieder aus den Gottentottentwahlen sollten die protestantischen Eiferer gelernt haben, daß dem Zentrum nichts mehr nützt als die Ansetzung des konfessionellen Faders, als eine Kulturkampfpaukerei, die dem Zentrum die Möglichkeit gibt, den Katholizismus als bedroht oder nur benachteiligt hinzustellen. Der Kulturkampf hat das Zentrum groß gemacht und auch die von liberaler Seite zur Kulturkampfpaukerei benutzten Gottentottentwahlen brachten ihm bedeutenden Zuwachs. Also selbst wenn man von der Abgeschmacktheit des Anlasses des Entrüstungsdrummels ganz absehen wollte, sollten doch die protestantischen Kreise schon aus taktischen Gründen alles vermeiden, was vom Zentrum zur konfessionellen Hebe ausgenutzt werden könnte.

Schon seit den Tagen der Gegenreformation ist allerdings der Katholizismus viel gerissener gewesen als das tapfere Luthertum.

Das Zentrum verlangt Zentrumsminister.

Die „Märk. Volksztg.“, die Volksausgabe der „Germania“, bringt in auffallendem Satz eine Zuschrift, in

müssen die Idee vollständig fahren lassen, in der Zukunft ein Aderbau treibendes Volk zu sein. Wir müssen ein Handels- und Industrievolk werden und die Landwirtschaft China und Korea überlassen, sonst können wir Amerika und Europa nicht widerstehen. Zu diesem Behufe muß eine solide Basis in der Landwirtschaft und Korea etabliert werden und auf diese Art die Exploitation des Orients beginnen. Das ist ein Recht, das aus der inneren Entwicklung Japans resultiert.“ Von der Tōhō Kōtai (Verein für politische Propaganda), giltet in der „Revue de Paris“, 1. Februar 1905.

Ihre Pläne und Ambitionen zwingen also die herrschende Klasse, den Weg zum Industriestaat zu beschreiten. Aber ist denn das Inselreich von der Natur für einen Industriestaat prädestiniert? Wehst es in seinem Schoße die Rohmaterialien, die die Industrie verlangt? Kohle und Kupfererz sind in Fülle vorhanden; auch birgt der Boden Petroleum, selbst etwas Gold und Silber. Dann gibt es nicht viele Länder, wie das gebirgige Japan, wo der weiße Diamant so hoch gespeichert liegt. Die Wasserkraft rauscht von allen Seiten. Andererseits mangelt es sehr an dem für die moderne Industrie so überaus wichtigen Eisenerz; auch will sich der Boden zur Baumwollkultur nicht eignen. Aber diese Schwierigkeiten sind nicht unübersteigbar. Der Eisenstein kann von Amerika und China, die Baumwolle von Indien und China ohne allzu große Kosten eingefahren werden. Der Import dieser Rohprodukte wird sich noch verbilligen, wenn der Panamalanal vollendet ist und die Bodenkultur in Formosa bessere Resultate zeitigt hat.

Eingermähen organisiert und gefestigt, schickte die Regierung der „Erleuchtung“ die tüchtigsten der gerade aufgelösten Kriegerlaste ins Ausland, in die zivilisierten Länder, damit sie deren sozialen, industriellen und politischen Institutionen studierten, um herauszufinden, welche davon gute Früchte versprächen, wenn sie auf japanischen Boden verpflanzt würden.“ Daneben wurden noch Ingenieure aus dem Ausland gerufen, um moderne Betriebe und technische Schulen aufzubauen und für die Ausbeutung der Rinen rationellere Methoden einzuführen.

Von einem Regime, dessen höchstes, wenn nicht einziges Ziel die Schaffung einer soliden Kriegsprüfung war, ist es nur natürlich, daß es beim Aufbau der Industrie zuerst an seine militärischen Bedürfnisse dachte, denken mußte. Die Ministerien des Krieges und der Marine wurden Bureau für industrielle Unternehmungen. Zuerst wurde die Fabrikation von Schießpulver in die Hand genommen, dann wurden Fabriken für Kriegsmaterial und Weetien für die Marine errichtet.

Für so ziemlich alle Industriezweige war die Regierung die Leben spendende und helfende Mutter. Im Jahre 1872 schuf sie eine Modellspinnerei, 1877 eine Baumwollweberei, 1881 Mülterfabriken für die Textilindustrie; vier Jahre vorher hatte sie schon eine Glasblase errichtet. Dabei wurde auch die Erbauung von technischen Schulen nicht vergessen, die Erfolge für die teuren, aus dem Ausland gelommenen Ingenieure, Techniker usw. liefern sollten.

Das Privatkapital nahm eine abwartende Stellung ein. Erst als die Versuche der Regierung günstiger zu werden schienen, die Rechnungsbücher der Regierung ruhiger zu leuchten begannen und

Der Zentrumsminister, Wohlgerneht nicht nur katholische Minister, gefordert werden. In der Zuschrift, der die Redaktion offenbar zustimmt, heißt es:

„Es ist eine ganz eigenartige Erscheinung im Deutschen Reich, daß jene Parteien, welche die positive Arbeit leisten, in der Regel am schlechtesten behandelt werden, die konservativen ausgenommen. Durch Tradition und Familienbeziehungen haben sie einen festen Stamm von Beamten und Kemiern. Wie aber steht es mit dem Zentrum? Seit 30 Jahren nimmt man seine Arbeiten an; aber daß man diese Partei nun auch bei der Verteilung der Staatsämter berücksichtigen würde, das kennt man in Preußen-Deutschland nicht. So kann und darf es nicht weiter gehen, wenn das Zentrum auf seine Ehre und die Gleichberechtigung mit anderen Parteien etwas hält. Diese geistliche Bürdung des Zentrums muß ein Ende haben. Man soll dem Pferde, das den Hafer verdient, das Maul nicht verbinden.“

Wir müssen mit dem Sahe brechen, daß wir keinen Zentrumsanhänger in der Regierung sehen wollen. Wir müssen mit allem Nachdruck die Forderung aufstellen: die Ministerämter sind auch Zentrumsanhängern zu öffnen. Das Zentrum kann es auf die Dauer nicht ertragen, daß es Arbeit leistet und andere den Lohn erhalten, daß es die Blumen erndt, und oppositionelle Parteien die Früchte einstecken dürfen. Wenn die regierenden Kreise nach dem Sahe handeln: „Mein Sohn, behandle die Liberalen gut, die Katholiken machen keine Revolution!“ so ist dies für unsere Ueberzeugung ehrend, aber wir ertragen eine solche Behandlung nicht mehr. Politik muß mit dem Kopfe gemacht werden, nicht mit dem Herzen; wer seine Kraft nicht gebraucht, der wird mißbraucht und ausgelacht. Die harten Ellenbogen müssen in der Politik eine größere Rolle spielen als die sanften Glacéhandschuhe aus Schaffleder. Die Zentrumswähler fordern dies und alle Zentrumsabgeordneten, mit denen wir dieser Tage sprachen, sind darüber einig.“

Diese Forderung läuft auf nichts anderes hinaus, als auf die parlamentarische Regierung. Und doch hat das Zentrum diese Regierungsform bisher stets entschieden abgelehnt. Was soll da die Forderung von Zentrumsministern? Soll das etwa nur die persönliche Belohnung ehrgeiziger Zentrumspolitik sein?

Der wirtschaftliche Ausschuss.

Im Jahre 1897 ist ein „Wirtschaftlicher Ausschuss“ zur Vorbereitung und Begutachtung handelspolitischer Maßnahmen“ mit der Aufgabe gebildet worden, der Reichsverwaltung für Entscheidungen auf wirtschaftlichem und handelspolitischem Gebiete als sachverständiger beratender und begutachtender Beirat zu dienen. Wiederholt sind Wünsche nach einer Erweiterung und Ergänzung des Ausschusses geltend gemacht worden, namentlich nach der Richtung, daß die Fertigwaren-Industrie eine stärkere Vertretung erhalte. Wie die „Nordd. Allg. Ztg.“ mitteilt, ist den Wünschen nach Erweiterung durch eine Vermehrung der Mitglieder um 12 entsprochen worden. Soweit es sich bei den Wünschen um eine Organisationsänderung oder eine andere Zusammensetzung des Ausschusses oder um die Einberufung von Vertretern von Spezialverbänden handelt, konnte ihnen im Hinblick auf den Zweck, den der Ausschuss zu erfüllen bestimmt ist, nicht entsprochen werden.

Uns interessiert an der Meldung vor allem, daß man es wieder nicht für notwendig gehalten hat, in diesen Ausschuss auch Vertreter der wirklichen Produzenten, der deutschen Arbeiter zu berufen. Die preussisch-deutsche Regierung behandelt eben immer, sobald sie es kann, die Arbeiter als Objekte der Gesetzgebung. Das hindert nicht, daß der Ausschuss der Arbeiter ein Skandal sondergleichen ist.

Vom Luftmilitarismus.

Bekanntlich hat sich unser Militarismus auch bereits der Flugmaschine als Kriegswaffe bemächtigt. Und sicherlich wird es bereits bei dem nächsten Kriege, sofern er sich zwischen zwei zivilisierten Nationen abspielt, zu Luftgefechten zwischen Luftballon und Aeroplane kommen.

Vom Standpunkt des Militarismus aus ist es ja begreiflich, daß auch die deutsche Militärverwaltung Versuche mit Zeroplanen anstellt. Nur sollte sie auch hier mit möglichster Vorsicht verfahren

die offiziellen Schanzsteine qualmten, daß es eine Freude war, wurde auch das Privatkapital unternehmungslustig. Die Regierung war weise genug (zum Jahre 1880 an), ein Etablisement nach dem anderen zu verkaufen und nur die zu behalten, die Armee, Marine und Monopole feilschen.

Die Unternehmungslust ist zuweilen bis zur Fieberhöhe gestiegen. Insbesondere nach dem Kriege mit China (1894) schossen die Fabriken wie Pilze nach einem warmen Regen aus dem Boden. Der Goldregen, den die Kriegsentwädigung entfacht, hatte kaum aufgehört, als zahlreiche Gründungen wieder den Weg ins geschäftliche Jenseits antraten.

Ohne Zweifel hat die Industrie in Anbetracht der kurzen Zeit, die ihr zu ihrer Entwicklung zur Verfügung stand, einen beträchtlichen Aufschwung genommen. Man darf nicht vergessen, daß ihre Keime erst in den siebziger Jahren des vorigen Jahrhunderts gelegt wurden. Das alte Japan wußte nichts von einer Industrie im europäischen Sinne. Was vor dem Eintreffen der europäischen Ingenieure an Betrieben bestand, war nicht der Erwähnung wert. Selbst die Ausbeutung der Rinen, die über zwei Jahrhunderte alt sein mag, wurde noch mit handwerksmäßiger Rückständigkeit und asiatischer Gemächlichkeit betrieben. Erst mit der Einführung moderner Betriebsmethoden und rationaler Bewertung des Rohmaterials konnte von einer ertragsfähigen Produktion gesprochen werden; erst dann erhielten die Zahlen von der fortschreitenden Industrie reellen Wert.

Die numerische Stärke der Industrie.

Nach der offiziellen Statistik vom Jahre 1906 gab es in Japan 10 861 Fabriksbetriebe, wovon 4650 Maschinenbetriebe, 5707 Handbetriebe waren. Darin waren 437 101 männliche und 369 233 weibliche, zusammen 806 334 Personen beschäftigt.

Man kann nun der Laikraft, die in ein paar Jahrzehnten fast zehnmal so viele Fabriken aufbaute und in Tätigkeit setzte, alle Anerkennung gönnen, man kann den Fortschritt der Industrie großartig nennen, ohne daß man zu verschweigen braucht, daß diese Zahlen denn doch die geringe Bedeutung der Industrie augenfällig datur. Und die Lichtseiten des auf Grund der Zahlen gewonnenen Bildes werden dunkel, wenn solche Gebilde, die in der Statistik als Einheiten aufmarschieren, mit technisch geschultem Auge betrachtet werden.

Von dem fünfzig-Millionen-Volk ist kaum mehr als ein Zwanzigstel direkt oder indirekt mit der Industrie (und den Rinen) verknüpft. Dann setzt sich die Arbeiterschaft zum guten Teil aus Frauen, Mädchen und Knaben zusammen. Fast 46 Proz. der in den Fabriken tätigen Personen sind Frauen und Mädchen. Und wenn erst die Berichte für das letzte Jahrzehnt vollständig vorliegen, wird sich es zeigen, daß die Jugend und die Frauen heute einen noch viel größeren Teil ausmachen. In der Textilindustrie allein stellen die Frauen (zu der großen Textilindustrie allein) 90 Proz. der Arbeiterschaft.

Eine einfache Dividierung zeigt, daß im Durchschnitt sechzig Personen auf einen Betrieb fallen. Das wären immerhin noch Mittelbetriebe. Kennt man jedoch die Kleinbetriebe der Textil-

und unnötige Ausgaben nach Möglichkeit vermeiden. Nach uns zugegangenen Mitteilungen scheint sich unsere Militärverwaltung jedoch leider nicht der dringend gebotenen Sparsamkeit zu befleißigen.

In der von uns wiedergegebenen Notiz der „Dresd. Volkswacht“ war auch die Rede von erfolgreichen Flugversuchen, die in Döberitz in letzter Zeit mit einem neu konstruierten Militäräroplan unternommen worden seien. Diese Erwähnung stütze sich offenbar auf Nachrichten, die kürzlich durch Berliner Tagesblätter gingen. Ein Dr. Brück sollte danach auf dem Militäräroplan günstig verlaufene Ueberlandflüge unternommen haben. Diese Nachrichten sollen nun aber nach unserer Information jeder Begründung entbehren. Ein Dr. Brück existiere überhaupt nicht. Und was den Militäräroplan des Regierungsbaumeisters Hoffmann anlangt, mit dem dieser legendäre Aviatiker seine Flüge unternommen haben sollte, so habe dieser bisher höchstens Sprünge gemacht, aber trotz zehnmonatigen Experimentierens noch keinen wirklichen Flug zustande gebracht. Sofern in Döberitz in letzter Zeit faktisch Flüge ausgeführt worden seien, handele es sich um einen der Militärverwaltung zur Verfügung gestellten Farman-Apparat, der von einem bekannten Aviatiker geleitet worden sei.

Unser Gewährsmann ist der Ansicht, daß die Militärverwaltung besser tue, mit bereits erprobten Systemen zu beginnen und diese zu vervollkommen und militärischen Zwecken anzupassen, als ganz erhebliche Summen — es handele sich wohl um weit mehr als 100 000 M. — in nutzlosen Experimenten zu verpulvern. Wir können dieser Ansicht nur beipflichten!

Arbeiterkandidaturen für die kommenden Reichstagswahlen.

In den Reihen der bürgerlichen Parteien scheint man für die kommenden Reichstagswahlen in vermehrtem Maße Arbeiter als Kandidaten aufstellen zu wollen. Die Nationalliberalen gedenken in Duisburg und Bochum Arbeiter als Kandidaten zu benennen. Die Christlich-Sozialen gedenken in einigen auswärtsreichen Kreisen Arbeiter als Kandidaten aufgestellt zu werden. Auch die Konservativen haben bekanntlich für die bevorstehende Erziehungswahl in Frankfurt a. O. einen Arbeiterkandidaten auf den Schild erhoben. Bemerkenswert dabei ist aber, daß die bürgerlichen Parteien, mit Ausnahme des Zentrums, Arbeiterkandidaten bloß in solchen Kreisen aufstellen, in denen an einem glatten Erfolgsfall nicht gezweifelt werden kann. In sicheren Kreisen fällt es den bürgerlichen Parteien gar nicht ein, den von ihnen geleit-hammelten Arbeitern irgendeine Konzeption zu machen.

Bünderische Versammlungspraktiken.

Zur Agitation unter den Kleinbauern hielt der Bund der Landwirte am vergangenen Sonntag (10. Juli) in Plattfeld (Kreis Solingen) eine öffentliche politische Versammlung ab, in welcher der Geschäftsführer Besch. Köln referierte. Besch. war gleichzeitig Versammlungsleiter und drohte unliebsamen Zwischenrufen — nebenbei gesagt, Mitgliedern der Fortschrittlichen Volkspartei — wiederholt mit Herauswerfen. Zu Beginn der Diskussion fehlte er die Redezeit auf zehn Minuten fest, ohne sich an den lebhaften Protesten der Versammlungsteilnehmer zu stören. Einem Genossen, der sich zum Wort gemeldet hatte, um diese Geschäftsführung als erbärmliche Feigheit zu charakterisieren, wurde das Wort verweigert mit der Begründung, es seien nur Königsreue Männer eingeladen. Ueber diese Vergewaltigung der Redefreiheit quittierten die Anwesenden, unter denen sich keine Sozialdemokraten befanden, mit stürmischem Ausruf: „Psui! und Gemeinheit!“ Man erklärte, im Wesen vom Zentrum zwar manches gemocht zu sein, aber den Gipfel der Schamlosigkeit zu erreichen, bleibe doch anscheinend dem Bund der Landwirte vorbehalten, dessen Mitglieder einen Mann wie Adolf Wagner, der eines Lebens Arbeit in ihre Dienste gestellt, wie einen Schuljungen behandelten.

Prälat Jazdzewski macht Schule.

Die Politik des Vorsitzenden der polnischen Landtagsfraktion, des Prälaten Dr. Jazdzewski, vor dem preussischen Kaiserhof in Berlin, findet bei den Nationalpolen Nachahmung. — Der Magistrat der Stadt Posen beantragte bei den Stadtverordneten, 85 000 M. aus dem Stadtsäckel für die Dekorations der Stadt Posen während des Besuchs des deutschen Kaisers, welcher am 20. August d. J. zur Einweihung des mit großen Kosten neu erbauten königl. Schlosses nach Posen kommen wird, zu bewilligen. In der Kommission, an welche der Magistratsantrag verwiesen wurde, hat man von der verlangten

Metall- und Eisenindustrie, so sinkt die Durchschnittszahl der einzelnen Fabrik bedeutend.

Die offizielle Statistik betrachtet die Minenindustrie gesondert. Leider ist das Material über diese, die am besten entwickelte Industrie Japans, recht unvollständig. Hier ist es plattendruck un-möglich, zu sagen, wieviel Arbeiter auf eine Mine entfallen, auch nicht, wie hoch die Zahl der darin angewandten motorischen Pferdekräfte ist. Von den Fabriken weiß man doch wenigstens, daß sich ihre Maschinenstärke auf 268 984 Pferdekräfte beläuft. Im Durchschnitt kommt etwas mehr als eine Pferdekraft auf drei Arbeiter. Ein nicht gerade erbauliches Zeichen von der maschinellen Entwicklung der japanischen Industrie.

Wie es aus den oben gegebenen Zahlen hervorgeht, sind rund 50 Proz. aller Stablissemments Handbetriebe. Dieses Verhältnis wird sich nicht so leicht zugunsten der Maschinenbetriebe ändern. Wohl ist im letzten Jahrzehnt die Zahl der letzteren mehr gestiegen, als die der anderen. Aber der Unterschied ist gering. Es ist interessant zu sehen, wie sich direkt an der Mauer eines mit den letzten Errungenschaften der Technik ausgestatteten Großbetriebs eine mit ärgster Mühseligkeit produzierende Kleinfabrik aufbaut. Inmitten der Millionenstädte Tokio und Osaka, in der Hörweite der summen Webereien und Spinnereien, werden noch Hand gesponnen und wird noch Stoff gewebt auf Instrumenten, die in der Steinzeit der Weberei entstanden sein müssen. Überall in Stadt und Land sieht man noch Reis und andere Körner entkörnen mit Werkzeugen, die die alten Ägypter zu Pharaos Zeiten für höchst rüchständig gehalten haben würden.

Die Handbetriebe und primitiven Werkzeuge, kurz die rüchständigen Arbeitsmethoden, verdanken ihre schier unverwundliche Existenz nicht in letzter Linie der Billigkeit der menschlichen Arbeitskraft. Die unglücklich niedrigen Löhne reizen zur Beibehaltung irrationaler Arbeitsweisen und veralteter Werkzeuge. Wie der Bauer noch sein Feld mit dem Spaten bearbeitet, oder es mit einem schnurreigen Instrument, das Pflug nicht genannt werden kann, von der Kraft seiner schwächeren Hälfte durchzupflügen läßt und Dünger und Ernte auf dem Rücken selbst, selbsta schleppt, so schafft auch noch der größte Teil der Fabrikbesitzer mit ihren Gesellen in brutalster Verleugnung der Errungenschaften der Technik.

Merkwürdigerweise ist es gerade die Niedrigkeit der Arbeitslöhne, die die professionellen Darsteller der Gelben Gefahr in schreienden Farben auftragen läßt. Eine auch nur oberflächliche Kenntnis der einschläglichen Verhältnisse sollte eigentlich schon dartun, daß es die schlechte Bezahlung der Arbeiter ist, die das Eingreifen Japans auf dem Weltmarkt verzögert.

Gememde Faktoren in der industriellen Entwicklung.

In Europa haben sich in innigem Einklang mit der Industrie Dinge und Menschen, Geist und Talent entwickelt. In Japan traf die moderne Industrie Menschen und Ideen in asiatisch-seudischer Rückständigkeit. Die Anforderungen, die die neue Zeit stellte, waren zu zahlreich und zu hoch, als daß sie der noch im Banckreis des Feudalismus lebende Mensch hätte erfüllen können. Eine

Summe 5000 M. gestrichen. Als die Sache wieder an das Plenum der Stadtverordnetenversammlung am verflochtenen Mittwoch gelangte, stimmten polnische Stadtverordnete auf Grund eines vorherigen Beschlusses ihrer Fraktion für die Bewilligung der 30 000 M. Das alles am Vorabend der Zannenberg-Feier, welche die national-polnischen Führer am 15. Juli unter großem Spektakel und nationallistischem Klimbin veranstalteten.

Es unterliegt jetzt keinem Zweifel, daß am 20. August die polnischen Schlägigen unter Führung des greisen Vorsitzenden der polnischen Reichstagsfraktion, des Fürsten Radziwiłł, vor dem Haupt des Hohenzollernhauses, das alle Ausnahmegerichte gegen die polnische Bevölkerung unterzeichnet hat, zu Kreuze kriechen werden aus Heidenangst vor der Anwendung des Enteignungsgegesetzes. So steht der Patriotismus der polnischen Schlägigen aus! Sobald ihr materielles Interesse bedroht ist, vergißt sie gänzlich ihre „nationale Würde“, die sie sonst in Paßt genommen hat.

Polizisten von 1910 gegen den Trompeter der Revolution von 1848.

Am selben Tage, da der „Vorwärts“ die Freigabe der Herwegh'schen Gedichte mitteilte, schickte der Breslauer (natürlich der!) Polizeipräsident zwei Polizisten ins Gewerkschaftshaus mit dem Auftrage, dort die — Freiligrath-Gedenkfeier zu überwachen! Als der Leiter und Redner des Abends, Genosse Albert, die Polizei zum sofortigen Verlassen des Lokals aufforderte, erklärte die Polizisten, dann sofort die „Versammlung“ auflösen zu müssen. Die Feier — Klavier- und Gesangsvorträge, Rezitationen, Gedendrede — sei eine „öffentliche politische Versammlung“! Den Einwand der Veranstalter, daß man doch bisher schon viele ähnliche Feiern zu Ehren Goethes, Heines, Schillers, Eichendorffs, Roseggers usw. veranstaltet, ohne daß die Polizei darin „politische Veranstaltungen“ erblickt, ließen die Polizisten ebensowenig gelten wie den, daß die Bildungsausschüsse in Berlin und anderen Orten doch genau dieselben Feiern abgehalten hätten, ohne daß es auch nur einer einzigen Behörde eingefallen wäre, sie zu überwachen. Es blieb also, wollte man sich den schönen Abend nicht verderben lassen, dem Leiter nichts anderes übrig, als sich unter Vorbehalt der sofortigen Beschwerde mit der Anwesenheit zweier Polizisten abzugeben. Er plazierte sie deshalb unter großer Heiterkeit der 1200 Besucher an den Tisch, der für die — Mitwirkenden reserviert war, worüber die Polizisten mit betrübter Miene quittierten.

Es erhöht unseren Stolz, zu sehen, daß die glutrote Weste unseres Freiligrath noch heute, 34 Jahre nach seinem Tode, den Herrschenden unbequem ist. Seitdem die Bourgeoisie ihre revolutionären Freiheitsideale gegen die soliden Säule des Postaristis eingehandelt und Freiligrath'schmiede vergessen hat, glaubt so ein Polizeioberhaupt die Zeit für gekommen, auch den Proletariats ihren Revolutionslänger nehmen zu können. Aktuell denn je sind Freiligrath'sche Verse: Wir tragen noch immer die Ketten, die er schon vor 60 Jahren brechen wollte, wir werden noch immer von einer Polizeibureaokratie regiert, über die ganz Europa lacht, und immer noch verachtet man auf uns, das noch dem Schönen lechzende Proletariat zu Heloten der Obletler zu machen. Und Breslau ist allen Finstertingen um eine Nasenlänge voraus! — Einstweilen ist gegen die Störung der schönen Feier durch die Polizei Beschwerde eingelegt worden; schneller noch freilich, als sie, wird das Strafverfahren laufen, das die Polizei gegen die Veranstalter der Feier (auch gegen die mitwirkenden Künstler?) wegen — Nichtanmeldung einer politischen Versammlung eingeleitet hat. Wahrscheinlich, es ist schwer, keine Satire zu schreiben!

Damit das Bild vollständig werde, registrieren wir bei dieser Gelegenheit, daß dieselbe Polizei im Bunde mit der Staatsanwaltschaft gegen unser Breslauer Parteiorgan eine Anklage eingeleitet hat und zwar wegen — Abdrucks und Erläuterung des Freiligrath'schen Gedichtes: „Die Toten an die Lebenden“, des Gedichtes also, wegen dessen der Dichter sogar im Revolutionsjahre freigesprochen wurde!

Frankreich.

Die Affäre Rochette.

Paris, 11. Juli. Deputiertenkammer. Nach der Rede von Jaurès erklärte der Ministerpräsident Briand, die Maßnahmen gegen Rochette seien auf eine regelrechte Klage hin infolge der gänzlich freien Entscheidung des Untersuchungsrichters getroffen worden. Briand sprach sich sodann lobend über Lépine aus, verteidigte dessen Haltung und die des Rabinettchefs Du rand und warf Jaurès vor, er behaupte ohne irgendeinen Beweis, daß die Polizei eine ungerechtfertigte Klage gegen Rochette erhoben hätte. Der Minister fuhr fort, die Justiz sei mit der Re-

habril war schnell aufgebaut, aber damit waren noch nicht die Leute geschaffen, die ihr Nebenwerk verstanden und es in geregelter Lauf zu halten wüßten. Solange der kleine braune Mann als Cited einer Seite automatisch mitbewegt wird, geht es noch an. Soll er aber selbst Initiative ergreifen, Weisheit, Organisationsstalent und Spekulation entwickeln, so verlegt er. Zur Pflege solcher Fähigkeiten hatte die Vergangenheit weder Gelegenheit noch Ursache. Im alten Japan konnte dieser Mangel nicht gefühlt werden, jetzt aber wird er zu einer ersten Kalamität. Er ist ein Stein des Anstoßes geworden, groß genug, den Gang der ökonomischen Transformation fühlbar zu verlangsamen.

Solange die Industrie noch in ihren ersten Anfängen war, konnte mit den ausländischen Kräften das Uebel bis zur Unsichtbarkeit überbrückt werden. Die Leitung der Unternehmen durch die Fremden wurde mit der Ausdehnung der Industrie immer weniger möglich, auch wenn der Nationalstolz nichts dagegen eingewendet hätte. Mit dem Engagement einheimischer Kräfte für die leitenden Stellen wurde auch der Mangel ihrer Eigenschaften für die dirigierenden Posten evident. Wir haben viele Fähigkeiten für tiefe metaphysische Gedanken. Bis hierher haben wir unsere philosophischen Ideen von Indien und China bezogen; heute verlangen wir neue von Europa und Amerika. Die Japaner haben keine originellen Denker hervorgebracht. Wir sind ein Volk, das das Gegenwärtige und Greifbare, das volle Licht und die sichtbaren Dinge liebt.“ (Otura: The Japanese Spirit.) Die Japaner haben nichts erfunden. Sie wissen ihre Fähigkeiten dem Westen anzupassen, in dem sie leben; sie ahmen in einer vollständigen Wahrfähigkeit nach, was sie gesehen haben und assimilieren auf eine beachtenswerte Weise die Fabrikationsmethoden. Aber auf der anderen Seite existiert schöpferische Fähigkeit (Faculté créatrice) nicht in ihrem Hirn; die allgemeinen Ideen, der Ueberblick geht ihnen ab.“ (Martin: Le vrai Japon.)

Die Beschaffenheit ihrer geistigen Fähigkeiten nahmen sie erst wahr, als sie selbst die Produktion in die Hand nahmen. Der Nationalstolz gebot ihnen, die fremden Kräfte noch eher zu entlassen, als es gut war. Was die Weihen wußten und konnten, glaubten sie ihnen schon abgequod zu haben. Aber da, wo der nationale Eigendünkel nicht jede Einsicht vernichtet hatte, wurde man nur zu bald gewahr, daß für die Leitung der Industrie blohes Nachahmen nicht genüge. In Unternehmen, wo der Gang der Geschäfte sich auf engem Terrain bewegte, leicht zu überblicken war, wurde Erfolg gebucht, während in den großen Stablissemments das Nebenwerk flodie und trachtete.

Die Hoffnung, daß die neugeschaffenen technischen Schulen einen Ersatz für die ausländischen Kräfte produzieren, sollte sich so bald nicht erfüllen. Die studierenden Jünglinge sind zumest Söhne der alten Kriegelaste. Der Stolz, mit dem ihre Vorfahren auf das ordinäre Volk herabsahen, ist bei ihnen durch den Schulbesuch noch gewaltig gebläht worden. Der Fluß der Halbgebildeten macht sich erst ganz fühlbar, wenn sie in einem Geschäft eintreten. Die Masse der Direktoren und Administratoren der Kompagnien sind einseitige Tröpfe, die ihre kostbare Zeit mit dem Herplappern von Aberschwärmen verbringen und die sich befleißigen, aus ihren Stablissemments praktische Elementarschulen für schlechtbezahlte lunge Erbauungsmärkte zu machen.“ (de Reders: Political Nightmare.)

gierung entschlossen, alles klarzustellen. Wenn Beamte sich hätten bereichern können, indem sie ihre Stellung mißbrauchten, so würden sie an den Pranger gestellt werden. Er weise aber diese Behauptung zurück, bis der Gegenbeweis erbracht sei. Briand protestierte schließlich gegen die Kampagne, die daraufhin ziele, glauben zu machen, daß in Frankreich alles, außer der sozialistischen Partei, korrumpiert sei. (Beifall.)

Darauf beantragte Jaurès die Einsetzung einer parlamentarischen Untersuchungskommission. Raynaud brachte eine Tagesordnung ein, die der Regierung das Vertrauen der Kammer ausdrückt. Ministerpräsident Briand erklärte darauf, er persönlich sei gegen die Ernennung einer parlamentarischen Untersuchungskommission, da ihm aber in der Angelegenheit gewissermaßen eine Mitschuld vorgeworfen werde, könne er die Ernennung einer solchen Kommission nicht ablehnen. Dagegen widerspreche er dem, daß der Kommission richterliche Befugnisse übertragen würden. Als Tagesordnung nehme er nur die von Raynaud eingebrachte an und aus ihrer Annahme mache er eine Vertrauensfrage. Daraus wurde die Tagesordnung Raynaud mit 395 gegen 85 Stimmen und dann mit 398 gegen 169 Stimmen der Antrag angenommen, eine Untersuchungskommission von 33 Mitgliedern zu ernennen, die über die Umstände Klarheit schaffen soll, die der Verhaftung Rochettes vorangingen, sie begleiteten und ihr folgten. Daraus wurde die Sitzung geschlossen.

Eine Verteidigungsrede Lépine's.

Paris, 11. Juli. In der heutigen Sitzung des Municipalrats verteidigte Polizeipräsident Lépine seine Stellungnahme in der Angelegenheit des Bankiers Rochette und erklärte, er habe keine zweifelnde Handlung begangen und bei dieser Gelegenheit wie immer seine Pflicht getan. Er habe schnell gehandelt, weil es galt, die kleinen Sparrer zu schützen. Schließlich wurde die einfache Tagesordnung mit 48 gegen 26 Stimmen angenommen.

Holland.

Kammerwahl.

Haag, 12. Juli. Nach den heute von den Generalsstaaten vorgenommenen Wahlen zählt die erste Kammer 32 Liberale und 18 Liberale.

Rußland.

Der Vertrag mit Japan.

Petersburg, 12. Juli. Der russisch-japanische Vertrag, der am 4. Juli in Petersburg unterzeichnet worden ist, hat folgenden Inhalt: Die kaiserlichen Regierungen von Rußland und Japan sind, aufrichtig den Grundfragen ergebend, die durch die zwischen ihnen am 30. Juli 1907 geschlossene Konvention aufgestellt worden sind, und von dem Bunde befehle, die Wirkungen dieser Konvention hinsichtlich der Konsolidierung des Friedens im fernsten Osten zu erweitern, übereingekommen, das erwähnte Abkommen durch folgende Bestimmungen zu verhandeln: 1. Um den Verkehr zu erleichtern und den Handel der Völker zu entwickeln, verpflichten sich die beiden vertragsschließenden Parteien, sich gegenseitig freundschaftliche Mitwirkung zu leisten hinsichtlich einer Verbesserung ihrer beiderseitigen Eisenbahnlinien in der Mandchurie und hinsichtlich einer Vervollkommenung des Verbindungsdienstes der erwähnten Eisenbahnlinien und sich jeder Konkurrenz zu enthalten, die der Verwirklichung dieses Zieles schädlich wäre. 2. Jede der beiden vertragsschließenden Parteien verpflichtet sich, den status quo in der Mandchurie, wie er sich aus allen Verträgen, Konventionen und anderen Abkommen ergibt, die bis heute, sei es zwischen Rußland und Japan oder zwischen diesen beiden Mächten und China geschlossen sind, aufrechtzuerhalten und zu respektieren. 3. Im Falle daß ein Ereignis eintreten sollte, das geeignet wäre, den status quo zu gefährden, werden die beiden vertragsschließenden Parteien jedesmal miteinander in Verbindung treten, um sich über Maßnahmen zu verständigen, die sie für richtig und notwendig erachten, um den status quo aufrechtzuerhalten.

Türkei.

Blutige Zusammenstöße.

Saloniki, 12. Juli. Die Griechen von Monastier veranstalteten heute eine Protestkundgebung gegen das neue Kirchengesetz und zogen dann in Massen vor den Konak, wo Gendarmen gegen die Menge vorgingen. Infolge eines Handgemenges entstand eine Panik, wobei zahlreiche Personen in den Pragerklub gedrängt wurden. Die Polizei hatte Mühe, die Ordnung wieder herzustellen. Heute wird in Saloniki eine große griechische Protestversammlung abgehalten.

Was hier vom technischen Personal gesagt wird, gilt auch vom kommerziellen. Nur kommt bei diesen noch ein anderes Uebel dazu: die Ungewerkschaft, die Unehrlichkeit. So ziemlich jeder Kaufmann, der mit dem japanischen Handel in Verbindung getreten ist, weiß über die Unehrlichkeit der japanischen Kaufleute zu berichten. Im Orient ist sie sprichwörtlich geworden. Wenn die Japanbesucher am Ende ihrer Reise in der Hafenstadt zusammenstreffen, wissen so ziemlich alle ein bißes Bied auf den japanischen Kaufmann zu zeigen. Mein eigener Geldbeutel ist nun allerdings von ihm nicht allzusehr beschneit worden, schon aus dem einfachen Grunde, weil daran nicht viel zu beschneiden war. Den Fremden zweimal höhere Preise anrechnen, als den Einheimischen oder für die nämliche Summe schlechtere Ware liefern als bestellt, ist das größte Uebel noch nicht. Es ist unmöglich, zu sagen, berichtet ein Engländer, „ob ein japanischer Kaufmann, der einen (Termin-) Handel abgeschlossen hat, die Lieferung nimmt oder nicht: im gegebenen Moment hält er das Abkommen oder auch nicht, je nach dem Stande des Marktes.“ Oder: Die Stadt Kobe hat eine Anleihe aufgenommen. Die Schuldscheine hatten japanischen und englischen Text. Während der letztere die Einlösung zu einem bestimmten Preis versprach, war der japanische Text darüber stumm.

Aber es ist unnötig, hier die lauten Klagen und blutigen Plätze der nichtjapanischen Kaufleute und Reisenden über die japanische Unehrlichkeit zu wiederholen, denn sie sind bekannt und werden nirgends bestritten. Diese sittlichen Gebreden machen auch der japanischen Regierung schwere Sorge. Um dem Uebel zu steuern, hat sie an einer Hochschule einen Stuhl für Redlichkeit im Handel eingerichtet. Von diesem werden die Scherereien und Nachteile des Betrages mit eindringlichen Worten geschildert. Ob aber dadurch die Raupfuscherei ausländischer Patente und Schutzmarken verhindert wird? Oder ob dadurch die Richter unparteiisch, gerecht urteilen, wenn sie einen Streitfall zwischen Ausländer und Japaner zu entscheiden haben?

Wiel hemmender für die gedehliche Entwicklung der japanischen Industrie als Unfähigkeit der technischen Beamten und Unredlichkeit der Händler ist das Fehlen eines tüchtigen Arbeiterstammes. Von diesem Mangel wissen alle japanischen Fabrikanten in bewegten Tönen zu berichten. Die Gleichgültigkeit und Trägheit der Arbeiter entlockt allen Unternehmern laute Klagen. Mit diesen Beschwerden über die Arbeiter scheinen sie recht zu haben, ebenso recht als die Arbeiter mit ihren über die Fabrikanten haben. Die Verächtlichkeit dieser Beschwerden anerkennen, heißt aber noch nicht, die Arbeiter verdammen. Im Gegenteil. Die Untugenden der Arbeiter, oder wenn man will, ihre Laster, werden wesentlich von den elend geringen Löhnen, wenn auch nicht geboren, so doch jedenfalls gehalten und verstärkt und ihre Verschwendung wird dadurch unmöglich gemacht. Von der Beseitigung der Ursache der Uebel, das ist von der Beseitigung der elenden Löhne, aber wollen die Unternehmer nichts wissen. Ohne die billigen Arbeitslöhne wären wir verloren, sagen sie.

Betrachten wir zunächst die Arbeitslöhne der japanischen Industriearbeiter.

Gewerkschaftliches.

Eine siegreiche Schlacht, von der man nicht gern spricht.

Unter der Überschrift: „Ein Streikbrecher-Agent“ drucken wir in Nr. 158 eine Schilderung des Genossen Seeger aus der „Schmiede-Zeitung“ ab. In derselben machte er Mitteilung von einer Begegnung mit einem Streikbrecher-Agenten, der sich rühmte, wie er die Polizei in Delmenhorst für bekommen habe und von einer siegreichen Schlacht seiner Arbeitswilligen erzählte, was jedoch in der Öffentlichkeit „nicht breitgetreten“ werden sollte.

Ein Leser schreibt uns dazu:

Der Agent Müller-Hamburg und sein Komplize Fritz Hinz (Hinz wohnt bis Donnerstag im Hotel Zwalbendstr. 85) arbeiten zusammen für die Firma der Wagenfabrik in Delmenhorst bei Bremen. Am Donnerstag ließen sich 10 Arbeitslose anwerben, weil sie glaubten, was der Agent Fritz Hinz bestimmt sagte, der Streik sei zu Ende. Alle 10 Mann führten am Freitag nachmittag fort auf das Versprechen hin, daß die Leute 40-50 M. verdienen und für Kost und Logis nur 7 M. wöchentlich zahlen brauchten.

Als sie in Delmenhorst anlangten, wußte noch keiner von ihnen, was los sei. Sie wurden alle Mann nach dem Arbeiterhaus hingeführt, wo sie als erste Erfrischung 1/2 Liter Jichorienbrühe und ein 2 Zoll dickes Butterbrot mit Kaiserjagdwurst erhielten. Nach beendeter Speisung kamen sie in einen Saal, welcher wie die Pest stank. Strohsäcke stülpend, Decken stülpend, und diese Luft, und dann noch 30 Mann zusammen! Als die Leute nach der Fabrik kamen, standen schon eine Menge Leute dort, welche nicht arbeiteten, sondern streikten. Jetzt wußten die zehn Berliner erst, zu welchen Schurkereien sie herangezogen wurden.

Alle zehn Mann weigerten sich am Fabrikstor, zu arbeiten und sagten: Sie seien keine Streikbrecher und verlangten das Reisegeld nach Berlin. Das war das Signal für die Arbeitswilligen. Diese schlugen mit Wagenrungen, Wagenpeichen, einige von ihnen schlossen mit Revolvern, andere schlugen mit Messern, Gummischläuchen und sonstigen Gegenständen. Zu Schaden kam ein Arbeitswilliger, indem ihm das Ohr abgeschlagen wurde, andere belamen Messerfische in Arme, Brust und Rücken, kurz es war eine richtige Schlacht. Die Polizei nahm den Arbeitswilligen die Waffen ab. Weiter aber geschah nichts. Die zehn Berliner versetzten, was sie an Verletzungen hatten, wie ihren und dergleichen, damit sie wieder nach Berlin kamen, wo sie ihr Geld vom Verband wiederehielten.

Jeder Arbeitslose sei vor den Verlockungen dieser Menschenhändler gewarnt. Es kam ihm, wie Tigra zeigt, passieren, daß man ihm, dem Betrogenen, mit Gummischläuchen, Messern und Wagenrungen zu Leibe rückt, wenn er seine Arbeiterlehre wahren und den Klassenossen nicht in den Rücken fallen will. Diese von den Behörden darf er dabei nicht erwarten. Viel besser ist es, von privaten Stellenvermittlern angebotene Arbeit überhaupt auszuschlagen. Mindestens soll man vor Annahme derselben — selbst als Unorganisierten — erst auf dem Gewerkschaftsbureau Nachfrage halten, ob die Verhältnisse in dem fraglichen Betriebe geregelt sind. Gar zu leicht zwingt die Not den Unorganisierten, ohne Mittel in fremder Stadt das doch zu werden, was er nicht werden wollte: ein Verräter an der Arbeiterbewegung!

Berlin und Umgegend.

Der Streik der Schmiede.

In einer Versammlung der Streikenden, die am Dienstagmorgen stattfand, wurde ein Vorschlag des Obermeisters W a r n e r e, den er dem Gesellenauschuss machte und der dahin ging, daß die Gesellen sofort die Arbeit aufnehmen sollten und dann der Auschuss Verhandlungen mit den Meistern einleitete, einstimmig und ohne Diskussion abgelehnt. Die Streikenden denken gar nicht daran, sich so bedingungslos zu unterwerfen; die dritte Woche des Streiks findet alle noch geschloffen beieinander.

Der Vorschlag wurde am Sonntag in einer Sitzung des Gesellenauschusses gemacht, an der zwei Obermeister teilnahmen; es fand auch eine Aussprache über den Streik statt, die aber auch zu keinem Resultat führte. Den Gesellen ist es auffällig, daß die Quartalsversammlung der Meister diesmal sehr hinausgeschoben wird, zugleich aber auch die Lehrlingsprüfungen. Die Streikenden machen darauf aufmerksam, daß jeder Lehrling, dessen Lehrzeit am 30. Juni abgelaufen ist — gleichgültig, ob er eine Gesellenprüfung bestanden hat oder nicht — den Gesellenlohn zu beanspruchen hat.

Am Montagabend hatten die Meister eine Versammlung, in der sie sich sehr erbittert zeigten über ein Flugblatt, das die Kutscher zur Unterstützung der Streikenden aufforderte. Der Arbeiterschutzbund will sogar deswegen Klage erheben. Die Streikenden hörten dies mit Vergnügen, denn es zeigte ihnen, daß ihre Mahregel eine gute Wirkung erzielte. Den Meistern ist vom Generalsekretär des Schutzbundes, Herrn R a s s e, zugelegt worden, daß ihre Ansprüche auf Unterstützung — geprüft werden würden; ausserdem hat man bis jetzt noch nichts. — Der Altgeselle K ö h l e r vom Gesellenauschuss hatte den Wunsch, an der Versammlung der Meister teilzunehmen, er hatte auch die gesetzliche Berechtigung dazu, da die Gesellenchaft bestehende Fragen auf der Tagesordnung standen; aber die Teilnahme wurde ihm verweigert. Daß die Meister sehr unzufrieden mit dem Stande der Dinge sind, zeigte sich auch darin, daß sie sich bitter über ihren sonst so geschätzten „Lokal-Anzeiger“ beschwerten, weil er dem „Vorwärts“ in der Berichterstattung über den Streik in keiner Weise gewachsen sei und nicht entfernt die Sache der Meister so führe wie der „Vorwärts“ die Sache der Gesellen. Und doch gibt sich der „Lokal-Anzeiger“ die größte Mühe, wie die jüngste Notiz über den Streik wieder beweist, in der die wirkliche Sachlage wieder entwirrt und von den Streikenden sogar behauptet wird, daß sie für 17jährige Gesellen schon einen Lohn von 32 M. pro Woche verlangten, was natürlich der Wahrheit nicht entspricht.

Am Sonnabend fand — seit vier Jahren zum erstenmal — eine Sitzung der Herzbergskommission, vom Innungsborstand eingeladen, statt. Verschieden hatten die Meister nur in einer Richtung, nämlich, daß sich auf dem Arbeitsnachweis etwa 200 Gesellen hatten einschreiben lassen, ohne daß sie Arbeit, Streikarbeit natürlich, annehmen wollten. Die Meister waren sehr enttäuscht und meinten, die Gesellen verzeihen lieber ihren letzten Rod, als daß sie die so massenhaft angebotene Arbeit annehmen.

Die folgende ergögliche Postkarte aus Meisterkreisen gelangte an den Streikleiter Wilhelm Siering:

„An Herrn Sühring, früherer Schmied jeh Aufwiegler. Wollen sie nun halt anfang lassen mit arbeiten, da sonst di Gedult im ende geht. Aber das kennt ihr euch merken ihr Tagediwe im Winter sollt ihr dafür wieder 10 Stund. arbeiten. Lassen sie Montag wieder arbeiten u. alles ist vergessen, denn wir Meister geben auf keinen Fall nach.“

In der Streikversammlung erregte dieser Stoßfussler eines bedrängten Meisters einen Sturm der Heiterkeit.

Die Tarifbewegung der Maler und Anstreicher in der Küchenmöbelbranche.

Der Verband der Maler, Lackierer und Anstreicher hielt am Montag im Englischen Garten eine zahlreich besuchte Versammlung der Küchenmöbelbranche ab, in der der Verbandsvertreter Klotz über die Tarifverhandlungen mit den Arbeitgebern berichtete. Die den Ausführungen des Referenten zu entnehmen war, sind die Verhand-

lungen merkwürdigerweise an der Forderung einer Lohnerhöhung um 5 Proz. gescheitert, wie sie im Tarifvertrag der Holzarbeiter vorgelesen ist und wie sie demgemäß auch für den Tarifabschluß der Maler und Anstreicher der Küchenmöbelbranche als etwas Selbstverständliches hätte gelten sollen. In dem Tarifentwurf, den die Arbeiter eingereicht hatten, waren sie allerdings insofern von jenem Tarifvertrage der Holzarbeiter abgewichen, als sie 10 Proz. Lohnerhöhung für die Anstreicher verlangten, während sie für die Fertigmacher keine Forderung stellten. Die Arbeiter gedachten damit einen Ausgleich zu schaffen zwischen beiden Gruppen ihrer Branche, und die Unternehmer hätten davon eigentlich einen Vorteil gehabt, da von den 280 Arbeitern der Branche 108 Fertigmacher, die also auf Lohnerhöhung verzichteten, sind, und 70 Anstreicher, so daß die für sie geforderten 10 Proz. weniger ausmachen mußten als 5 Proz. für die gesamte Branche. Die Arbeitgeber zogen jedoch aus diesem Vorschlag lediglich den Schluß, daß die Fertigmacher schon außerordentlich hohe Löhne verdienen, lehnten deswegen den Vorschlag ab und wollten den Anstreichern nur 5 Proz. Lohnerhöhung bewilligen. Unter diesen Umständen hielten es die Arbeiter für zweckmäßig, ihren Vorschlag zurückzuziehen und ganz gemäß dem Tarifvertrag der Holzarbeiter, 5 Proz. Lohnerhöhung sowohl für die Fertigmacher wie für die Anstreicher zu fordern. Das lehnten die Unternehmer wiederum ab und als die Arbeiter unter keinen Umständen auf diese Forderung verzichten wollten, brachen sie die Verhandlungen ab und waren auch nicht einmal dafür zu haben, über die anderen noch unerledigten Punkte des Tarifentwurfs zu verhandeln. Geeignet hatte man sich bei den Verhandlungen über die Arbeitszeit, die der der Tischler entsprechen soll, ferner darüber, daß Streikdauern vom Arbeitgeber frei zu liefern sind, sowie darüber, daß bei Stundenlohnarbeit der Durchschnittslohn der letzten drei Monate bezahlt werden soll.

Der Referent hob im Anschluß an seinen Bericht hervor, daß die Lage nach der ablehnenden Haltung der Arbeitgeber als äußerst ernst anzusehen sei. Die Arbeiter würden selbstverständlich nicht auf das verzichten, was ihnen durch den Tarifvertrag der Holzindustrie vom 15. April dieses Jahres zugesichert ist, in dem es ausdrücklich heißt, daß die Löhne und Akkordpreise am 1. Oktober 1910 um 5 Proz. erhöht werden sollen. Wenn die Arbeitgeber sich fortwährend weigerten, den neuen Tarifvertrag in diesem Sinne zu gestalten, müsse man zunächst einmal erst das Einigungsamt des Gewerbergerichts anrufen. Vor allem gelte es natürlich jetzt um so mehr, flach und einmütig in der Organisation zusammenzukommen.

In der lebhaften Diskussion zeigte es sich, daß die Versammelten mit der Haltung ihrer Kommissionsvertreter durchaus einverstanden waren. Es wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die Versammelten können sich mit dem Angebot der Arbeitgeber durchaus nicht einverstanden erklären. Sie erwarten von den Arbeitgebern in dieser Hinsicht, daß die Jugendschiffe, die ihnen auf Grund des Schiedsspruches des Einigungsamtes zugesichert wurden, auch tariflich festgelegt werden. Sie beauftragen die Verhandlungskommission, wenn die Arbeitgeber zu weiteren Jugendschiffen nicht bereit sind, das Einigungsamt anzurufen, um so auf Grund des Vergleichs vom 15. April 1910 einen neuen Tarifvertrag zu schaffen.“

Achtung! In der Gemischen Fabrik von W. Dörre, Magdeburg-Sudenburg, befinden sich die Arbeiter seit dem 14. Juni im Streik, weil die Firma es ablehnte, den Stundenlohn von 30 Pf. auf 35 Pf. zu erhöhen. Der Stellvertreter Theodor Niesdenhahn, Berlin N., Große Hamburger Straße 16, vertritt die Streikbrecher für die Firma anzuwerben und hat damit auch in Berlin Erfolg gehabt. Von der Arbeiterchaft wird erwartet, daß sie Solidarität übt und Arbeitsangebote dieses Herrn strikte ablehnt. Die Arbeiterpresse wird ersucht, Notiz hieron zu nehmen.

Verband der Fabrikarbeiter, Verwaltung Magdeburg.

Deutsches Reich.

104 887 945 Mark Lohnerlust

haben die preussischen Bergarbeiter in den letzten 27 Monaten, vom 1. Quartal 1908 bis einschließlich 1. Quartal 1910, durch direkte Lohnreduzierungen erlitten. Im 4. Quartal 1907 hatten die Löhne im preussischen Bergbau fast überall ihren Höhepunkt erreicht; von da ab ging es teilweise, besonders im Ruhrgebiet, mit Riesenschritten abwärts. Die Lohnverluste betragen in den einzelnen Revieren: Ruhrgebiet 79 260 159 M., Oberschlesien 3 631 764 M., Niederschlesien 2 452 350 M., Saarrevier (Staatswerke) 2 625 388 M., Raugener Revier 2 603 103 M., Haller Braunkohlenrevier 4 060 618 M., linksrheinisches Braunkohlenrevier 200 194 M., Haller Salzbergbau 351 577 M., Glanthalder Salzbergbau 312 330 M., Mansfelder Erzbergbau 1 305 827 M., Siegener Erzbergbau 4 682 432 M., Rastau-Wehlauer Erzbergbau 1 068 027 M., rechtsrheinischer Erzbergbau 1 267 176 M. Fast 105 Millionen Mark haben also die Bergarbeiter der angeführten Reviere an Löhnen allein durch direkte Lohnreduzierungen eingebüßt. Die großen Verluste, die ihnen durch die zahlreichen Feiertagen entstanden sind, sind dabei nicht mitgerechnet, lassen sich auch nur sehr schwer berechnen, weil die Zahl der Feiertagen nicht genau bekannt ist, sondern nur geschätzt werden kann. Diese gewaltigen Lohnverluste erklären sich durch die Lage der Werke in keiner Weise. Die Grubenherren haben auch während der Krise meist sehr gute Geschäfte gemacht. Ganz besonders ist das aber bei den Ruhrgrubenherren der Fall. Eine ganze Anzahl Werke sind hier zu verzeichnen, die während der Krise noch höhere Gewinne eingeheimst haben, wie während der Hochkonjunktur. Die Grubenbesitzer haben es eben meisterlich verstanden, die Folgen der Krise zum weitaus größten Teile auf die Bergarbeiter und damit auf die Gesamtheit abzuwälzen.

Eine Lohnbewegung der auf den Seeschiffswerften beschäftigten Arbeiter ist eingeleitet worden. Nachdem die Zentralverbände der Verbände der Metallarbeiter, Holzarbeiter, Schmiede, Kupferschmiede, Feiler und Maschinen, Maler und Fabrikarbeiter in Gemeinschaft mit der Zentralwerkstoffkommission und den örtlichen Kommissionen der Werftarbeiter die Vorarbeiten für eine Lohnbewegung erledigt, trat am 10. Juli eine Konferenz der Werftarbeiter in Hamburg zusammen, um zu den einzureichenden Forderungen Stellung zu nehmen. Von den Verbandsvorsitzenden und der Zentralwerkstoffkommission wurde der Konferenz eine Vorlage unterbreitet, die mit unwesentlichen Änderungen akzeptiert wurde.

Diese Vorlage, die die Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse der auf Seeschiffswerften beschäftigten Arbeiter anstrebt, zerfällt in drei Teile. Sie macht erstens Vorschläge zu Verhandlungen auf zentraler Grundlage, zweitens Vorschläge zu Verhandlungen auf lokaler Grundlage und drittens Vorschläge zu Verhandlungen auf beruflicher Grundlage.

Die Vorlage zu den Verhandlungen auf zentraler Grundlage trifft Bestimmungen über die Arbeitszeit, die Lohnzahlung und die Funktionen der Arbeiterausschüsse. Die tägliche Arbeitszeit soll 9 Stunden, Sonnabends 8 Stunden betragen; an den Vorabenden der großen Feste soll zwei Stunden früher Feierabend sein. Der Lohn soll freitags vor Schluß der Arbeitszeit gezahlt werden. Arbeiterausschüsse sollen als Vermittlungsinstanz zwischen Betriebsleitung und Arbeiter fungieren und alle daraus sich ergebenden Tätigkeiten als Interessenvertretung der Arbeiter innerhalb des Betriebes übernehmen.

In den Vorschlägen zu Verhandlungen auf lokaler Grundlage wird die Einteilung der täglichen Arbeitszeit verlangt. Die Wochenlöhne sollen auf 53 Stunden umgerechnet und um 10 Proz. erhöht werden; außerdem sind Einstellungslohne für jeden Verus vorzuziehen. Weiter sind ausführliche Bestimmungen über die Arbeitsordnungen vorgegeben.

Endlich ist in den Vorschlägen zu Verhandlungen auf beruflicher Grundlage die Umrechnung und Festsetzung der Löhne bestimmt. — Diese Forderungen sollen dem Verein der Seeschiffswerften sofort unterbreitet werden. Wie die Dinge sich weiter entwickeln werden, läßt sich heute noch nicht voraussagen. Der Verein der Seeschiffswerften hat bisher bei geäußerten Wünschen der Arbeiter sehr wenig

Entgegenkommen gezeigt. Im Interesse des Friedens wäre zu hoffen, daß er diesen Standpunkt aufgibt.

Unternehmerrache.

In Nürnberg scheint der vorjährige schwere Kampf in der Zelluloidindustrie von G e b r. W o l f f eine Neuauflage erleben zu wollen. Nachdem seinerzeit ein Streikender von den durch die Firma aufgelassenen Streikbrechern ermordet worden war, bequeme sich die letztere endlich dazu, Frieden zu schließen, wobei sie sich auch verpflichtete, keinerlei Maßregelungen eintreten zu lassen. Innerlich aber brütete sie Rache, und jetzt hält sie die Zeit für gekommen, ihren Gefühlen freien Lauf zu lassen. Am Sonnabend wurden 28 Arbeiter unvermutet auf die Straße gesetzt, angeblich wegen Geschäftsflaute; dem stehen aber verschiedene auffallende Tatsachen entgegen, wie die, daß erst in der letzten Zeit neue Leute eingestellt wurden, daß unter den Entlassenen sich die Mitglieder des vorjährigen Streikkomitees und andere Arbeiter, die hervorragend beteiligt waren, befinden, daß es sich ausschließlich um solche handelt, die schon jahrelang im Betriebe tätig waren, und daß keiner der noch vorhandenen Streikbrecher von der Entlassung betroffen wurde. Es handelt sich also nur um eine mangelhaft verfaßte Maßregelung, um einen neuen Angriff auf das Koalitionsrecht, den sich die Arbeiter nicht ruhig bieten lassen wollen. Jede Unterhandlung mit der Fabrikkommission hat die Firma abgelehnt.

Das Schicksal einer gelbliberalen Arbeiterfahne. In Nordhalben hat der Gerichtsvolkzieher die Fahne des Arbeitervereins zur Vereinstreigerung ausgeschrieben. Diese Fahne hat eine interessante Geschichte. Als sie in ihr Dasein eintrat, mußte sie von dem Abgeordneten Grandinger, dem katholischen Parnamentarier der Liberalen, kirchlich geweiht werden. Dies hatte einen Eingriff des Bamberger Ordinariats zur Folge, weil ein aus Protestanten bestehender gelbliberaler Arbeiterverein in einem nahen ruhenden Orte „Bate“ stand, das war ein Akt Kezerei. Wie die Sache damals ausgegangen ist, weiß man nicht. Nun hat der Gerichtsvolkzieher seine raube Hand auf diese Fahne gelegt. So vergeht die Herrlichkeit der Welt!

Ausland.

Zur Streikbewegung der französischen Eisenbahner.

Paris, 12. Juli. Die Eisenbahngesellschaften richteten an den Minister der öffentlichen Arbeiten ein Schreiben, in dem sie erklären, daß sie das Syndikat der Eisenbahner nicht als Vertreter des Personals anerkennen und es ablehnen, über die Forderungen der Eisenbahner mit ihm zu verhandeln. Jede einzelne Gesellschaft könne nur mit den Vertretern des eigenen Personals dessen Wünsche und Bedürfnisse erörtern. Dies geschehe in regelmäßiger fortwauernder Weise. Der Syndikatsauschuss wird am nächsten Sonntag über die Erklärung der Gesellschaft beraten. Das bekannte Rezept der Schürfmacher.

Der Minister der öffentlichen Arbeiten hat den Verbänden und Syndikaten der Eisenbahnbefiensteten die Entwürfe der großen Eisenbahngesellschaften zur Regelung der Pensionsverhältnisse übergeben. Der Minister hat, ihm die gutachtlichen Rückäußerungen vor dem 1. September zu übermitteln.

Ein Kollektivvertrag im Wiener Braugewerbe. Einen außerordentlich günstigen Tarifvertrag konnte der Verband der Brauereiarbeiter für seine Wiener Mitglieder abschließen, obgleich die Großbrauereien Wiens ihren Schutzbund und eine treue gelbe Gewerkschaft haben. Die Arbeitszeit ist im Durchschnitt 56 Stunden pro Woche; die Sonntagsarbeit soll fünf Stunden nicht überschreiten. Die wöchentliche Arbeitszeit ist daher 8 1/2 Stunden, Überstunden werden mit 30-50 Proz. Aufschlag bezahlt. Das Freidier kann in Geld abgelöst werden. Nach sechs Arbeitstagen tritt eine 30stündige Ruhezeit ein. Nach einjähriger Dienstzeit wird erkrankenden Arbeitern das Krankengeld auf den Lohn ergänzt und während der Waffendienung zwei Drittel des Lohnes gezahlt. Nach dreijähriger Dienstzeit wird ein fünfjähriger, nach fünfjähriger ein siebenjähriger bezahlter Urlaub gewährt. Der Tarif gilt bis 30. Juni 1915. Während seiner Dauer darf kein Gehrling aufgenommen werden. Der 1. Mai wird freigegeben und bezahlt.

25 000 Arbeiter ausgesperrt.

Nachdem die Arbeiter der Sangerhäuser Maschinenfabrik zu Budapest in den Streik getreten sind, beschloß der Landesverein der Eisen- und Maschinenfabrikanten Ungarns, sämtliche Eisen- und Maschinenfabrikarbeiter Budapests auszusperrern. Hierdurch werden 25 000 Arbeiter brotlos.

Streik der Pariser Stukkateure.

Vom Zentralverband der Stukkateure wird uns geschrieben: In der Nummer 153 Ihres geschätzten Blattes befindet sich eine Anzeige, in welcher Stukkateure gesucht werden nach Paris von einem Meister Charles. Mit Bezug hierauf wird uns geschrieben, daß dort die Kollegen unseres Bezuges im Streik stehen und zwar schon seit dem 7. April. Von dieser Sache war uns bisher nichts bekannt. Die Stukkateure in Paris verlangen den neunstündigen Arbeitstag und 11 Fr. Tageslohn. Charles sucht nun Leute bei neunstündiger Arbeitszeit zu 9 Fr. Lohn. Wollen Sie bitte im Blatt eine Notiz darüber bringen. Paris wird in der dieswöchentlichen Nummer des „Stukkateur“ geperrt. Hauptvorstand des Zentralverbandes der Stukkateure, Gipser istf.

Die amerikanischen Textilarbeiter leiden gegenwärtig unter großer Arbeitslosigkeit. Die Fabrikantenvereinigung für Baumwollwaren hat für die Zeit vom 1. Juli bis 1. Oktober eine allgemeine Einschränkung der Produktion beschlossen, von der 150 000 Arbeiter und Arbeiterinnen betroffen werden. Viele Fabriken sind zeitweilig ganz geschlossen, andere wieder lassen nur an fünf Tagen in der Woche arbeiten.

Die Uhrmacher sind gegenwärtig ebenfalls vielfach ohne Arbeit. In Massachussetts haben große Fabriken während des Monats Juli geschlossen.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Aus dem englischen Unterhaus.

London, 12. Juli. (W. T. B.) Im Unterhaus fragte B o t t o m l e y an, ob Oberst Goitovitsch zum serbischen Kriegsminister ernannt worden sei, einer der Hauptverdächtigen bei der Ermordung Königs Alexanders und der Königin Draga, und ob Grey in dieser Ernennung eine Verletzung des Abkommens erblicke, durch das die diplomatischen Beziehungen zwischen England und Serbien wiederhergestellt worden seien. Grey antwortete, die Ernennung eines britischen Gesandten in Belgrad sei abhängig gemacht worden von der Zurückziehung der Häupter der Verschwörung zum Königsmord von offiziellen Posten. Goitovitsch sei in diese Kategorie nicht eingeschlossen gewesen und seine Ernennung verleihe die Bedingungen des erwähnten Abkommens daher nicht.

Sodann fuhr das Haus in der Beratung der Vorlage über das Frauenstimmrecht fort. Walter R a c l a r e n (Liberal) warnte das Haus davor, die Bill abzulehnen. Im Falle der Ablehnung werde eine Agitation im Lande anfangen, wie sie das Haus bisher noch nicht erlebt habe.

Ein Dampfer gesunken.

Bremen, 12. Juli. (W. T. B.) Nach einer bei der Reederei der Bremer Dampferlinie Atlas eingelaufenen telegraphischen Meldung ist der Dampfer „Attila“ bei den Dardanellen gesunken. Die Mannschaft ist gerettet.

Aus der Reichsversicherungsordnungskommission.

Sigung am Dienstag, 12. Juli.

Von den noch zur Beratung stehenden Bestimmungen für die Diensthöfen hatte eine größere Bedeutung nur die, die den Landesregierungen das Recht geben wollte, zu bestimmen, daß Diensthöfen von der Reichsversicherungsordnung nach Landesrecht im Krankheitsfalle Fürsorge getroffen ist.

Unständige Beschäftigung.

Als unständig soll nach der Vorlage, wie bisher, die Beschäftigung gelten, die nach der Natur der Sache oder im voraus durch den Arbeitsvertrag auf weniger als eine Woche beschränkt ist.

Die Nationalliberalen beantragten den Zusatz, daß auch die Arbeit als unständige gelten soll, die bei unbestimmter Dauer des Arbeitsvertrages in der Regel weniger als eine Woche währt.

Genosse Kollendörfer sprach gegen den Antrag. Die meisten Steuer seien ständige Arbeiter, wenn sie auch mit Unterbrechungen arbeiten.

Der nationalliberale Antrag wurde abgelehnt und die Regierungsfassung angenommen.

Nach der Vorlage sollen die unständigen Arbeiter in der Weise versichert werden, daß sie ihren Anteil an den Beiträgen direkt bezahlen, der Anteil der Unternehmer an den Beiträgen dagegen durch den Gemeindeverband gedeckt wird.

Genosse Hoch legte die Einzelheiten dieses Verfahrens dar, das einfacher sei und die unständigen Arbeiter eher veranlassen würde, möglichst auch für die Zeit der Arbeitslosigkeit die Beiträge zu bezahlen und sich dadurch außer der Krankenpflege auch noch das Krankengeld zu sichern.

Die Regierungsvertreter erklärten, daß das Verfahren nach der Regierungsvorlage einfacher sei. Dem stimmte auch die Kommission zu, und so wurden die Bestimmungen der Regierungsvorlage in wesentlichen unverändert angenommen.

Die Beiträge und Leistungen soll nach der Vorlage die Zahlung auf Grund des Ortslohnes besonders feststellen. Als Ortslohn gilt bekanntlich der ordentliche Tageslohn gewöhnlicher Tagesarbeiter.

Dieser Antrag wurde abgelehnt, jedoch ein Antrag der Fortschrittler angenommen, nach dem die Zahlung für einzelne Gruppen der unständig Beschäftigten den Betrag des Ortslohnes durch Zuschläge erhöhen kann.

Nach der Vorlage ist es dem Ermessen des Gemeindeverbandes überlassen, wie er das Geld zur Bezahlung des Beitragsanteils der Arbeitgeber aufbringt. Er kann die Ausgabe auf die Gemeindekasse übernehmen oder den Betrag umlegen.

Die Sozialdemokraten wiesen darauf hin, daß hiernach die Versicherten erst ihren eigenen Anteil bezahlen müssen und dann noch zu der Deckung des Anteils der Arbeitgeber herangezogen würden. Sie beantragten daher, daß der Gemeindeverband stets den Betrag umlegen muß, die Versicherten aber von der Umlage befreit sein müssen.

Die Regierungsvertreter antworteten, daß auch ein Versicherter einmal einen unständigen Arbeiter beschäftigen könnte. Deshalb sei es berechtigt, daß auch die Versicherten bei der Umlage mit kleinen Beiträgen bedacht würden.

Die Anträge der Sozialdemokraten wurden demnach abgelehnt, dagegen ein Antrag Herold angenommen, daß, wenn die Kosten nicht auf die Gemeindekasse übernommen, sondern umgelegt würden, stets die Einwohner, die unständige Arbeiter in größerer Zahl oder für längere Zeit zu beschäftigen pflegen, zu der Umlage in höherem Maße herangezogen werden müssen.

Die Sitzung der Kommission soll nach der Vorlage mit Zustimmung des Gemeindeverbandes und Genehmigung des Oberversicherungs-

amts (Beschlusssammer) bestimmen können, daß die unständig Beschäftigten keine Krankenteile zahlen. Die Kasse gewährt ihnen dann nur Krankenhilfe.

Genosse Schmidt erklärte sich gegen diese Bestimmung. Auch den unständigen Arbeitern sollte in möglichst vielen Fällen ein Krankengeld zustehen. Deshalb sollten sie zu einem Teile der Beiträge herangezogen werden.

Die Bestimmung wurde jedoch angenommen.

Die Bestimmungen für das

Wandergewerbe

wurden ebenfalls fast unverändert nach der Regierungsvorlage angenommen. Geändert wurde nur in Konsequenz der früheren Beschlüsse, daß der Anteil der Arbeitgeber und Arbeiter an den Rassenbeiträgen nicht je die Hälfte sondern 1/2 und 2/3 beträgt.

Bei der Anmeldung hat der Arbeitgeber die Beiträge für die Zeit bis zum Ablauf des Wandergewerbescheins oder mit Erlaubnis des Rassenvorstandes für längere Zeit im voraus zu entrichten. Die Sozialdemokraten beantragten, daß auf Verlangen des Arbeitgebers die Kasse gestatten muß, daß die Beiträge stets auf ein Vierteljahr voraus bezahlt werden.

Gen. Schmidt wies darauf hin, daß die Vorausbezahlung der Beiträge für ein ganzes Jahr manchem Arbeitgeber eine zu schwere Last auferlegen würde. Der Antrag wurde jedoch abgelehnt.

Die Versicherten erhalten nur die Regelleistungen der Krankenkassen. Gewährt die Kasse ihren anderen Mitgliedern mehr, so kann sie die Beiträge für die im Wandergewerbe Beschäftigten entsprechend kürzen.

Die Sozialdemokraten beantragten, daß es der Kasse überlassen bleiben sollte, ob sie nicht doch diese oder jene Mehrleistung auch den im Wandergewerbe Beschäftigten gewähren und entsprechend die Beiträge festsetzen wolle.

Gen. Hoch wies besonders auf die Familienhilfe hin. Es wäre doch sicher gut, wenn die Kasse den Familienangehörigen, die zu Hause bleiben, im Falle der Krankheit Familienhilfe leistete. Das könne man den einzelnen Rassen überlassen. Ein Grund, es zu verbieten, liegt nicht vor.

Von Zentrum wurde geantwortet, daß zwar die Anregung viel für sich habe. Hier handele es sich jedoch um einen ersten Versuch, den man zunächst möglichst einfach machen sollte. Später könnten derartige Verbesserungen viel leichter gemacht werden.

Der Antrag wurde demnach abgelehnt.

Hausgewerbe.

Auch hier kam es zunächst zu einer allgemeinen Aussprache. Genosse Hoch vertrat die Ansicht, daß eine möglichst weitgehende Auspassung der Versicherung an die der anderen gewerblichen Arbeiter viel einfacher sein würde als das Verfahren in der Vorlage. Da aber die bürgerlichen Parteien sich auf den Boden der Vorlage stellten, nahmen die Sozialdemokraten von weitergehenden Abänderungsanträgen Abstand.

Dagegen wurde ein Antrag der Fortschrittler angenommen, der es ermöglicht, daß wenigstens dort, wo sich das bisherige Verfahren bewährt hat, dieses beibehalten werden kann. Er bezieht sich auf die Bezirke oder Gewerbe, für die beim Inkrafttreten der Reichsversicherungsordnung die Versicherung der Hausgewerbetreibenden bereits durch statistische Bestimmungen geregelt ist. Hier kam die oberste Verwaltungsbehörde auf Antrag des beteiligten Gemeindeverbandes genehmigen, daß die statistische Bestimmung in Geltung bleibt. Abänderungen bedürfen ihrer Genehmigung. Jedoch ist dies nur dann zulässig, wenn Hausgewerbetreibender und dessen Arbeitgeber, die sogenannten Auftragsgeber, im Bezirke des Versicherungsamts ihren Betrieb haben. Außerdem müssen die Leistungen mindestens denen, die die Reichsversicherungsordnung verlangt, gleichwertig sein.

Die Sozialdemokraten beantragten, daß wenigstens die Hausgewerbetreibenden, mit denen der Auftragsgeber in enger Verbindung steht, deren Arbeiter er sogar kennt, in derselben Weise wie die anderen gewerblichen Arbeiter versichert werden.

Genosse Kollendörfer begründet den Antrag unter besonderem Hinweis auf die Verhältnisse in der Zigarrenindustrie. Auch dieser Antrag wurde abgelehnt.

Sogar der weitere Antrag der Sozialdemokraten, daß die Hausgewerbetreibenden in den Ortskrankenkassen und nicht, wie die Vorlage vorschlägt, in den Landkrankenkassen versichert werden sollen, fand keine Mehrheit.

Fortsetzung Mittwoch.

Aus der Justizkommission.

Sigung vom 12. Juli.

Die Beratung der Strafprozeßordnung wurde am Dienstag beim ersten Abschnitt des vierten Buches: „Verfahren gegen Jugendliche“ fortgesetzt.

Die Diskussion und die Beschlußfassung über den § 364, der das Alter der als Jugendliche anzusehenden Personen auf 16 Jahre festsetzt, wurden ausgeführt. — Der § 365 besagt in der Hauptsache, daß die Staatsanwaltschaft gegen Jugendliche keine öffentliche Klage einleiten soll, wenn Erziehungsmaßregeln einer Bestrafung

mehr dazu kommen, das Allgemeinbefinden des Kranken vermindern den Versuch, und Coz mußte geduldig warten, bis das schreckliche Leiden sein zerstörungswerk vollendete. Nur 46 Jahre ist er alt geworden.

Das transatlantische Luftschiff, mit dem Walter Wellman und Melvin Vaniman noch im Laufe dieses Sommers den lästigen Versuch unternehmen werden, den Atlantischen Ozean zu überqueren und von Amerika nach Europa zu fliegen, ist bereits fertiggestellt. Es ist derselbe Luftkranz, die „Amerika“, mit der Wellman seinen berühmten Versuch unternahm, im Luftschiff den Nordpol zu erreichen. Der Plan scheiterte, aber die dabei gewonnenen Erfahrungen sollen jetzt der transatlantischen Fahrt zugute kommen. Die „Amerika“ ist im Laufe dieses Winters und Frühlings in Paris vollkommen umgebaut und erheblich vergrößert worden. Sie ist heute der zweitgrößte Luftschiffstyp der Welt und wird an Größe nur von dem Zeppelin übertroffen. Das Fahrzeug hat eine Länge von 228 Fuß, der größte Durchmesser beträgt 52 Fuß bei einer Luftverdrängung von 345 000 Kubikfuß. Die Tragfähigkeit beläuft sich auf 12 Tons. Die Stahlgondel hat eine Länge von 156 Fuß und wiegt allein 4500 Pfund. Die Ballonhülle ist aus drei Schichten gearbeitet, Baumwolle, Seide und drei Gummielagen, die ebenfalls 4500 Pfund wiegen. Es wird beabsichtigt, insgesamt 6 Mann an Bord zu nehmen; nach Anrechnung der Mannschaft, der Instrumente, der Motore, der Rettungsvorrichtungen und des Proviantes, die zusammen 5000 Pfund wiegen, bleibt eine Tragfähigkeit von 10 000 Pfund zur Verfügung. Die Luftschiffahrt wird in der Hauptsache durch die „Amerika“ über drei Motoren, von denen jedoch nur einer gewöhnlich in Gebrauch genommen werden soll; dieser hat 70 bis 80 Pferdekraft und würde dem Luftkranz eine Geschwindigkeit von 35 Kilometer in der Stunde verleihen. Für größere Geschwindigkeiten steht ein besonderer Schrägflügelmotor zur Verfügung, der 200 Pferdekraft entwickelt. Ein kleiner 10 HP-Motor dient zum Betriebe der Luftpumpe und leistet kleine mechanische Hilfsarbeiten. Die größte Schwierigkeit während der Fahrt wird in der Ausgleitung der Schwankungen der Tragfähigkeit liegen, die durch die Temperaturveränderungen und andere Umstände eintreten.

Notizen.

Die Frig-Reuter-Ausstellung, die der Reuterforscher und Sammler Prof. Gaedert im Berliner Künstlerhaus

vorzuziehen sind. In diesem Falle hat dann die Staatsanwaltschaft die Sache der Vormundschaftsbehörde zu übergeben. Das gleiche Verfahren greift Platz, wenn die Straftat eine geringfügige ist, aber Erziehungsmaßregeln geboten erscheinen.

Demgegenüber beantragten unsere Genossen, die Entscheidung darüber, ob ein Strafverfahren einzuleiten ist, der Staatsanwaltschaft zu entziehen und die Befugnis der Vormundschaftsbehörde zu übertragen. Dieser sozialdemokratische, prinzipiell wichtige Antrag lautete:

§ 364a. Darüber, ob gegen einen Jugendlichen öffentliche Klage zu erheben ist, hat die Vormundschaftsbehörde zu entscheiden. Die Vormundschaftsbehörde entscheidet in der Besetzung durch ihren Vorsitzenden und vier Waisentratsmitglieder, unter denen sich eine Frau befinden soll. Die Vormundschaftsbehörde hat die Frage, ob öffentlich Klage zu erheben ist, zu verneinen, wenn die Verletzung geringfügig ist oder wenn Erziehungs- oder Besserungsmaßregeln nach ihrer Ansicht geeigneter als eine Bestrafung sind, oder wenn die sozialen Verhältnisse, in denen der Jugendliche lebt, oder andere Gründe die Tat entschuldigbar erscheinen lassen.

Vor der Entscheidung in der Sache ist der Jugendliche vor dem Kollegium zu vernehmen. Hierbei ist sein gesetzlicher Vertreter zuzuziehen.

Handelt es sich um eine Uebertretung oder um eine geringfügige Sache, so darf die Frage, ob die Anklage zu erheben ist, nur bejaht werden, wenn von dem Jugendlichen eine ähnliche Handlung in dem der Tat vorausgegangenen Jahre bereits schon einmal begangen ist.

Nach einem Zentrumsantrag soll eine öffentliche Klage oder im Privatklagenverfahren die Hauptbehandlung dann nicht eingeleitet werden bezw. stattfinden, wenn auf Befragen die Vormundschaftsbehörde der Ansicht ist, daß Erziehungs- und Besserungsmaßregeln der Bestrafung vorzuziehen sind und die Ausführung dieser Erziehungsmaßregeln von der Vormundschaftsbehörde übernommen wird.

Der § 368 enthält die Bestimmungen für die weitere Behandlung der von der Vormundschaftsbehörde für schuldig befundenen Jugendlichen. Unter anderem soll der Staatsanwaltschaft das Recht gegeben werden, Rechtsmittel gegen die Entscheidungen der Vormundschaftsbehörde einzulegen. Unsere Genossen beantragten, den Schlußsatz zu streichen. — Abg. Gröber beantragte die Streichung der §§ 365 und 366, da seiner Meinung nach die Strafbefugnisse nicht mit Erziehungsaufgaben belastet werden sollen. Hierbei vertrat der Zentrumsredner im allgemeinen den Standpunkt, daß man der zu weit gehenden Verweidlichung im Strafverfahren entgegenwirken müsse. In dieser Auffassung stimmten ein Regierungskommissar, ein nationalliberaler und konservativer Redner dem Abg. Gröber zu, aber sie betonten übereinstimmend, daß für die Jugendlichen eine Ausnahme gemacht werden müsse. Der konservative Redner stellte den Antrag, das jugendliche Schulalter auf 16 Jahre herabzusetzen. Gegen diese Bestimmungen der Regierungsvorlage wendete sich ebenfalls der Abg. Spahn. Wie sein Fraktionsfreund Gröber trat auch Spahn für eine eventuelle Herabsetzung des Schulalters ein. Beide erklärten in der Einleitung der bedingten Verurteilung der Jugendlichen eine genügende Berücksichtigung. — Von unserer Seite wurde bei der Begründung unserer Anträge aufs eingehendste auf die sozialen Ursachen des Anwachsens der Straftaten der Jugendlichen hingewiesen und aus diesen Gründen heraus die Notwendigkeit hergeleitet, daß nicht zuerst die strafende Justiz, sondern die erzieherisch besternde Erziehungsbehörde eingzugreifen darf. Auch wiesen unsere Genossen bei dieser Gelegenheit auf die Unzulänglichkeiten und schweren Fehler der Fürsorgeerziehung hin. Wie die Staatsanwaltschaft die Initiative über die Einleitung des Strafverfahrens überlassen, dann werden wir künftig noch mehr als bisher auch im Verfahren gegen Jugendliche die Klassenjustiz sich betätigen sehen.

Gegen den sozialdemokratischen Antrag (§ 364a) führten die Regierungsvertreter aus: Mit der allgemeinen Uebertretung der Voruntersuchung an die Vormundschaftsbehörde habe man einmal den Jugendlichen der Garantien, die dem Verdächtigen durch die Strafprozeßordnung gewährt sind. Zum anderen habe die Vormundschaftsbehörde nicht die Mittel, die Untersuchung so zu führen wie die Gerichte. Auch bestritt man, daß es sich bei den Verfahren gegen Jugendliche häufig um politische Delikte handele. Waisenträte und Waisenträte zur Jugendfürsorge und -gerichtsbarkeit heranzuziehen, sehe der Entwurf zur Genüge vor. Das Legalitätsprinzip der Staatsanwaltschaft müßte zugunsten der Jugendlichen unterbrochen werden. Auf eine Erziehung der Staatsanwaltschaft durch die Vormundschaftsbehörde könne die Regierung unter keinen Umständen eingehen.

In der Abstimmung wurden alle Verbesserungsanträge abgelehnt. Der sozialdemokratische gegen die Stimmen unserer Genossen, der ihm ähnliche Zentrumsantrag mit Stimmengleichheit. Dagegen stimmten außer einigen Zentrumsabgeordneten konservativer und Nationalliberaler. Angenommen wurde nur, daß im § 365 das Wort „Staatsanwaltschaft“ durch „Staatsanwalt“ ersetzt wird, ferner, daß sich die Bestimmungen der §§ 365 und 366 nur auf Jugendliche unter 16 Jahren beziehen sollen.

Fortsetzung am Mittwoch.

zusammengebracht hat, wurde am Dienstag — als am 100. Geburtstag Reuters — eröffnet.

Die Internationale Vereinigung zur Sonnenforschung. Auf kaum einem anderen Gebiete der Naturforschung ist ein internationales Zusammenarbeiten von so hoher Wichtigkeit wie in der Himmelskunde, und aus der Erkenntnis dieser Wahrheit sind schon manche wichtige Unternehmungen entstanden. Man braucht nur an die Großtat der internationalen Himmelskarte zu denken. Seit kurzem ist es namentlich durch die Bemühungen amerikanischer Gelehrter gelungen, auch für die Sonnenforschung einen internationalen Zusammenstoß herbeizuführen. Die Seele dieser Bestrebungen ist Professor Hale, der zurzeit hervorragendste Vertreter der Sonnenforschung in Amerika und der Begründer des eigens zu diesem Zweck errichteten Observatoriums auf dem Mount Wilson in Kalifornien, das in unerreichter Vollkommenheit für diese Forschungen ausgestattet worden ist. An diesem Platz wird nun die vierte Konferenz der „Internationalen Vereinigung zur gemeinsamen Arbeit in der Sonnenforschung“ in der Woche vom 20. August bis 6. September zusammenzutreten.

Die Victoria regia im neuen Botanischen Garten (Dahlem) blüht zurzeit. Diese Riesenvasserrose, deren Blätter einen Durchmesser bis zu zwei Meter erreichen, bringt ebenso riesige Blüten hervor (bis zu einem Drittel Meter Durchmesser!) Leider blühen die prächtigen Blüten nur zwei Abende und Nächte, aber sie entfalten dann auch ein wunderbares Farbenspiel von Weiß bis Purpurrot. Die aus Südamerika stammende Wasserpflanze, die 1801 entdeckt wurde, bedarf bei uns der Pflege im glasgedeckten Warmhaus, wo sie bei 25—30 Grad gedeiht.

Altindische Dramenfund. Unter den Schätzen, die die beiden Turfan-Expeditionen aus Zentralasien nach Berlin brachten, sind Reste altindischer Dramen entdeckt worden. Der Berliner Professor für Sanskrit (altindisch) Heinrich Lüders ist der glückliche Finder und Entzifferer dieser teils in Sanskrit teils in Volkssprachen abgefaßten Szenen. Die Funde dürften aus dem ersten oder zweiten nachchristlichen Jahrhundert stammen und führen uns in der Kenntnis des altindischen Dramas weit über den bekanntesten indischen Dramendichter Kalidasa (6. Jahrhundert) hinaus.

Kleines feuilleton.

Ein Märtyrer der Wissenschaft. Aus London kommt die Kunde von dem Tode des Gelehrten Harry W. Coz, der durch seine Forschungen und Versuche mit den X-Strahlen bahnbrechend wirkte und nun, nach 12-jährigem, qualvollem Leiden als ein Märtyrer der Wissenschaft gestorben ist. Coz begann vor 14 oder 15 Jahren seine Untersuchungen. Ein Zufall sollte ihm dabei verhängnisvoll werden: vor 12 Jahren brachte er während seiner Experimente eine Tube seines Apparates dem Gesicht zu nahe. Die Folge war für den jungen Forscher die schmerzvolle Krankheit, von der er nun durch den Tod erlöst wurde. Die geheimnisvolle X-Strahlen-Hautentzündung brach aus, und es gab kein Mittel, das furchtbaren Leidens Herr zu werden oder seine weitere Entwicklung zu verhindern. Aber Coz, der sich über die schreckliche Tragweite dieser Erkrankung keinen falschen Hoffnungen hingab, blieb seinem Ziele treu; unablässig arbeitete er an der Vervollkommnung seines Apparates weiter und setzte seine Forschungen fort. Mehr als 80 Patente hat er im Laufe seiner Beobachtungen aufgenommen; eines von ihnen wurde von entscheidender Tragweite, denn mit dem Apparat wurde es möglich, nicht nur die Lage einer Augel zu erkennen, sondern auch die Tiefe der Wunde genau zu bestimmen. Im südafrikanischen Kriege wurde der Apparat zum ersten Male praktisch verwendet und bewährte sich vollkommen. Die Hautentzündung, die Coz sich im dritten Jahre seiner Arbeiten zugezogen hatte, nahm mit der Zeit immer gefährlichere Dimensionen an, bis der Forscher schließlich seine Arbeiten völlig einstellen mußte. Er besaß kein Vermögen und war nun hilflos der Not preisgegeben. Seine Freunde bemühten sich vergeblich, dem verdienten Mann eine Pension auszuwirken, die ihn vor Not und Armut bewahren sollte. Den Anstrengungen Sir William Treloars gelang es schließlich, eine Summe von 52 000 M. aufzubringen, die dem Leidenden für seine Familie ausbezahlt wurde. Er befand sich in der Behandlung der angesehensten Ärzte, nicht weniger als drei große, qualvolle Operationen mußte er erdulden, aber das Fortschreiten der Krankheit war nicht aufzuhalten. Nacheinander waren ihm drei Finger der linken Hand, ein Finger der rechten und schließlich der ganze rechte Arm amputiert worden. Eine schwere Kehloperation erwies sich als nutzlos, man plante bereits einen zweiten Eingriff, über dessen Gefährlichkeit kein Zweifel herrschte, aber es sollte nicht

17. Jahresversammlung des Zentralverbandes der Ortskrankenkassen Deutschlands.

Regensburg, den 12. Juli 1910.

(Telegraphischer Bericht.)

In der heutigen Sitzung wurde zunächst beschlossen, den Internationalen Arbeiterversicherungskongress im Haag zu beschließen. Mit der Vertretung der Ortskrankenkassen wurden beauftragt Verwaltungsdirektor Hesse-Doedden und Abg. Fräßdorf-Dresden. — Sträwisch-Hamburg beantragte die Herbeiführung einer einheitlichen Krankenkassenstatistik, Odermann-Bremerhaven die Einführung einheitlicher Krankenkassenberichte. Nach längerer Debatte wurde beschlossen, die hierfür notwendigen Vorarbeiten einzuleiten.

Sodann sprach Dr. Vort-München über:

„Alkohol und Krankenkassen“.

Er hob hervor, daß die Krankenkassen in ganz hervorragender Weise an der Bekämpfung des Alkoholmißbrauchs beteiligt seien, da der Alkohol die Ursache zahlloser Krankheiten sei und die Krankenkassen erhebliche Belastungen. Abgesehen von den direkten Alkoholkrankheiten sei es auch der Alkohol, der bei einer Reihe von Krankheiten mitgeholfen hat. Es liege im Interesse der Krankenkassen selbst, wenn sie auch prophylaktisch (vorbeugend) mitarbeiten. Die Krankenkassen müssen, ohne in eine direkte Gegnerschaft gegen die Alkoholindustrie zu treten, auf eine allgemeine Mäßigkeit hinarbeiten. Das können sie durch Vorträge, durch populäre Darstellungen der hauptsächlichsten Wirkungen des Alkoholismus usw. Die Krankenkassen müssen mitarbeiten an der Darstellung der nackten Tatsachen über den Alkohol, sie können auch, ohne daß sie große Mittel aufzuwenden haben, ausrechnen, wie lange und wie häufig diese Alkoholkrankheiten in den Risten der Krankenkassen geführt werden und was die Krankenkassen dafür ausgeben. Man wird auf diese Weise an der Volksgesundheit wesentlich mitarbeiten. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Fräßdorf-Dresden: Ihm sei mitgeteilt worden, daß die Bremerer Union sich mit dieser Tagung beschäftigt habe und hier ein Gegenreferat halten wolle. Die Herren befanden sich in einem Irrtum. Die Tagung sei kein offener Kongress, sondern ein Delegiertentag, und der Vorstand wählte sich die Herren, an die er Einladungen verschickt, selbst aus. Ebenso bestimme auch die Zeitung, wer ein Referat zu halten habe. Es habe sich übrigens ein Herr, der die Brauereindustrie hier vertreten wolle, nicht gemeldet. Wenn jedoch aus den Reihen der Delegierten jemand das Wort dazu nehmen wollte, so würde es diesem natürlich freistehen. Es sei allerdings kaum anzunehmen, daß dies der Fall sein werde. (Lebhafter Beifall.)

Hierauf erhielt der Generalsekretär des Vereins gegen Mißbrauch geistiger Getränke, Professor Wosker, Berlin, das Wort: Daß der Kongress in Regensburg und in Regensburg die Alkoholfrage angeht, beweise einen hohen Grad von Kurage. (Heiterkeit.) Es sei dankenswert, daß der Ortskrankenkassentag diese Frage zum zweiten Male gründlich und sachlich zur Debatte gestellt habe. Die Notwendigkeit eines gründlichen Kampfes gegen die Tuberkulose wird seit Jahren von niemandem mehr bestritten. Die Erkenntnis der Notwendigkeit einer Stellungnahme gegen den Alkoholismus sei erst eine Errungenschaft der neuesten Zeit. Es sei das eine Folge der Erfahrungen, die geistige und körperliche Arbeiter gemacht haben, nämlich, daß sowohl die geistige Klarheit, als auch die körperliche Ausdauer und Kraft durch den Alkoholmißbrauch beeinträchtigt werde. In der Schweiz wird seit einer Reihe von Jahren bei allen Todesfällen von dem Arzte eine Rubrik „Alkoholismus“ ausgefüllt. Dabei ergibt sich, daß bei allen Todesfällen unter 40 Jahren in 10 Proz., bei über 40 Jahren in 15 Proz. die Todesursache mit dem Alkohol zusammenhängt.

Im Charlottenburger Krankenhaus ist festgestellt worden, daß jeder fünfte Kranke, der in der inneren Abteilung behandelt wird, Symptome einer Krankheit aufweist, die auf starkes Trinken zurückzuführen ist. Es ist die Zahl der Kranken, die den Krankenkassen infolge des Alkoholismus zur Last fallen, eine viel größere, als wissenschaftlich absolut nachweisbar ist. Die Wirkungen des Alkoholismus treten um so mehr in Erscheinung, je größer die Unterernährung und je schlechter die Wohnungsverhältnisse sind. Bisher verboten die gesetzlichen Bestimmungen den Krankenkassen die Prophylaxe oder beschränkten sie jedenfalls auf die engsten Grenzen. Seit einer von Jahren habe der von ihm vertretene Verein in Eingaben und persönlichen Vorstellungen sich bemüht, diese Schranken zu beseitigen. Nach dem Entwurf sollen sie ja nun fallen. Dann werden die Krankenkassen freie Bahn haben. Neben der Aufklärungsarbeit können die Krankenkassen wesentlich zur Volksgesundheit tun, wenn sie mitarbeiten an dem Ausbau von Trinkerfürsorge- und Trinkerheilstätten. (Lebhafter Beifall.)

Gräf-Frankfurt a. R. begrüßte, daß der Referent nicht als Abstinenzfanatiker aufzutreten sei, sondern für die Mäßigkeit bestrebt. In der Unfallfrage spiele der Alkohol indirekt eine sehr große Rolle. In Werksstätten, in denen der Alkoholgenuss abgeschafft ist, sei nachweisbar die Unfallgefahr zurückgegangen. Ein sehr bemerkenswertes Zugeständnis habe auch die Brauereindustrie gemacht, indem sie festgestellt, daß die Unfallgefahr zurückgegangen ist, seitdem das Freibier für die Brauereiarbeiter abgeschafft sei. (Hört! hört!) Für eine Reihe von gewerblichen Berufen, die mit Gas- und Gasmaschinen zu arbeiten haben, bestehe noch ein unerträgliches Trinkverbot. Die Reichsversicherungsordnung bringe die Versicherung der unfähigen Arbeiter. Dadurch werde eine große Zahl von Trinkern überhaupt zum ersten Male einer Krankenbehandlung zugeführt. Vielleicht werden dadurch die Krankenkassen eine Mehrbelastung erhalten, aber man werde doch ein großes Stück in der Sozialreform vorwärts kommen. Selbst wenn wir mit den Aufsichtsbehörden in einen Konflikt kommen sollten, indem diese sagen, daß das Geld zu falschen Zwecken verwendet werde, müssen wir die Propaganda in dem Kampfe gegen den Alkoholismus aufnehmen. (Lebhafte Zustimmung.)

Fräßdorf-Dresden konstatierte, daß die Krankenkassen bereit seien, die Bewegung gegen den Alkoholmißbrauch zu unterstützen, und daß sie andererseits auch bereit seien, die Alkoholiker als Kranke zu behandeln und geeignete Fürsorgemaßnahmen zu deren Heilung zu treffen. Auf diesem Wege glaubten sie, der Volksgesundheit zu dienen. Er richte an die Krankenkassen das Ersuchen, die Antialkoholbewegung nach Möglichkeit zu unterstützen. (Lebhafte Zustimmung.)

Sodann beschäftigte sich der Kongress mit einem Antrag Weg, der den

Anschlagsvertrag

betrifft, der ja bekanntlich in der Reichskommission zu lebhaften Angriffen geführt hat. Es wurde auf Antrag des Buchdruckereibesetzers Schölem-Berlin beschlossen, den gegenwärtigen Anschlagsvertrag durch Sachverständige nachprüfen zu lassen und die neue Fassung mit den gesetzlichen Bestimmungen in Einklang zu bringen. Diese neue Fassung soll sofort an Stelle des jetzt geltenden Vertrags in Kraft treten.

Der Kongress war beschickt von 262 Ortskrankenkassen mit 4672 208 Mitgliedern durch 464 Delegierte.

Der Abschluß der Tagung bildete ein Ausflug zur Walschalla.

Aus der Partei.

Ein neuer Kandidat.

Aus London wird uns geschrieben: Was hier schon vor Monaten vorausgesagt wurde, wird jetzt durch die Tatsachen bestätigt: der „Clarion“, das von Blatchford gegründete und redigierte Wochenblatt, ist nach dem letzten Wochenausgang wieder als der „Clarion“ gegründete „Women's Voice“, das frühere „Woman Worker“, ist schon in der letzten Woche eingegangen. Aller Wahrscheinlichkeit nach mußte es sein junges Leben

aushauchen, um seinem älteren Bruder mehr Luft zu verschaffen. Nun zappelt auch der „Clarion“ zwischen Leben und Tod, und Blatchford, der jetzt, nachdem der Wocher seine Schuldenlast gelassen hat, von seinen imperialistischen Freunden zum alten Eisen geworfen worden ist, steht seine Leser und die englischen Genossen um Hilfe an. In der heutigen Nummer bittet er seine Getreuen, anstatt eine forsan zwei Nummern des „Clarion“ zu kaufen, um das Blatt über Wasser zu halten.

Schon seit mehreren Wochen fordert er in jeder Nummer seinen zusammengeschmolzenen Leserkreis auf, sich darüber zu äußern, ob der „Clarion“ sein Erscheinen einstellen soll oder nicht. Die Briefe, die er erhalten hat, scheinen ihm etwas aufgelärt zu haben über die Ursache des Schwindens seiner Popularität; denn in der heutigen Ausgabe veröffentlicht er einen Leitartikel, der, soweit es seinem sanguinischen Temperament möglich ist, deutlich die Spuren der Reue über seine tollen Sprünge aufweist. Er schreibt: „Nun ein paar Worte über unsere Politik. Ich sehe voraus, daß es der Wunsch unserer Leser ist, daß der „Clarion“ eine kämpfende sozialistische Zeitung sein soll. Unsere Arbeit ist es, den Sozialismus zu lehren und zu verteidigen. Das wird unsere Politik sein.“

Die ganze Redaktion, glaube ich, ist einstimmig gegen den Freihandel und für die allgemeine Wehrpflicht. Aber das sind Nebenfragen (1) und können fallen gelassen werden. Zeitweilig mag es notwendig sein, die schwindelhaften Präzedenzen des liberalen Freihandels bloßzustellen, aber darüber hinaus werden wir wahrscheinlich nicht gehen.

Was die Frage der deutschen Gefahr anlangt, sind wir wiederum einstimmig; aber wenn ich es als meine Pflicht erachte, diese Frage zu behandeln, werde ich es an anderer Stelle tun.“ Blatchford behauptet noch immer eigenfönnig, daß der „Clarion“ von den englischen Genossen systematisch boykottiert würde. Besonders die Arbeiterpartei trachte nach seinem Leben. Das ist nun zum größten Teil Phantasie. Die einfache Erklärung für den Niedergang des Blatchford'schen Blattes ist die, daß der Redakteur, der stets geneigt war, sich eine Extradition zu erlauben, diesmal seinen Lesern mit der Deutschenhege und der Befürwortung des Militarismus und des Schutzzolls allzu grob gekommen ist.

Der angeführte Passus aus dem Blatchford'schen Artikel wirkt aber auch ein interessantes Streiflicht auf den Sozialismus, den besonders Blatchford in England verbreitet hat, und den man in Ermangelung eines besseren Namens den sentimentalischen Sozialismus nennen kann. Man denke sich: Freihandel und allgemeine Wehrpflicht sind Nebenfragen! Und die Hege gegen Deutschland ist eine Gewissensfrage! Man glaube nicht, daß Blatchford der einzige englische „Sozialist“ ist, der solchen oder ähnlichen theoretischen Ansichten huldigt. Sie beweisen, wie sehr dieser englische Sozialismus noch in den Wolken schwebt. Man propagiert vom Sozialismus nur den Grundgedanken der Vorgesellschaftlichkeit der Produktionsmittel, und siehe da, die Formel ist weit genug, um allerhand Woll im Schoße des Sozialismus Platz zu gewähren: Leute, die die Municipalisierung der Straßenbahnen und Wasserleitungen verlangen, Rabier, die in der bürgerlichen Gesellschaft als Schwere- noster gelten wollen, und Pastoren, die es mit Hilfe einer platonischen Liebe zum Sozialismus nicht mit den Arbeitern verderben wollen. Das Aktuelle, die Politik, die Mittel, durch die wir den Sozialismus zu verwirklichen trachten, wird zur Nebenfrage, in der jedermann freien Spielraum hat. Blatchford hat es nun auf diesem Wege endlich so weit gebracht, daß er die Dinge auf den Kopf stellt und die Ideale des Kapitalismus: Militarismus, das Schutzollsystem mit seinen das Volk ausbeutenden indirekten Steuern und Chauvinismus mit den Ideen des Sozialismus in Einklang zu bringen versucht.

Die Reue auf dem Totenbett kommt etwas spät. Bekanntlich streiten sich die christlichen Sekteln darum, ob der liebe Gott eine derartige späte Besserung als echt ansieht. Man wird wohl die Frage von Fall zu Fall beurteilen müssen. Und der Fall des „Clarion“ sieht recht trübe aus. Wer bürgt uns dafür, daß Blatchford nicht von neuem der „Daily Mail“ bespringen wird, wenn dieser große Lügenweiser in einer Million Exemplaren die zweite deutsche Gefahr an die Wand malt? Schon werfen die Parlamentarier ihren Schatten voraus, und schon sammelt das Heberblatt neues Material, um die chaubinistischen Leidenschaften des englischen Volkes anzufachen.

Was unser Korrespondent hier von Blatchford sagt, kann mit einigen Änderungen auch von Hyndman gelten, der in den entscheidenden Fragen der Gegenwarts- und Zukunfts- und Sozialpolitik nicht minder verlagert wie der weniger ernst zu nehmende Blatchford. Hyndman hat es für angezeigt gehalten, in der konservativen und imperialistischen „Morning Post“ einen konfuse Artikel über die Notwendigkeit verstärkter Flottenrüstungen gegen die „deutsche Gefahr“ zu veröffentlichen. Hyndman erklärt seine Ansichten als rein persönliche. Wir meinen aber, daß solche Ansichten ihre Bekenner von selbst aus jeder sozialistischen Partei ausschließen.

Reichstagskandidatur. Eine am Sonntag in Remmigen stattgefundene Wahlkreisversammlung für den Wahlkreis Jülich-Bonn (Schwaben 4) stellte einstimmig den Genossen Ludwig Widelmann, Landtagsabgeordneten in München, als Kandidat für die kommende Reichstagswahl auf.

Der Jahresbericht für den Reichstagswahlkreis Bochum-Gelsenkirchen-Unterschönenheid ergibt, daß die Mitgliederzahl 6788, davon 1811 weibliche, beträgt (5790, darunter 1383 weibliche im Vorjahre). Die Einwohnerzahl des Wahlkreises beträgt 747 200 gegen 600 200 im Jahre 1907. Mitgliederversammlungen fanden 468 in verlaufenen Jahre statt. Wesentliche Versammlungen wurden 102 abgehalten. Flugblätter kamen in 624 000 Exemplaren zur Verteilung. Die Einnahmen und Ausgaben beliefen sich auf 83 606 M. Der Passivposten beträgt 4892 M. „Volksblatt“-Abonnenten wurden 2600 gewonnen. Am 1. Oktober wird in der Großstadt Gelsenkirchen eine Zweigstelle mit einem freigestellten Beamten eröffnet.

Eine Konferenz der Jugendauschüsse für Rheinland-Westfalen tagte am Sonntag in Düsseldorf. Vertreten waren sämtliche 28 Jugendauschüsse des Bezirks. Die Zahl der Abonnenten der „Arbeiter-Jugend“ beträgt 4777. Nach dem Bericht des Vorsitzenden des Bezirksauschusses, als welcher der Eibersfeld-Warmer Jugendauschuss fungierte, und einem Vortrage des Vertreters des Zentral-Jugendauschusses J. Sassenbach - Berlin über „Die Aufgaben der Bezirksauschüsse“ wurde ein Bezirksstatut beraten und beschlossen. Nach diesem sind zur finanziellen Unterstützung der Tätigkeit des Bezirksauschusses pro Abonnent der „Arbeiter-Jugend“ und pro Quartal 2 Pf. an den Bezirksauschuss abzuführen. Ferner wurde beschlossen, den bisherigen Bezirk Rheinland-Westfalen in drei Agitationsbezirke einzuteilen, und zwar in Oberhein (Vorort Köln), Niederhein (Vorort Eibersfeld) und westliches Westfalen (Vorort Dortmund).

Soziales.

Ein neuer Trick.

Der Seemannsberuf hat für Winnenländer immer noch etwas Verlockendes. Die jugendliche Phantasie sieht sich in fremde Länder und Erdteile verführt und monogisch als weicher Mann zurückkehren. Das überaus traurige Los der Seeleute ist wenig bekannt. Dem jugendlichen Wandertreib und der Abenteuerlust kommen allerlei

verlockende Inserate entgegen, die bald in dieser bald in jener Form durch die Tagespresse laufen. Das gilt auch von dem nachstehenden:

„Stewards“. (Schiffssteuermann.)

Hohes Einkommen erzielen junge Leute aller Berufs-Klassen, welche als solche zur See fahren wollen. Verdienst 350 bis 3000 p. Reise (4 Monate 14 Tage). Bei freier Station. Nähere Auskunft, Rat und Referenzen erteilt

W. F. Kessel

Seemannisches Auskunfts-Bureau, Hannover, Wolsfr. 24. Honorar 2 Mk. Eins. Briefmarken oder Nachnahme.

Junge Leute, die an einen detari hohen Verdienst für ihre erste Reise glauben, werden bitter enttäuscht. Die jungen Stewards haben trotz der sehr beschwerlichen Arbeit nur einen ganz geringen Verdienst; erst wenn sie nach langen Jahren zu besseren Stellungen aufrücken, ändert sich das etwas. Die meisten Stewards, die für den überseeischen Dienst in Frage kommen, werden bei der Hamburg-Amerika-Linie und bei dem Norddeutschen Lloyd eingestellt und zwar für die Fahrten zwischen den europäischen Häfen und Amerika. Die Hamburg-Amerika-Linie stellt aber seit Jahren nur noch gelernte Seelner ein, so daß junge Leute, „aller Berufs-Klassen“ hier nicht in Frage kommen.

Nun verspricht Herr Kessel in seinem Inserat auch gar nicht den Nachsuchenden eine Stellung zu verschaffen, sondern er erteilt nur Auskunft. Diese Auskünfte beschränken sich darauf, den Anfragenden auf die oben genannten Linien zu verweisen und allerhand gute Ratsschläge zu erteilen. So heißt es in dem Prospekt, den er nach Einlieferung der 2 Mk. verschickt u. A.: Für einen vorwärtsstrebenden jungen Mann, der sich Selbstkenntnis und ein gutes Einkommen sichern wolle, diene die Laufbahn als Seemann, besonders aber als Steward eine sichere Gewähr. Tausende hätten das Verlangen, bei einer großen Schiffsahrts-Gesellschaft ein Engagement zu erhalten. Es gelange aber wenigen, weil die meisten ohne praktische und theoretische Erfahrungen nach der See abzugehen, in unklare Hände verfallen usw. Die „praktischen und theoretischen Erfahrungen“ gibt natürlich auch Herr Kessel nicht, kann sie nicht geben, ihm kommt es lediglich auf die ausbedungenen 2 Mark an.

In ähnlicher Weise geht ein Stellenvermittler in Kiel vor. Diese Leute sollen, wie uns von glaubwürdiger Seite mitgeteilt wird, Hunderte von Gesuchen erhalten, ein Beweis, daß die Dummen nie alle werden.

Wir möchten die jungen Leute aller Berufe auf das dringendste warnen, auf derartige Annoncen hereinzufallen.

Auf der Suche nach Material für die Reichsversicherung.

Der Bergische Fabrikantenverein berendet an seine Mitglieder ein Zirkular, das das Stigma „Um strenge Geheimhaltung wird ersucht“ trägt. Daraus geht hervor, daß die Arbeitgeber im Vorstand der allgemeinen Ortskrankenkasse zu Remscheid Stellung zur Reichsversicherungsordnung genommen haben. Da aber die Behauptung, die Organisationen der Krankenkassen würden in den Dienst der politischen Parteien gestellt, Widerspruch fand, so wollten nun die Mitglieder des Bergischen Fabrikantenvereins Beweismaterial für diese Behauptung liefern. In dem Geheimschreiben wird dringend ersucht,

„alle etwa bekannt gewordenen Fälle, in denen von Angestellten der Krankenkassen in irgendeiner Weise versucht worden ist, unorganisierte Arbeiter zum Eintritt in eine Organisation (Gewerkschaft, Partei oder dergleichen) zu bewegen, möglichst sofort mitzuteilen und dabei auch solche Fälle mit anzuführen, in denen Arbeiter, die den sozialdemokratischen Vereinen nicht beigetreten sind, von den Angestellten der Krankenkassen schikaniert worden sind.“

Zum Schluß wird betont, daß bei Verwendung des Materials Namensnennungen nicht stattfinden sollen und es wird nachmalis strenge Verschwiegenheit zugesichert.

Unterzeichnet ist das Schriftstück vom dem Vorsitzenden des Bergischen Fabrikantenvereins Arnold Mannesmann in Remscheid. Der Verein umfaßt das ganze Wirtschaftsbereich des bergischen Landes, aber auch die Städte Eibersfeld, Wermten, Solingen, Neuzath usw.

Aus Industrie und Handel.

Wie es gemacht wird.

Hinter die Kulissen der Großbanken leuchtet ein Artikel, den unser französisches Bruderblatt „Humanité“ vorige Woche veröffentlichte. Vor einigen Tagen weilte der König von Bulgarien in Paris und es wurde ihm zu Ehren der übliche Alimbin betanstaltet, Banketts, Paraden, Festvorstellungen in den Theatern usw. Nun ist es kein Geheimnis, daß der eigentliche Zweck seines Besuchs der Abschluß einer Anleihe war. Aber warum dazu all der angeblich „patriotische“ Alimbin sich nötig machte, das erzählt die Öffentlichkeit erst aus den folgenden Mitteilungen der „Humanité“. Auswärtige Anleihen werden in Frankreich stets durch einige große Banken besorgt, die das Geschäft gemeinschaftlich machen. Aber jede einzelne derartige Anleihe wird von einer bestimmten Bank abgeschlossen, die von dem Gewinn einen größeren Teil abbehalten als die übrigen Mitglieder des Ringes. Um jedoch eine Konkurrenz zu vermeiden, die dem Interesse aller nachteilig wäre, haben sie die verschiedenen Länder unter sich verteilt. Es besitz also jede der Großbanken sozusagen ein festes Anrecht auf bestimmte Länder, und keine andere darf ihr da ins Gehege kommen. So gehört England dem Credit Lyonnais, Griechenland dem Comptoir d'Escompte, Proflien der Société générale usw. Wenn also Bulgarien in Frankreich pumpen will, so kann es sich zur Vermittlung des Geschäfts nicht eine Bank nach seinem Belieben auswählen, sondern Bulgarien gehört zu dem gewaltigen Reich der Banque de Paris et des Pays-Bas (Pariser und Holländische Bank). Es kann sich also nur an diese Bank wenden, muß deren Bedingungen annehmen, sonst bleibt ihm der französische Markt verschlossen.

Nun hat sich Ende vorigen Jahres etwas ganz Entschliches ereignet: der Credit Mobilier, eine Bank, die erst vor kurzem der Vereinigung beigetreten war, hat insgeheim mit der bulgarischen Regierung eine Anleihe von 100 Millionen abgeschlossen. Die Sache wurde ruhmbar, die Banque de Paris geriet außer sich über diese Bildhabelei, die auf ihrem Gebiet verübt war und wandte sich — an Herrn Pichon, Minister der auswärtigen Angelegenheiten! Sie verlangte von ihm, sofort einzugreifen und sie gegen diesen nichtswürdigen „Diebstahl“ zu schützen! Ein derartiges Ansinnen, sagt die „Humanité“, ist nichts Ungewöhnliches. Vielmehr ist das Departement des Herrn Pichon geradezu eine Fülle des ertönten Bankrings, und es sieht eine seiner Aufgaben darin, dessen Geldgeschäfte zu unterstützen und zu erleichtern.

Herr Pichon enttäuschte auch keineswegs die Hoffnungen der Banque de Paris, sondern, um den Credit Mobilier an der Durchführung des Geschäfts zu hindern, verlangte er für die neue Anleihe — unter dem Vorwande, daß Bulgarien keine genügende Sicherheit biete — ein besonderes Unterpfand; sonst würde sie nicht zur Börse zugelassen. Es trat natürlich der Erfolg ein, den die Banque de Paris haben wollte: Bulgarien weigerte sich, auf diese Bedingung einzugehen, das Geschäft fiel ins Wasser. — Aber nun braucht Bulgarien doch das Geld. Es wandte sich nach Oesterreich — vergebens. Es wandte sich nach der Schweiz, und die Schweizer Bankiers wandten sich ihrerseits an französische Kapitalisten. Aber die französischen Bankiers brachten Notigen in die Presse, worin sie das Publikum warnten, ein Papier zu kaufen, das die Regierung nicht zur Börse zugelassen habe. So wurde der bulgarische Kredit auf dem französischen Markt erschüttert. Als es so weit war, einigten sich die französischen Banken über die Teilung des Raubes und wollten nun das Geschäft wieder in Gang bringen. Dazu war nötig, erstens, daß der Minister einen Vorwand bekam, um die Bedingung eines besonderen Unterpfandes für jede neue bulgarische Anleihe aufzuheben; zweitens, daß

ingendein neues Ereignis eintrat, auf Grund dessen man dem Publikum, das man monatlang vor dem Verkauf bulgarischer Papiere gewarnt hatte, eben diese Papiere nunmehr dringend empfehlen konnte. Deswegen, in dieser Absicht und zu diesem Zweck hat man den Besuch des bulgarischen Königs veranstaltet. Er kommt, die Zeitungen beschreiben seinen „sympathischen Charakter“, er redet, er sagt, wie sehr er das französische Volk liebt, wie er seine Kunst, seine Armees, seine Luftschiffe bewundert, er zeigt sich überall, indes seine bessere Hälfte die Pariser Wohltätigkeitsanstalten besucht. Und so ist denn alles entzückt von ihm, niemand kann sich weiter wundern, wenn der Minister unter so bewandten Umständen seine Meinung über die Sicherheit bulgarischer Anleihen und die Notwendigkeit eines besonderen Unterpfandes ändert; geborcht er doch nur den Rücksichten der „hohen Politik“. Das geliebte Publikum aber ist von dem Trubel geblendet und schließt mit Begeisterung die 100 Millionen bulgarischer Papiere.

Um den großen Aufwand von „Patriotismus“ zu begreifen, muß man wissen, daß die Anleihen kleiner Länder den Emissionsbanken ganz kolossale Gewinne einbringen. Zum Beispiel: die spanische bulgarische Anleihe von 1902, die der Banque de Paris, nach Bezahlung aller Gebühren, 86 390 000 Frank kostete, hat bei einem Emissionspreis von 450 Frank 95 400 000 Frank eingebracht, das ist für die Bank ein Gewinn von 9 010 000 Frank oder 10 1/2 Proz. Dies ist jedoch die Mindestziffer. In Wahrheit sind die Papiere an der Börse bis zu 458 Frank getrieben worden; nach diesem höchsten Kurs berechnet, ergab das einen Gesamtgewinn von 16 642 000 Frank oder 19 Proz. Der tatsächlich erzielte Gewinn liegt zwischen diesen beiden Ziffern und wird etwa 12 Millionen betragen haben.

Die „Humanität“ fügt hinzu: „Zufällig haben wir der Truppenbesichtigung im Lager von Chalons beigewohnt. Unter den Augen des Präsidenten der Republik, der Epigen der Behörden und des Königs von Bulgarien haben Tausende und Tausende von Soldaten, nachdem sie stundenlang in der Kälte gestanden, im strömenden Regen manövriert. Alle diese unglücklichen Soldaten hatten sich geschneitelt und gepulvt, und sind dann einen ganzen Tag im Straßenstaub marschiert, bis auf die Knochen durchnäßt vom Regen, nur damit oben, ganz oben auf der sozialen Stufenleiter, einige bevorzugte Individuen unter sich ein Dutzend Millionen verteilen!“

Fortschrittende Konzentration.

In der Spiritusindustrie ist wieder ein wichtiger Schritt auf dem Wege zum Krust, d. h. zum Privatmonopol, geschehen. Seit die bedeutendste süddeutsche Spiritusfabrik, die „Vereinigten Nord- und Süddeutschen Spirituswerke und Veredelungsanstalt, A.-G. Woll“ in Nürnberg 1908 aus der Spirituszentrale auswich, hat sie ihr Verstreuen konsequent auf die Zusammenfassung der ringfreien Spiritusfabriken gerichtet. Zunächst hat sie in Nürnberg bei Berlin die Spiritusfabrik Fuchs u. Co. angekauft, dann in Breslau das Spiritusgeschäft der Firma W. G. Bernstein jr. Dann wurde Ende 1909 die Firma L. Bruggemann in Schwelm (Neben) erworben. Nunmehr hat die so vergrößerte Firma von den Firmen Wiemer Schmid in München, Tipp in München und Kungler Nachfolger in Regensburg das Rektifikationsgeschäft erworben. Diese drei zuletzt genannten Firmen bleiben also bestehen und führen ihre sonstigen Betriebszweige, wie z. B. den Handel mit Spirituosen, selbständig weiter, aber das Rektifikationsgeschäft wird für alle gemeinsam von den Vereinigten Nord- und Süddeutschen Spirituswerken besorgt, die zu diesem Zweck ihr Aktienkapital um eine halbe Million auf 2 100 000 M. erhöhen wollen. Damit wird dann fast die gesamte ringfreie Rektifikation Süddeutschlands in den Händen der Nürnberger Firma konzentriert sein. Es fehlt jedoch noch die Spiritusfabrik der deutsch-französischen Kognakbrennerei Gebr. Rasch in München, die auf eine Produktion von 4 Millionen Litern eingerichtet ist.

Somit ist jetzt eine Art Krust der ringfreien Fabriken zustande gekommen oder wenigstens in der Bildung begriffen, der ein Gegenwärtiger gegen die Spirituszentrale bilden soll. Und zwar ist diese Entwicklung der Dinge eine direkte Konsequenz des neuen Branntweinsteuergesetzes, das durch die Beschränkung der Spiritusproduktion und die Denaturierungsvorschrift die ringfreien Fabriken sehr benachteiligt hat. So mußten sie sich durch Zusammenschluß zu stärken suchen, und es wird nun wohl ein scharfer Konkurrenzkampf entbrennen, dessen Ausgang — das kann schon heute als wahrscheinlich gelten — der schließliche Zusammenbruch der gesamten Industrie und damit ein vollständiges Privatmonopol sein wird.

Stahlwerksverband. Der Verband des Stahlwerksverbandes an Produkten A betrug im Juni 1910: 448 131 Tonnen (Rohstahlgewicht) gegen 387 594 Tonnen im Mai dieses Jahres und 418 029 Tonnen im Juni 1909. Der Verband ist also 60 537 Tonnen höher als im Mai dieses Jahres und 29 505 Tonnen höher als im Juni 1909.

Von dem Zunderverband entfallen auf **H a l b e u g** 118 124 Tonnen (107 197 Tonnen im Mai dieses Jahres und 114 188 Tonnen im Juni 1909), auf **Eisenbahnmaterial** 171 119 Tonnen (184 893 Tonnen im Mai dieses Jahres und 148 588 Tonnen im Juni 1909) und auf **Formeisen** 103 888 Tonnen (145 504 Tonnen im Mai dieses Jahres und 157 830 Tonnen im Juni 1909).

Gerichts-Zeitung.

Das erdroffelste Recht.

„Preußen der sittlichste Staat in der ganzen Welt“ — das war die Quintessenz einer donnernden Philippika, die der Staatsanwalt gestern gegen die „Welt am Montag“ losließ. Fremde des Humors werden dem Staatsanwalt für die zwerchfellerstüttende Wirkung seiner Anklage und Anklagerede Dank wissen. Der Staatsanwalt als Verfolger einer vermeintlichen Rechtsbeugung! Und das zum Schutze der jeden gesunden Rechtsempfinden höhnpredigenden Paragrafenattake gegen die **W a h l r e c h t s d e m o n s t r a n t e n**, in der durch das Irrtumsbeil der Justiz einer großen Anzahl Schuldloser mehr oder minder schwere Wunden zugefügt wurden.

Ueber den Verlauf der Verhandlung erhalten wir folgenden Bericht:

Vor der Strohkammer 4 hatten sich gestern der Schriftsteller Hans Leuß und der verantwortliche Redakteur Karl Alfred Scholz von der „Welt am Montag“ wegen Vergehens gegen §§ 110, 111 des Strafgesetzbuchs zu verantworten. In einem Artikel der „Welt am Montag“ vom 29. März d. J., mit der Überschrift „Erdroffeltes Recht“, beschäftigt sich der Angeklagte Leuß mit den in der Woche vorher ergangenen harten Urteilen gegen Wahlrechtsdemonstranten. Er stellte Betrachtungen darüber an, wie bei ähnlichen Vorgängen andere Väter im Alerium und in der neueren Zeit sich verhalten, und welche Auffassung auch unsere Vorfahren und Dichter vertreten haben. Nach einer Kritik unserer Verfassung und der gegenwärtigen politischen Verhältnisse fordert er schließlich unsere Volksrichter, wie sie die Schöffengerichte enthalten, auf, nicht nach dem Buchstaben des Gesetzes, sondern im Geiste der wahren Volksrechte zu urteilen und auf diese Weise Urteile zu verhängen, wie sie in der damaligen bewegten Zeit gerade ergangen sind. Die Staatsanwaltschaft erwidert in dem Artikel eine Aufforderung an die beamteten Richter sowohl wie an die Schöffen zur Beugung des bestehenden Rechts, und hat deshalb Anklage erhoben. Der Angeklagte Leuß erklärt, daß es ihm vollständig ferngelegen habe, auf beamtete Richter einzuwirken. Der Artikel sei am 27. März unter dem Eindruck der damals ergangenen, verhältnismäßig harten Urteile gegen Wahlrechtsdemonstranten geschrieben und bezwecke, die Schöffen als Volksrichter auf-

zurückeln, im Geiste eines dem Volksempfinden entsprechenden Rechts zu entscheiden. Der Angeklagte Scholz legt dar: in dem Artikel habe ich nichts Strafbares gefunden, sondern nur eine Aufforderung zur Anwendung des den Schöffen vorbehaltenen höheren Rechts des Volksempfindens.

Der Staatsanwalt führte aus: Die damalige Tendenz des ganzen Artikels lasse erkennen, daß der Verfasser allgemein die Gerichte auffordere, das bestehende Recht zu beugen; dabei komme die Bezugnahme auf das Ausland, die unschöne Schmähung des preussischen Staates und der Hinweis auf Schiller, unseren populärsten Dichter, besonders erschauernd in Betracht. Auch der Hinweis, daß die preussische Verfassung durch Rechtsbruch zustande gekommen, sei eine unrichtige Auffassung, die nicht unwidersprochen bleiben könne, denn die Verfassung sei von der Kammer genehmigt worden. Der sittlichste Staat in der ganzen Welt sei Preußen. Auch Schiller habe dazu aufgefordert: „Ans Vaterland schließ dich an“. Mit Rücksicht auf die bewegte Zeit, in welcher der inkriminierte Artikel erschienen, sei nur eine Gefängnisstrafe am Plage. Der Staatsanwalt beantragte gegen Leuß 3 Monate und gegen Scholz 2 Monate Gefängnis.

Der Verteidiger Rechtsanwalt Loewenstein führte aus, daß wohl eine Anklage nicht erhoben worden sei, wenn ein anderer Mann an anderer Stelle dasjenige wie Leuß gesagt hätte. Er verweise auf die Ausführungen des Oberlandesgerichtspräsidenten Hamm, des Prof. v. Vögli, des Rechtsanwalts Fuchs und — des Reichsgerichts selbst, welche auch verlangen, daß die Richter nicht nach dem toten Buchstaben, sondern nach höheren Gesichtspunkten entscheiden. Leuß habe auch danach nicht zu einer strafbaren Handlung aufgefordert, sondern zu einer idealen Rechtsanwendung.

Der Angeklagte Leuß führte u. a. aus: Seine Auffassung über die Anwendung der Gesetze bede nicht mit den Ausführungen seines Verteidigers. Er sei vielmehr dafür, daß unsere beamteten Richter, die nach ihrer ganzen Erziehung zum großen Teil nicht das allgemeine Volksempfinden teilen, möglichst nach noch dem Wortlaut des Gesetzes entscheiden. Dagegen wünsche er, daß Schöffen und Geschworene, welche als Volksrichter das Volk besser verstehen, nicht nach dem Buchstaben ein „Schuldig“ aussprechen, wo die Angeklagten aus idealen Motiven im Interesse der großen Masse des Volkes handelten. Schiller würde sich im Grabe umdrehen, wenn er sich „ans Vaterland anschließen“ solle, um für jeden Schuttmann einzutreten. Die Kriminalstatistik kenne kaum Fälle von Rechtsbeugung, um so mehr aber die Redaktionen politischer Zeitungen. „Ich fordere nicht auf, daß sich Richter das Recht nehmen, nach ihrer Anschauung zu urteilen; dem Volksrichter hat das Volk das Recht gehalten, dem beamteten Richter nicht.“ Er wolle deshalb das Gericht nicht auffordern, unter Beugung des Rechts ihn zu verurteilen.

Das Urteil erging dahin, daß beide Angeklagte freigesprochen werden. Es könne dahingestellt bleiben, ob in dem Artikel eine Aufforderung liege, nicht nach dem Gesetz zu urteilen, vielmehr müsse nach Leuß' eigenen Angaben als erwiesen angesehen werden, daß er sich nur an Schöffen gemandt habe, die ja als Majorität immerhin für Durchsetzung eines Volksrechts wirken könnten.

Straflose Rechtsbeugungen sind in Preußen-Deutschland an der Tagesordnung; jedes Urteil, das zumungunsten des Angeklagten einen Tatbestand in den Wortlaut von Gesetzen zwingt, die den Tatbestand ihrem Wortlaut nicht untermerzen wollten, ist eine allerdings unbewusste Beugung des Rechts. Wir verweisen beispielsweise nur auf die Subjunktion von Streifandrohungen unter den Erpressungsparagrafen, Rechtsbeugungen derselben Art sind die erfolgten Verurteilungen wegen groben Unfugs des Sochs auf ein freies Wahlrecht. Nicht minder die erfolgte Verurteilung unseres verantwortlichen Redakteurs wegen „Aufforderung zur Veranstaltung von Aufzügen, Versammlungen“ usw. Der Angeklagte Leuß hatte in der Annahme unrecht, gelehrte Richter seien zu solchen Rechtsbeugungen gewissermaßen verpflichtet. Sie gelangen zu ihnen durch die Ketten, in denen ihre Klassenauffassung sie gefangen hält. Keineswegs sind für die paar Laienrichter zu einer solchen, verständiger Rechtsauffassung entgegenstehenden Aburteilung verpflichtet. Sie verstehen durch sie gegen das Gesetz. Ihre Entschuldigung ist: sie können nicht anders, weil die Klassenjustizbrille ihnen das richtige Sehen erschwert und der gesamte Strafprozeß durch die in politischen Prozessen naturgemäß wahrer Gerechtigkeit entgegengesetzte Staatsanwaltschaft beherrscht wird. Wie weit von der Erkenntnis von Gut und Böse die Staatsanwaltschaft in allen politischen Dingen sich befindet, das zeigt schlagend die rechtshistorische Behauptung des Staatsanwalts. Nach seiner Ansicht beruht die heutige preussische, durch Rechtsbruch dem Volke aufoktrogierte Verfassung auf keinem Rechtsbruch, weil — die durch eben denselben Rechtsbruch zusammengebrachte Kammer die Rechtsbruchfolge gebilligt habe. Dikelle est satiram non scribere. (Schwer ist's, solche Behauptungen ernst zu behandeln.)

Aus der Frauenbewegung.

Das Frauenwahlrecht und die neue dänische Regierung.

Wie regelmäßig nach einem Ministerwechsel hat auch diesmal der „Dänische Frauenverband“ eine Deputation zu dem neuen Ministerpräsidenten und dem Minister des Innern geschickt, um anzufordern, ob sie das politische Wahlrecht den Frauen zukommen lassen wollen. Die Deputation wurde natürlich wieder einmal sehr wohlwollend empfangen, die Minister erklärten sich als Anhänger des Frauenwahlrechts und der Ministerpräsident sprach die Hoffnung aus, daß die Frauen, wenn das Folketing über 3 Jahre neu gewählt werde, das Wahlrecht haben sollten. Er forderte die Frauen auf, in der gewünschten Richtung auf die Wähler einzuwirken.

Der Ministerpräsident hat in seiner Antwort den Mund reichlich voll genommen. Er ist nämlich gar nicht imstande dazu, das Frauenwahlrecht schon für die nächste Folketingswahl durchzuführen, da hierzu eine Verfassungsänderung notwendig ist, die nur dann Geltung erhält, wenn sie nicht nur von einem, sondern nach Neuwahlen von einem zweiten Reichstag beschlossen wird. Will die Regierung wirklich dafür sorgen, daß die Frauen nach 3 Jahren das politische Wahlrecht haben, so ist das ohne eine außerordentliche Reichstagsauflösung nicht möglich. Daß aber das liberal-moderat-konservative Ministerium Veranden einen solchen Schritt tun wird, um den Frauen politische Gerechtigkeit zu verschaffen, scheint vorläufig sehr zweifelhaft.

Ein Antisuffragetten-Meeting.

In dem Augenblick, wo das englische Unterhaus sich mit dem Projekt des Frauenstimmrechts beschäftigt, fand in der Queen's Hall ein großes, von Antisuffragetten einberufenes Meeting statt. Lord Cromer leitete die außerordentlich zahlreich besuchte Versammlung. Viele Suffragetten hatten Eintritt zu der Versammlung gefunden und hielten die oberen Galerien besetzt, von denen aus sie die Antisuffragetten fortwährend unterbrachen und mit Papier und allen möglichen Sachen bewarfen. Lord Cromer verlas einen Brief des Deputierten Luffen Chamberlain, in welchem dieser bewahrt, dem Meeting nicht betreten zu dürfen und erklärte, daß sein Vater Joe Chamberlain ein unerbittlicher Gegner des Frauenstimmrechts sei. Die manifestierenden Frauen wurden dann nach und nach aus dem Saale entfernt.

Vermischtes.

Die kochende Volkseele.

In Berlin ist die katholische Volkseele ins Kochen geraten, eines allerdings geschmacklosen Brides wegen, das an den Tischfällen prangte. Im „Deutschen Theater“ wird zurzeit eine Sommer-Novität aufgeführt, die von der Kritik allgemein abfällig beurteilt worden ist. Die Plakate, die zum Besuch dieser Novität einladen, sind nun mit einer Bigarette versehen, die einen katholischen Geistlichen umgeben von einer Herde Schweine darstellt. Die „Germania“ ist entsetzt entrüstet; sie schreibt nach Staatsanwalt und Polizei und behauptet, daß die Tausende von Katholiken, die in Berlin wohnen, durch dieses Bild auf das tiefste verletzt worden sind. Der Schmerz der „Germania“ kommt schließlich in dem Stoßseufzer zum Ausdruck: „Müssen wir Katholiken und dem alles gefallen lassen!“

Von der Luftschiffahrt.

In den letzten Tagen wurden in verschiedenen Gegenden Flugversuche unternommen, wobei zum Teil ausgezeichnete Resultate erzielt wurden. Bei Darmstadt flogen zwei Aviatiker in der Höhe von 80 bis 140 Metern je etwa 80 Minuten lang. Zwischenlandungen erfolgten mit abgestelltem Rotor aus etwa 40 Meter Höhe, um die Weitsichtigkeit der Maschinen zu zeigen. Sie flogen wiederholt enge Kurven von 40 bis 50 Meter Durchmesser rechts und links herum und aufeinander zu, begegneten sich, die Maschinen flogen übereinander hinweg in einem Abstand von etwa 40 Meter, wo sich dann beim Begegnen die beiden Piloten mit vom Steuer losgelassenen Händen grüßten.

Die Rheinisch-westfälische Motorluftschiff-Gesellschaft will, nachdem sie mit dem Luftschiff „Eibeld“ am Sonntag erfolgreiche Aufstiege gemacht hat, in den nächsten Tagen regelmäßige Passagierfahrten für die Mitglieder der Gesellschaft ausführen. Der Preis beträgt für die Person 100 M. Am Luftschiff wurden noch einige Veränderungen vorgenommen. Der Passagierluftschiffkreuzer kann 6 Personen tragen.

Die große aviatische Woche von Bournemouth (England), die gestern ihren Anfang nahm, hat einen schweren Unfall zu verzeichnen. Der kürzlich durch seinen Flug über den Kanal vielgenannte Aviatiker Kolls stürzte mit seinem Apparat ab und blieb tot liegen. Ueber den Unfall meldet ein Telegramm: Kolls war zu beträchtlicher Höhe aufgestiegen, um an der Fallkonturrenz teilzunehmen. Als er sich ansetzte, niederzuschiefen, knickte plötzlich das Schwanzstück des Aeroplans; der Apparat schwebte zunächst hin und her, knickte dann ein und fiel, sich immerfort überschlagend, unter dem Geschrei der Menge vor der großen Tribüne herab. Kolls war furchbar verletzt und starb fast unmittelbar darauf.

Eine menschliche Bestie.

In Groß-Flottbeck verübte ein russischer Pferdewechter in der Zeit, in welcher der Hofbesitzer mit dem übrigen Personal draußen gearbeitet berichtete, im Hause des Gutsbesizers einen Ueberfall auf die Ehefrau desselben. Er würgte sie und vergrub sie, trotzdem sie noch lebte, unter großen Massen Heu. Ebenso würgte er den seiner Mutter zur Hilfe herbeieilenden Sohn des Gutsbesizers und eine auf dessen Geschrei herbeieilende Magd, und vergrub auch diese beiden unter Stroß und Heu. Dann raubte er sämtliches vorhandene Bargeld und Wertgegenstände. Die Ueberfallenen wurden in bedauerndem Zustande aufgefunden. Sie scheinen schwere innere Verletzungen erlitten zu haben, befinden sich aber noch am Leben. Der Unmensch ist entkommen.

Gochwasser.

Nach einer Meldung aus R a n n e i m haben die andauernden Ueberschwemmungen ungeheuren Schaden verursacht. Der Schaden allein an Gebäuden wird in der Gemeinde Staffort bei Karlsruhe auf 100 000 M., im Bezirk Germersheim, Rheingabern-Wörth auf 1 500 000 M. geschätzt. Zahlreiche Lokale Hilfskomitees haben sich gebildet, da viele Familien in die bitterste Not geraten sind. Trost dem steigt der Rhein weiter.

Der Rhein war bis gestern Abend auf 763 Zentimeter gestiegen und hat somit den bisherigen Höchststand erreicht. Im ganzen Komitat Szabolcs (Ungarn) wüthete gestern ein furchterliches Unwetter mit Hagelschlag. In der Bezirke von Teregal, Tolal, Kalamaz, und Palany und Naghalla wurden sämtliche Saaten vernichtet. Die Anlagen der Ackerbauschule in Naghalla wurden vollständig zerstört.

Wie mit der Gesundheit der Soldaten gespielt wird.

Rom, 11. Juli. (Fig. Ver.) Ueber eine schier ungläubliche Verfassung der Militärbehörden wird dem „Quanti“ aus Corleone in Sizilien berichtet. Die gesamte Garnison von Palermo, die sich durch die Eiderufung der Reservisten auf 5000 Mann beläuft, soll in diesem Jahre zum Wandern und zu den Schießübungen auf zwei Monate nach Partanna gehen, in eine Gegend schwerster Malaria. Die Wandern fallen gerade in die Monate, die für die Malaria am gefährlichsten sind. Dabei haben die Militärbehörden noch nicht einmal die Entschuldigung der Unwissenheit, denn das Armeekorpskommando hat den Oberstabsärzten ein Zirkular übersandt, das ihnen Vorbereitungen für Malariaepidemie an Herz legt. Sollte man etwa an 5000 jungen Leuten ein Experiment in corpore vile machen wollen, um sich über den prophylaktischen Wert des Chinins klar zu werden? Das wäre im höchsten Maße nutzlos. Dieses Jahr läßt sich ohnehin als schweres Malariajahr an. Durch die Beobachtung hat man festgestellt, daß die Malaria zehnjährige Zyklen hat und ein solches Jahr der Verschärfung der Epidemie ist gerade das laufende. Unter diesen Umständen weiß man wirklich nicht, ob man es als Stumpfsinn oder als Verbrechen ansehen soll, daß man ohne einen zwingenden Grund Wandern in eine Gegend schwerer Malaria verlegt.

Verheerende Feuersbrunst.

Die Stadt Campbellton in der Provinz Neu-Braunschweig ist durch Feuer total zerstört worden, wodurch 4000 Einwohner obdachlos wurden. Nach einer späteren Meldung ist die Stadt der Schauplatz einer wilden Ränderbande gewesen. Die gängigste Bevölkerung wurde von den Banditen ausgeraubt und geplündert, die Intercolonialbahn Ostweft ist blockiert. In verschiedenen Stellen kam es zu blutigen Zusammenstößen zwischen der Einwohnerschaft und den umherziehenden Banden, wobei, wie festgestellt wurde, verschiedene Einwohner schwere Verletzungen erlitten. Der Anführer der Bande soll getötet sein. Militär aus der Umgegend ist auf dem Wege nach Campbellton, um dort geordnete Zustände wieder herzustellen.

Schwäbische Gemüthslichkeit.

In einer Garnisonstadt des schönen Schwabenlandes erschien vor einiger Zeit eine Bauernfrau in der Kaserne und verlangte den Oberst zu sprechen. Dieser fragte die Frau nach ihrem Begehren. — „Was ist denn mei Mische?“ fragte die Frau. — „Was wollen Sie denn von Ihrem Mische?“ erwiderte der Oberst. — „Ja, der des nimms Soldat bleibe.“ — „Aber wir sind ja auch Soldaten, liebe

Frau, lassen Sie den Mischele nur da," sagte lächelnd der Oberst. — "Ja, Ihr Herrle hent guet Schwäge; Ihr hent nig g'lernt, aber mei Mischele ist Schuster!" war die Antwort der Frau. — Ob ihr Mischele vom Dienst befreit wurde, ließ sich leider nicht feststellen.

Meine Notizen.

Zwischen den Buffern erdrückt. Auf dem Bahnhof in Frankfurt am Main geriet der 23jährige Wagenwärter Friedrich Reichel beim Zusammenklappen einiger Wagen mit dem Oberkörper zwischen die Buffer. Er wurde derart gequetscht, daß der Tod unmittelbar darauf eintrat.

Jagd auf einen Diamantenschmuggler. Die New Yorker Zollbehörde ist einem Diamantenschmuggler auf die Spur gekommen. Der Urheber dieses Schmuggels soll ein Süddeutscher sein. Als man ihn verhaften wollte, war er bereits geflohen. Nun fahnden die geübtesten Kriminaldetektive nach dem Schmuggler, der den Zollfiskus um viele hunderttausend Dollar Zoll betrogen hat.

Durch Leuchtgas vergiftet. In Gelsenkirchen fand man gestern morgen eine ganze Familie durch Leuchtgas vergiftet vor. Die Frau, die 55 Jahre alt ist, war bereits tot und alle Wiederbelebungsversuche bei ihr vergeblich, den 60jährigen Mann und die 27jährige Tochter hofft man am Leben zu erhalten. Der 23jährige Sohn erholte sich verhältnismäßig rasch. Anscheinend liegt Bruch der Gasleitung vor.

Typhusepidemie. Aus Oberhessen wird gemeldet: Nachdem in dem Dorfe Gonterskirchen erst vor einigen Jahren eine bedenkliche Typhusepidemie herrschte, sind dort nun abermals nahezu 60 Personen an Typhus erkrankt. Ein 23jähriger Patient ist bereits der Krankheit erlegen. Als Ursache des wiederholten Auftretens der Seuche betrachtet man allgemein das Wasser eines Dorfbrunnens.

Zusammengedrückt ist nach einer Meldung aus Provincetown (Massachusetts) das Unterseeboot Bonita mit dem Annonenboot Castine während des Manövers. Um das Sinken der Castine zu verhindern, wurde sie auf den Strand gesetzt. Verluste an Menschenleben sind nicht zu verzeichnen.

Ein kleines Vermögen im Schreibpult. Vor mehr als 10 Jahren kaufte ein Einwohner in Gera (Neuh) um einen Spottpreis aus einem Nachlaß ein altes Schreibpult. Als das wurmfressige, alte Möbel nicht mehr zusammenhielt, wollte es der Besitzer zu Feuerholz zerhacken; dabei entdeckte er in einem Geheimfach für 8000 Taler alte preussische Kassenscheine, die aber leider schon seit Jahrzehnten verfallen sind.

Vom Blitz erschlagen. Gestern Abend wurden in der Nähe von Neutomischel die Maurer Würfel und Huebner, die sich auf dem Wege von Smortzi nach Konsolewo befanden, beide vom Blitz erschlagen.

Düfer der Hitze. Die Hitze hält in Nordamerika an. Gestern sind in New York 12 Personen, in Philadelphia 8 und in Harrisburg 3 Personen an Hitzschlag gestorben.

Briefkasten der Redaktion.

Die justizfreie Ebrechts Anstalt Lindenstraße Nr. 69, born vier Treppen — A b e r h a u s e l — wochentäglich von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends, Sonnabends von 6 bis 7 1/2 Uhr nachmittags halt. Jeder Anfrage ist ein Sachkade und eine Zahl als Verzeichnis beizufügen. Gefällige Antworten wird nicht ertheilt. Eilige Fragen trage man in der Sprechstunde vor.

W. 13. In jeder Drogenhandlung. — W. 26. Rein. Nur im Einverständnis mit dem Vermieter. — Iduna Rummelsburg. Das

Geschäftsgebahren der angefragten Gesellschaft ist uns nicht bekannt. Empfehlungen können wir ab. — J. J. G. 1. Der Prozentfuß, der von der Staatseinkommensteuer als Gemeindefürsorge erhoben werden soll, wird in der Regel in erheblicher Höhe bekannt gemacht. Die Familien, die mit einem Einkommen von mehr als 900 M. veranlagt sind, erhalten eine besondere Benachteiligung. Vor dieser Benachteiligung werden in der Regel die Steuern nicht erhoben. 2. Ja. 3. Wenn aus dem Rahmentel ersichtlich, daß Sie der Empfänger sein sollen, ja. — Karl Wasinger. Uns ist eine Stelle der angefragten Art nicht bekannt. Im Annonenblatt der Tagesblätter und auch der Sportzeitungen finden Sie Angebote. — G. G. Rein.

Witterungsüberblick vom 12. Juli 1910, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer hohb man	Wind- richtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C	Stationen	Barometer hohb man	Wind- richtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C
Emmende	763,8	SW	1	bedeckt	17	Dabrand	761,8	SW	2	wolfig	14
Hamburg	762,8	SW	1	Dunst	17	Dabrand	760,0	D	1	bedeckt	18
Meritz	762,8	SW	1	bedeckt	17	Scilly	763,0	SW	1	bedeckt	13
Kranich	762,8	SW	1	bedeckt	17	Berbecen	767,0	SW	1	bedeckt	10
München	762,8	SW	2	wolfig	17	Paris	765,0	SW	2	bedeckt	14
Wien	762,8	SW	1	bedeckt	18						

Wetterprognose für Mittwoch, den 13. Juli 1910.

Langsam ankommend, am Tage etwas wärmer bei schwachen nordwestlichen Winden ohne erhebliche Niederschläge.

Berliner Wetterbureau.

Theater und Vergnügungen

Mittwoch, den 13. Juli.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues königl. Opern-Theater.
Das Rheingold.
Anfang 8 Uhr.
Deutsches Reichstagswahl.
Kameralspiele. Liebesmalzer.
Leistung. Kaiserreich.
Komische Oper. Der Regimentspapa.
Neues Schauspielhaus. Der Mörder.
Kleines. Nur ein Traum (Anfang 7 1/2 Uhr).
Berliner Taifun.
Neues Operetten-Theater. Der Graf von Luxemburg.
Thalia. Charles Lantz.
Gebbet. Wenn gehdrt Helena?
Spul. (Anfang 8 1/2 Uhr).
Schiller O. (Anfänger-Locater.)
Die Förster-Christl.
Schiller-Charlottenburg. Die von Hochstetel.
Hofe. Der Gesundbeter.
Lustspielhaus. Das Leutnantsmündel.
Metropol. Galloß 11 — Die große Reue.
Folies Caprice. Pariser Eben.
Das Veröhnungsfest. (Anfang 8 1/2 Uhr).
Apollo. Spezialitäten.
Wassage. Spezialitäten.
Reichshallen. Berliner Sänger.
Walhalla. Spezialitäten.
Wintergarten. Spezialitäten.
Karl Haberlaub. Spezialitäten.
Prater. Im Reiche des Mars.
Urania. Tauentzstraße 48/49.
Abends 8 Uhr: Rom und die Campagna.
Sterntwarte. Anhaltstr. 57—62.

Urania.
Wissenschaftliches Theater.
Tauentzstr. 48/49.
Heute Mittwoch 8 Uhr:
Rom und die Campagna.

Apollo Theater
Ab 8 Uhr: Die sensationellen Spezialitäten. 9 1/2 Uhr:
Klassische Tänzerinnen
vom königl. dänischen Ballett
5 Beautés Korinnas 5.
10 Uhr: **Schimpanse — Orang-Utang**
als Tandemfahrer, usw. usw.

Passage-Theater.
Der größte Theatererfolg
der spanische
Caruso
Senor Orduna.
Der stimmgewaltigste
Tenor, der je gehört wurde
u. das große Juli-Programm.

Passage-Panoptikum.
Die zusammengewachsenen
Schwestern Blazek
und ihr Kind.
Von 11—1 Uhr mittags
u. von 3—10 Uhr abends zu sehen.
Kein Extra-Entree!
Nur wenige Tage!
Eintritt 50 Pf., Kinder und
Soldaten 25 Pf.

Voigt-Theater
Gesundbrunnen Badstr. 58.
Heute: Große Elite-Vorstellung.
Ueberr großen Teich.
Gr. Lebensbild mit Ges. und Tanz in
4 Abteilungen von Adolf Willipp.
Das erstklassige
Juli-Spezialitäten-Programm.
Kasseneröffnung 2 Uhr. Anf. 4 1/2 Uhr.

Stadt-Theater Moabit
Alt-Moabit 47/49.
Täglich:
**Konzert, Theater,
Spezialitäten.**

Folies Caprice
Anfang 8 1/2 Uhr.
Pariser Eben.
Der Athlet.
Die keusche Coinette.
Das Veröhnungsfest.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger
Zum Schlag:
Künstler d. Landstraße.
Hr. Burckhardt von Meysel.
Anfang
wochentags
8 Uhr.
Sonntags
7 Uhr.

Schiller-Theater.
Schiller-Theater O. (Walner-Theat.)
Gottscheld-Oper.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Die Förster-Christl.
Operette in 3 Akten. Musik v. G. Jarno.
Ende 10 1/2 Uhr.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Higoletto.
Freitag, abends 8 Uhr:
Die Förster-Christl.
Schiller-Theater (Charlottenburg).
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Die von Hochstetel.
Lustspiel in 3 Aufzügen von Leo
Walter Stein und Ludwig Keller.
Ende 10 1/2 Uhr.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Die von Hochstetel.
Freitag, abends 8 Uhr:
Die von Hochstetel.

LUNA-PARK
Terrassen am Halensee
Größter Vergnügungspark des Kontinents.
Sonnabend, den 16. Juli: Elite-Tag.
Italienische Nacht!
Venezianisches Leben und Treiben.
Konfettischlacht. — Italienische Straßensänger. — Illumination des Sees. — Feenhafte Parkdekoration. — Bengalische Höhenbeleuchtung.
3 Konzerte. Sensationelle Attraktionen.

Brauerei Friedrichshain
Am Königstor.
Täglich: **Große Militär-Konzerte.**
Jeden Dienstag nachmittags 3—6 Uhr:
Frei-Vorstellung
der beliebten
Apollo-Sänger.

„Pharus-Sommer-Theater“
Besitzer: Max Ludwig. Art. Leitung: Max Reinhardt.
Berlin N., Müllerstr. 142.
Täglich: Im herrlichen Naturgarten. Bei Regen im Theatersaal!
Konzert u. Spezialitäten-Vorstellung
20 Künstler-Attraktionen. Slots wechselndes Familien-Programm.
Außerdem jeden Freitag: **Die beliebten Apollo-Sänger.**
Anfang Sonntags 4 Uhr. Wochentags 6 Uhr.

Achtung! Diez' nur Achtung!
Seeterrasse Lichtenberg
Röderstraße 11/13. Zwischen Landsberger Allee und Röderplatz.
Größtes und schönstes Lokal Berlins.
Bei ungünstiger Witterung
Schutz für 8000 Personen. — **Täglich:**
Ob schön! ob Regen: **Gr. Konzert.** Auftreten der
besten Turmjeckkünstler der Welt The Liepelt.
The 3 Blackburns, phänomenaler Lustkünstler. Hr. Raderfolg:
Gustav Looser Comp. Sensations-Parodie, ein Spah in
einer höllischen Waischankall. — **Duett Krill und Gustav
Müller**, Original-Humoristen
mit ihren wunderbaren affektierten politisch-satirischen Schlagern und das
neue beste Programm Berlins.
**Jeden Sonntag: Kiesen
Land- und Wasser-Feuerwerk und Ball.**
Jeden Dienstag: **Großes Kinder-Freudenfest.**
Anfang 3 Uhr. Wochentags 4 Uhr. Gesamteintritt 25 Pf. Kinder frei.
Um gütigen Zutritt bitten
Loutse und Waldemar Diez.

Ausstellungshalle am Zoo.
Täglich 1/2 9 Uhr:
„Sumurun“.
ZOO
**LOGISCHER
GARTEN**
Täglich:
**Großes Militär-
Doppel-Konzert**
Eintritt 1 Mark.
von abends 6 Uhr ab 50 Pf. Kinder
unter zehn Jahren die Hälfte.
Gr. Berliner Kunstausstellung 1910
30. April bis 2. Oktober.
Im Park täglich **Doppel-Konzert.**
Eintritt: 10—6 Uhr 1 M., v. 6 Uhr ab
50 Pf., Sonntags 50 Pf. Donnerst. 6 Pf.

**Große Ausstellung
für Bauindustrie u. Feinkeramik**
Baumschulenweg bei Berlin.
Stadtbahnstation, 25 Minuten
vom Bahnhof Friedrichstraße.
Täglich von 10—8 Uhr geöffnet.
Eintritt 1 M., Sonntags 50 Pf.
Vereine erhalten Ermäßigung.
Letzte Woche.

**Max Kliems Sommertheater
und Festsäle.**
Inh.: Rudolf Krüger.
Hasehald 13/15, vis-à-vis v. Turnpl.
Täglich:
**Große Theater- u. Spezialitäten-
Vorstellung.**
Artist. Leitung: Walter Gravenitz,
Kapellmeister: Max Wolfheim.
Jeden Donnerstag: **Elite-Tag!**
Anfang: Wochent. 6 Uhr, Sonnt. 1/2 6 Uhr.

Schweizer Garten
Am Königstor — Am Friedrichshain.
Täglich:
Theater- u. Spez.-Vorstellung.
U. a.: Flittners Wanderzirkus.
Jeden Abend **Prinz Pinne.**
1/2 10 Uhr.
Gr. Ausstattung-Oper. m. Ballett.
Jeden Mittwoch: **Kinderfest.**
Volkabteilungen. Tanz.
Anfang 5 Uhr. Entree 30 Pf.

B B B
Brunnenstraße 16.
**Das größte Kino-
Theater Berlins.**
Neues Programm.
Eintritt 30 Pf.

**Walhalla
Variete-Theater**
Waldbergweg 19-20, Rosenthaler Tor.
Abends 8 Uhr:
**Das großartige
Variete-Programm**
Berliner Prater-Theater
Kastanienallee 7-9.
Täglich:
Im Reiche des Mars
Spezialitäten, Konzert u. Ball.
Anfang 4 1/2 Uhr. Entree 30 Pf.

Puhmanns Theater
Schön. A. 148 — Kastanien-A. 97/99.
Große Extra-Vorstellung.
Abends 9 Uhr:
Berliner in Japan.
Operette v. Nefflingen. Musik v. Ströb.
Vorher:
Die brillanten Spezialitäten!
Anfang 1/2 5 Uhr. Entree 20—60 Pf.
Kinder auf all. Bild. halbe Preise.

**Sommer-Theater
Café Bellevue**
am See und
Bahnhof Stralau-Rummelsburg.
Täglich:
**Spezialitäten
Theater, Konzert.**

Volksgarten-Theater
Häcker Weimann.
Badstr. 8, Behm- u. Belleramstraße.
Täglich: **Konzert, Theater- und
Spezialitäten-Vorstellung.** Das neue
Hofen-Justizprog. Zur Aufführ. gel.:
Der Goldenebel. Lebensbild mit
Wajang u. Tanz in 3 Akten v. R. Umar.
Jed. Donnerst.: **Gr. Brillant-Feuerw.**

Königstadt-Kasino.
Holzmarktstr. 27, Ecke Alexanderstr.
(Inhaber: Max Schindelhauer).
Im herrlichen Naturgarten täglich:
Luci Bernhards, Oper-Soubrette.
The Lanzas, Eccentric-Akrobatische
Tänzer. — Gustav Bonné, moderner
Humorist. — Bernhards u. Martens:
„Die Nacht des Walgers“.
Jed. Wochent. 7 1/2, Sonnt. 5 Uhr.

Burgtheater-Kinematograph
born. Großerkan, Inhaber: Ruf. Herz,
Schönhauser Allee 129. Tel. 3, 9353.
Lebende Photographien.
Während der Sommermonate nur
Woutag, Sonnabend u. Sonntag.
Wochent. 30 u. 40 Pf. Anfang 7 Uhr.
Sonnt. 30, 40 u. 60 Pf. Anf. 4 Uhr.
Verzugskarten nur Wochentags gültig
25 Pf. auf all. Bild. Stets wechsl.
Prog. Jed. Sonntag im Oberaal:
Kunstlerkonzert.
Entree 15 Pf. Garderobe 10 Pf.
R. d. Konzert: **Familien-Kränzchen.**

**Spreegarten
Treptow.**
(Gegenüber der Sternwarte.)
Heute Mittwoch:
Gr. Militär-Konzert
Kapelle d. Pionier-Bataillons
v. Rauch, lgl. Makmetr. Knoch.
Anfang 7 Uhr. Entr. 15 Pf.
Im Riesen-Fest-Saal:
Heute: **BALL.**
Ballmusik der Hauskapelle.
Zwei Tanzmeister.

Vereins-Bräuerei
Rixdorf, Hermannstr. 214/219.
Oekonom: Max Wandt.
Täglich:
Gr. Militär-Konzert.
Anfang wochentags 7 Uhr.
Sonntags 4 Uhr.
Für den Inhalt der Auserate
übernimmt die Redaktion dem
Publikum gegenüber keinerlei
Verantwortung.

Pfarrer und Gericht.

Mühlhausen i. Eis., 10. Juli. (Fig. Ver.) Am 23. Oktober 1908 wurde der 41jährige katholische Pfarrer Viktor Rimelin von Rimbach im Kreise Hann von der Strafkammer des kaiserlichen Landgerichts in Mühlhausen i. E. wegen Verleumdung und Widerstandes gegen die Staatsgewalt sowie Aufforderung hierzu zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt.

Nach Monate später, im Juni 1909, ist durch „allerhöchsten Gnadenbescheid“ diese Strafe von sechs Monaten Gefängnis in sechs Wochen umgewandelt worden. Der Erfolg war ein überraschender: der Begnadigte stand gestern auf neue wegen Widerstandsleistung gegen die Staatsgewalt vor der Strafkammer des Landgerichts Mühlhausen.

Am anderen Tage „verzog“ Pfarrer Rimelin, der ein tüchtiger Fußgänger sein muß, über den 1248 Meter hohen Vogelsengrenzkamm der Oberen Beert nach Frankreich, wurde aber, nachdem er sich dort von seinen Kämpfen mit der preussisch-deutschen Gendarmenriehe erholt hatte, bei der Rückkehr per Bahn nach dem Eliah in Mühlhausen von Schutzleuten verhaftet und hat nun seine sechs Wochen glücklicherweise verbüßt.

Der Pfarrer selber verteidigte sich damit, daß er erklärte, er sei durch Personen von Einfluß, darunter der Reichstags- und Landesauswahlabgeordnete Dr. Ricklin (alt. Zentrum), in den Glauben verführt worden, er brauche auch diese 6 Wochen, auf welche die gerichtliche Strafe von 6 Monaten durch kaiserlichen Gnadenbescheid ermäßigt worden war, nicht zu verbüßen.

Pfarrer Rimelin verließ das Gerichtsgebäude frei, um an der Erziehung des katholischen Volkes in dem Zentrumswahlkreise Mühlhausen in der bewährten bisherigen Weise fortzuarbeiten. Wieviel Gendarmen werden diesmal erforderlich sein, um die Verhaftung der rechtskräftig gewordenen zwei Monate zu sichern?

Aus der Frauenbewegung.

Für unsere Kinder!

Ueber dem Leben der Frauen steht als Devise und Wahlspruch: „Alles für meine Kinder.“ Was sie tun und was sie unterlassen, tun sie oder lassen sie im Interesse ihrer Kinder.

Manchmal aber ändern sich die Zeiten und die Einrichtungen der Gesellschaft, und was früher für die Kinder gut war und in ihrem Interesse gelegen hat, wird nun geradezu schädlich. Dafür ein kleines Beispiel. Früher war das oberste Gesetz einer jeden Mutter, für ihre Kinder einen Notpfennig zuzurücklegen.

Heute wissen ja schon Tausende von Proletariemüttern, daß die Hauptsache nicht der Sparpfennig, sondern die Gesundheit der Kinder ist. Kann man hier und da einen Pfennig beiseite legen, um für die Tage der Not gesichert zu sein, so ist es wohl gut, aber es soll immer nur geschehen, wenn trotzdem genug Brot im Hause ist.

Die Mutter soll nicht nur sparen, sondern auch für die Kinder sorgen, sie sollten auch mehr werden, nicht nur einfache Arbeiter, die geduldet und gedemütigt werden und um fargen Lohn arbeiten müssen. Da wurde alles mögliche versucht.

verbessern können. Und all diese Tatsachen verschaffen ihr eine neue Erkenntnis. Nicht mehr sein wollen als die Arbeiter, sondern die Anerkennung für die Arbeiterklasse und nur für alle arbeitenden Menschen, immer mehr in der Gesellschaft durchzusetzen.

Woher aber soll die Proletariemutter all diese Erkenntnisse nehmen? Wer zeigt ihr diese neuen Wege, die zu ihrer Kinder Glück führen. Wo wird ihr überhaupt die Einsicht in die Verhältnisse ermöglicht?

Erziehung und Schulung finden Frauen und Männer der Arbeiterklasse vor allem in der Organisation. Nicht Waffe und Kampfmittel, auch Schule ist sie uns. In Versammlungen und Vorträgen entrollt sich für die Arbeitermutter ein neues Bild.

Und wenn die Verkürzung der Arbeitszeit auch langsam zur Wirklichkeit wird, es findet sich für die Frau schon noch ein Augenblick, der ihr gehören kann. Wieviel unnütze Arbeiten werden doch immer noch im Haushalt gemacht, die man viel schneller und einfacher machen könnte.

Auf diese Weise findet die Frau noch immer den Weg zu all den neuen Erkenntnissen, die unser Kampf um die Umgestaltung der wirtschaftlichen Verhältnisse mit sich bringt. Wo aber könnten wir besser für unsere Kinder arbeiten, als gerade hier.

Versammlungen — Veranstaltungen.

Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse. Am Sonntag, den 17. Juli, Fuhpartie ohne Kinder von Jagdschloß Stern über Machnowe Schleuse bis Zehlendorf.

Kunstlicher Marktbericht der k. k. Reichsanstalt für den Großhandel in den Zentral-Markthallen. Markttag: Fleisch: Zufuhr reichlich, Geschäft ruhig, Preise unverändert.

Unserem Bezirksführer Oskar Schüler zu seinem Geburtstag 29185 die herzlichsten Glückwünsche.

Unserem Genossen Karl Brinkmann nebst Ehefrau zur Silberhochzeit die besten Glückwünsche.

Sozialdemokratischer Wahlverein für Schöneberg. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Bauere Wilhelm Metzke im Alter von 42 Jahren verstorben ist.

Durch den Tod wurde uns heute unser liebes Mädchen Lotte im Alter von 24 Jahren entrissen.

Deutscher Holzarbeiter-Verband. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Tischler Erich Reimann am 10. Juli gestorben ist.

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Verwaltungsstelle Berlin. Todes-Anzeige. Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schlosser Friedrich Mehls am 10. Juli an Herzschlag gestorben ist.

Verleih-Institut: Friedrichstr. 116/1, a. Drabg. Tor. Weg. Grund, Gebroch 1,50, Hofe 1,00, Bette 50 Pf.

Dankagung. Für die herzlichste Teilnahme und reichen Kränzchen bei der Beerdigung meines lieben Vaters und guten Vaters, des Bauarbeiters Gottlieb Hampel.

Westmanns Trauermagazin. Extra-Abteilung. I. Gesch.: Berlin W., Mohrenstraße 37a (2. Haus von der Jerusalemer Straße).

Karow eine Station vor Buch. Schönst. Villenort, v. 12 M. an, 20 Pf. v. Stett. Bf., 25 Min. Fahrt, 10 Pf. v. Pankow-Schönh.

Zentralverband der Töpfer Deutschlands. Filiale Berlin. Nachruf. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege Emil Paul am 7. Juli im Alter von 41 Jahren an Lungenerkrankung verstorben ist.

Möbel, Spiegel, Polsterwaren Julius Krause Kastanien-Allee No. 40. Kompl. Wohnungseinrichtungen zu anerkannt soliden Preisen.

Haben Sie Stoff? Ich fertige davon Anzug od. Paletot nach Maß, schick, dauerhaft, von 20 Mark an. Moritz Laband, Neue Promenade, II. (Stadt-Straße).

Dr. Simmel Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden. Prinzenstr. 41, nicht am Moritzplatz, 10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4.



Regendicht, tropfenweicht, Regentrolz. Poliermasse schon von M. 6,20 an. Kostüm schon von M. 12,50 an.

Trotz des Regens starker Andrang bei Westmann. I. Geschäft: Mohrenstrasse No. 37 a an den Kolonnaden. II. Geschäft: Gr. Frankfurterstr. 115 an der Andreasstr.

Abzahlungs-Geschäfte

Credit-Haus Bellealliance

Credit-Haus Moabit

Lubascher, S.

Franz Abraham

Goldtröpfchen

Orangen-Feuer

Sinalco (Bilzbrause)

Si-Si

F. Falk!

Bäckereien, Konditor.

Oskar Hanke's Brotbäckerei

Hankes Brotbäckerei

Carl Kappler

Kunze, Grossbäckerei

Rich. Liebenow

Mache, Carl

Peter's Großbäckerei

Th. Turban

Ulbrich

Badenanstalten

Erscheint 2 mal wöchentlich.

Neptun-Bad, Schöneberg-Allee 184.

Bandagen, Gummw.

Panschow

Wende, A.

Beleucht.-Gegenst.

Schlesinger, Hermann

Wilh. Scholem

Schuch, M.

W. Adeling & A. Hoffmann

Patzenhofer Brauerei

Bergbrauerei

Patzenhofer Flaschenbier

Berliner Bock-Brauerei

Max Böhm Bierbrauerei

Brauerei „Germania“

Brauerei Königstadt

Bezugsquellen-Verzeichnis.

Phönix-Brauerei

Richter & Co., J. C. A.

Roland Schade

Schlossbrauerei Schöneberg

Weißbier-Brauerei

Ed. Gebhardt A.-G.

Butter, Eier, Käse

Oskar Beck

Fritz Bartz

A. Däweritz

Carl Franke

F. Hagen

Hasse, Wilh.

Müller, Ernst Max

Uhl & Wolfram

Cacao, Chocolate

König Julius Levy

Paul Loewenthal

Westmann

A. Kieper, Nowawes

Drogen u. Farben

Vereins-Brauerei

Berliner Kindl

Weissbier Albert Braun

Weissbier, C. Breithaupt

Knesebeck-Drog

König, Herm.

Stenzel, Paul

Taubert, J.

H. Reimann

Winkler & Bärhold

Berliner Fleisch-Consum

Carl Müller

Rund um Berlin

Wandell, Teichh. gestatt.

Färbereien, Wäscher.

Carl Pollnow

Gebr. Erbguth

Meesters, Th.

Osw. Naefe

Stenzel, Paul

Taubert, J.

H. Reimann

Winkler & Bärhold

Berliner Fleisch-Consum

Robert Bludschus Nachfgr.

Wurst, Speck, Schinken

Anton Fehlau

Untenstehende Geschäfte

Rockstroh, Mari

Sandow, Rud.

Schreiber, Ad.

Herren-Artikel

König, Otto

Mahnke, Adolf

Schlesinger

Sprengel, A.

Zalio, Louis

Blitz!

Ed. Freitag

Hirschfeld

Max Kaplan

Fleischer u. Wurstw.

Berliner Fleisch-Consum

Robert Bludschus Nachfgr.

Falkenstein, Paul

Emil Hoegner

Kaufhaus für Gelegenheitskäufe

M. Jacob

Kaufhaus Gebr. Preuß

Kinematograph-Theater

Kohlen, Koks, Briketts

M. F. Leyke

Gebr. A. & J. Podzuweit

Helm. Schupke

Goetsch, Ernst

Grabitz

With, Grünig

Henckel, Wilh.

Paul Hermann

Hilfrich, A.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Verwaltungsbüro Berlin. Hauptbureau: Col I. Amt 3, 1229. Charlotenstr. 3. Col III. Amt 3, 1987.

Donnerstag, den 14. Juli, abends 8 1/2 Uhr: Mitglieder-Versammlung

der Rohrleger und Helfer Berlins und Umgegend

in den „Andreas-Festhäuser“, Andreasstraße 21. Tages-Ordnung: Fortsetzung der Diskussion von der letzten Versammlung.

Mitgliedsbuch legitimiert! Wer länger als sechs Wochen mit den Beiträgen rückständig ist, hat keinen Zutritt.

Achtung! Bauaufschlagger. Achtung!

Donnerstag, den 14. Juli, abends 8 Uhr: Monats-Versammlung

im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15, Saal 1. Tages-Ordnung: 1. Branchenanliegenheiten. 2. Ersatzwahl zur Agitationskommission.

Verband der freien Gast- und Schankwirte Deutschlands. (Zahlstelle Berlin.) Bezirksversammlungen:

- Bezirk 1: Donnerstag, den 14. Juli, bei Stark, Waldstr. 8.
Bezirk 2: Donnerstag, den 14. Juli, bei Kraus, Köppler Str. 8.
Bezirk 3: Freitag, den 15. Juli, bei Wolf, Kolonie Bismarckhöhe.
Bezirk 4: Freitag, den 15. Juli, bei Merkowski, Andreasstr. 25.
Bezirk 5: Donnerstag, den 14. Juli, bei Meyer, Dantestr. 103.
Bezirk 6: Freitag, den 15. Juli, bei Regal, Bischoffstr. 12, am Neuen Markt.

Marmorarbeiter.

Donnerstag, den 14. Juli, abends 8 Uhr, im „Englischen Garten“, Alexanderstraße 27c:

Versammlung. Tagesordnung: Stellungnahme zu den Vorschlägen der Tarifkommission.

Kollegen der Marmorbranche, erscheint ohne Ausnahme! Zentralverband der Steinarbeiter, Crüderverwaltung Berlin.

Nur durch ganz hervorragend feine Qualität hat der Kapitän-Kautabak seinen guten Ruf erhalten.

Der echte Kapitän-Kautabak (gesetzlich geschützt) wird nur noch in Etiketten verpackt zum 10 Pfennig-Verkauf geliefert (in Rollen und Bündel).

Unverpackte Ware ist, weil unecht, zurückzuweisen. Zu haben in Zigarrengeschäften usw., wo auch kleine Portionen gratis erhältlich sind.

Vertrieb: Carl Röcker, Berlin, Grüner Weg 112. Amt 7, 3861.

Typographia.

Die altlitten Mitglieder werden gebeten, in der am Freitag stattfindenden Hauptprobe zum Zängerkopf (Präzise 8 1/2, Uhr) vollständig zu erscheinen.

Kufeke - Kindernahrung - Krankenkost. Tausendfach bewährte Nahrung bei: Brechdurchfall, Diarrhöe, Darmkatarrh, etc.

Würzburger Hühneraugenmittel

von Dr. H. Unger. - Gegen 30 Pfennig auf 10 Pf. Umstellung frei. Ohne Zweifel die bequemste u. wirksamste Hilfe. Der Schmerz ist in 5 Min. fort.

Kleine Anzeigen

Jedes Wort 10 Pfennig. Das erste Wort (fettgedruckt) 20 Pf. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pf.; das erste Wort (fettgedruckt) 10 Pf. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Verkäufe. Handlehhaus Stredler, Küstner-Platz 7. Spottbillig Bettensverkauf, Gardinenverkauf, Tischdeckenverkauf, etc.

Wichtig! Möbel, gebrauchte und verleihe gemessene Kleiderständer, Bettstellen mit Federmatratze, etc.

Wohnungen. Restauranträume nebst Wohnung, gänzlich geeignet, nebenan Fabrik, 1000 Arbeiter, etc.

Möbelangebote, gebrauchte und neue Einzelmöbel und ganze Einrichtungen, einfache, elegante, etc.

Die beste Bezugsquelle für komplette Herren-, Speise-, Kabin-, Schlafzimmer, Salons, farbige Küchen, etc.

Immobiliendarstellung verkauft jetzt komplette Küchen und moderne Wohnzimmereinrichtungen zu jedem annehmbaren Preise.

Metalbetten, zwei, modern, spottbillig veräußert, Postenstr. 10, Dutzendgeschäft. 79/7

Fahrräder. Arbeiter-Radsfahrer erhalten zehn Prozent Rabatt im Fahrradgroßhaus Charlottenburg, Dismarckstraße 62.

Musik. Piano, hohes, goldgrüner, 105, Turmstraße 8 I. (Kellergang) 79/6. Großer Columbia-Phonograph 60,00, abends 8-9, Epiphanystr. 65.

Verschiedenes. Patentanwalt Vogel, Güttenbergstraße 9a.

ANZEIGEN

für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstraße 69, bis 5 Uhr angenommen.

Stellenangebote. Emballierer, tätigen, für Goldleisten, sucht Werkmeister, Brunnensstraße 194. 2917b

Arbeitsmarkt. Suche Arbeit, gleich welcher Art, 20 Jahr, gelernter Sattler. Tell, Hagelbergerstraße 35. 29206

Arbeitersekretariat Neumünster. Zum 15. August evtl. 1. Oktober ist die Stellung des hiesigen Sekretariats zu befehlen.

Annahmestellen für „Kleine Anzeigen“. Berlin O. M. Gahnisch, Auguststr. 50. W. G. Schmidt, Kirchstraße 14.

Geldschrankschlosser. für schwere Bankschränke, sowie Anschläge und Reparaturen finden dauernde Beschäftigung.

Achtung! Holzarbeiter. Wegen Streit infolge Lohnunterschieden sind folgende Betriebe geschlossen:

Verbrechen und Prostitution als soziale Krankheitserscheinungen von Paul Hirsch. Preis 2,- Mark, geb. 2,50 Mark. Expedition Vorwärts, Hindenburgstraße 69.

Heute Mittwoch, den 13. Juli, Zahlabend in den Bezirken Groß-Berlins.

Partei-Angelegenheiten.

Zweiter Wahlkreis, Friedrichstadt. Zahlnacht für Buchdrucker, Stereotypen usw. Mittwoch, den 13. Juli cr. abends 1/2 12 Uhr, bei Jul. Reher, Oranienstr. 103.

Die Vertrauensleute. Kantow. Am Sonnabend, den 10. Juli, veranstaltet der Wohlverein in dem herrlich gelegenen Lokal „Zum Hauptmann“, Schloßstraße 7, gegenüber dem Schloßpark, ein Volksfest, verbunden mit Sommerball unter Mitwirkung des Berliner Ill-Trios.

Lichtenberg. Sonnabend, den 23. Juli findet im Stadtfestament P. Schwarz, Röllendorferstr. 25/26 das Sommerfest des Bezirks Lichtenberg statt. Das Programm besteht aus Konzert, Auftreten der gesamten Spezialitäten, Gesangs- und turnerischen Aufführungen, großem Ball. Billets sind bei sämtlichen Bezirks- und Gruppenführern zu haben.

Wilmerdorf. Der 4., 5. und 7. Bezirk hält fortan beim Genossen Palm, Meier-Ottostr. 10, Ecke Kaiserallee seinen Zahlabend ab. Der 2. und 6. Bezirk (westlich der Umland-Straße) tagt bei Kalusch, Umland-Straße 71.

Erkner. Die Generalversammlung findet heute Abend statt.

Berliner Nachrichten.

Aus dem Verwaltungsbericht der Stadtbibliothek und den städtischen Volksbibliotheken und Lesehallen für das Rechnungsjahr 1909 entnehmen wir: Die Berliner Stadtbibliothek erfreut sich einer ständig wachsenden Benutzung seitens des Publikums. Im vergangenen Etatsjahr 1909 wurden von ihr 139 212 Bände nach Hause verliehen (1908 122 772).

Am 1. April 1910 hatte die Stadtbibliothek einen Bücherbestand von 106 672 Bänden; die Nachschlagewerke des Lesesaales bestanden aus 3854 Bänden.

Dem Kuratorium ist es bisher nicht gelungen, den von den Gemeindebehörden beschlossenen Bau des Stadtbibliothekengebäudes zu fördern. Gegen die verschiedenen in Betracht gezogenen Grundstücke ergaben sich Bedenken finanzieller und anderer Art, so daß zurzeit noch kein geeignetes Grundstück gefunden ist.

Die Volksbibliothek hat im Jahre 1909 1 504 445 Bände verliehen. Die Lesehallen sind von 144 848 Männern und Frauen besucht worden. In der Benutzung der Volksbibliotheken und Lesehallen ist gegen das Vorjahr ein Rückgang eingetreten. Dieser ist auf verschiedene Ursachen zurückzuführen, u. a. machten bauliche Veränderungen die Schließung einer Lesehalle auf zwei Wochen notwendig, ferner ist die Rohrenstraße, in der sich seit vielen Jahren die 1. Volksbibliothek und die 1. Lesehalle befinden, bei denen sich die stärkste Verminderung der Benutzung zeigt, immer mehr Geschäftsgegenstand geworden; infolgedessen sind die Leser in andere Stadtteile verzogen.

Vergleicht man aber im allgemeinen die heutige Benutzung der Volksbibliothek mit der vor 10 Jahren, so zeigt sich die erfreuliche Erscheinung, daß zurzeit mehr als noch einmal so viel Bände nach Hause entliehen werden als damals. (1899: 683 078, 1909: 1 504 445 Bände.)

Die Versorgung der Eisenbahnreisenden mit Getränken beim Halten der Züge hat in diesem Sommer eine bemerkenswerte Neuerung gezeitigt. Auf den größeren Stationen befindet sich der „liegende“ Bahnsteiggleis immer weniger mit der Verabfolgung von Getränken, da sein Vorrat von sechs bis zehn Glas Bier oft von einem einzigen Abteile geräumt wird, auch wenn es nicht gerade sehr heiß ist.

Die Rechenkunst der Eisenbahnverwaltung hat schon so manchen Rätsel zum Lösen aufgegeben, aber nicht immer war es möglich, den Schlüssel dazu zu finden. Wir können heute von einem Rätsel berichten, welches erweist, daß bei der Eisenbahn 1 und 1 nicht immer zwei sein müssen. Oft kommt es vor, daß Reisende mit einer Fahrkarte 4. Klasse wegen Ueberfüllung dieser Wagen die 3. Wagenklasse benutzen wollen und dem Zugführer erklären, nachzahlen bereit zu sein. Man sollte nun meinen, daß in solchen Fällen die Differenz und die Fahrkartensteuer nachbezahlt werden. Aber weit gefehlt! Es muß die Hälfte des Fahrpreises 3. Klasse entrichtet werden, was dem Eisenbahnfiskus namentlich bei weiten Strecken einen hübschen Gewinn einbringt. Rechnen wir die 23 Kilometer lange Strecke Berlin—Glogau. Ein Billet 4. Klasse kostet 4,70 Mark, 3. Klasse (einschließlich 20 Pfennige Fahrkartensteuer): 7,20 Mark. Beim Uebergang von der 4. in die 3. Wagenklasse wären nun, um den Preis von 7,20 Mark herauszubekommen, 2,50 Mark nachzugeben. Dem ist aber nicht so: Die Eisenbahn erhebt als Zuschlag die Hälfte von 7,20 Mark = 3,60 Mark, so daß dann die Fahrt nicht 7,20, sondern 4,70 + 3,60 = 8,30 Mark kostet. Das ergibt nach Abzug dieser einen Extragewinn von 1,10 Mark! Wegen dieser Rechenkunst, die dem Eisenbahnfiskus während der Sommerzeit nach schmandämschem Urteil eine Rechenannahme von über 100 000 Mark einbringt, kommt es zwischen dem Zugführer und den Reisenden wegen angeblicher Ueberverteilung oft zu ersten Weibereien, die häufig vor Gericht zumgunsten des Reisenden ihr Ende finden. Da die Nachzahlung erst während der Fahrt erfolgt, so ist ein Rücktritt in die 4. Wagenklasse ausgeschlossen. Eine Reform dieser Rechenkunst der Eisenbahnverwaltung erscheint nachgerade dringend und notwendig.

„Sozialdemokraten wird nicht vermietet!“

Der Verein Arbeiter-Jugendheim, der es sich zur Aufgabe gemacht hat, der Arbeiterjugend Räume zur Verfügung zu stellen, in denen die Jugendlichen fern den Gefahren des Wirtshausens und der Straße sich aufhalten und bilden können, blüht und gedeiht. Das erste Jugendheim in der Brunnenstr. 115 ist selbst jetzt im Sommer noch immer gut besucht und der Verein plant, im Osten Berlins ein zweites Jugendheim zu gründen.

Im Hause Fruchtstraße 57/58 sollte das zweite Heim entstehen. Doch mit des Reiches Mächten... Der glückliche Eigentümer dieses Grundstückes und mehrfache Hausbesitzer, der Wirkliche Geheim-Kriegsrat a. D. Ferdinand Fielitz, ließ erklären: „Sozialdemokraten wird fürs Jugendheim nicht vermietet!“

Hoffentlich sind unter den zahlreichen Mietern des Herrn Fielitz in den Häusern Fruchtstraße 57/58, Große Frankfurter Straße 137, Bayreuther Straße 9 keine Parteigenossen. Sie riskieren vielleicht, als Sozialdemokraten gemietet zu werden.

Oder will der Herr Kriegsrat nur den Jugendlichen an den Krügen? Vielleicht in treuergebener Ausführung der neuesten Erlasse des Herrn Kriegsministers? Schade, daß der Chef des Heeres nicht die Ermittlung sämtlicher Jugendlichen anordnen kann, der Herr Kriegsrat Fielitz würde dies gewiß gern tun.

Die Arbeiterschaft aber weiß, was sie zu tun hat. Der Eintritt in den Verein Arbeiter-Jugendheim ist die beste Antwort auf dies neueste Attentat auf unsere Jugendbewegung. Der heutige Zahlabend muß zahlreiche neue Mitglieder bringen.

Streichholzschachteln mit Kellame.

In letzter Zeit werden auch die Streichholzschachteln mit Kellamen beklebt. Auf einer einzigen solchen Schachtel preist eine Firma ihre Herren- und Knabenkleidung an, eine andere ihre Stahlwaren und Schleiferei, Kolonialwaren ein Pantower Geschäftsmann, eine bekannte Radfabrik ihre Räder, wobei der Vorgeiger der Schachtel 5 Pros. Rabatt erhält. Selbst die zweite sonst für die Reißfläche bestimmte Seite der Schachtel ist mit zwei Kellamengängen bedeckt, eine Firma empfiehlt ihre Uhren und Goldwaren, eine andere ihre Vorgezähne.

Trotz der so ausgeführten Verwendung der Schachteln zu Kellamengängen muß für das Palet solcher aus der Fabrik von Weidenbach stammenden Streichholzschachteln derselbe Preis gezahlt werden wie für andere Streichhölzer. Dazu kommt, daß die Käufer insofern benachteiligt werden, als nur eine Reißfläche vorhanden ist und bei schneller Abnutzung dieser einen Reißfläche der Streichholzbesitzer nicht weiß, wo er die Streichhölzer anzünden soll. Das laufende Publikum sei deshalb besonders auf diese Fälschungen aufmerksam gemacht.

Der Schauplatz einer mysteriösen Bombenexplosion war gestern der Ort Lichtenrade bei Berlin. Der 85 Jahre alte Landwirt Otto Graag, der seit längerer Zeit in Lichtenrade ansässig und seit zwei Jahren verheiratet ist, erhielt vor etwa acht Tagen einen anonymen Brief zugesandt, in dem er aufgefordert wurde, an einer genau bezeichneten Stelle an der Chaussee, die nach Groß-Beeren führt, 3000 M. zu deponieren. Das Geld sollte in einer Blechbüchse, die dort begraben sei, niedergelegt werden. Der Landwirt legte zunächst diesem Brief, den er für einen Scherz hielt, keine Bedeutung bei und erstattete deshalb auch der Polizei keine Anzeige, obgleich ihm in dem Brief angedroht wurde, daß er und seine Familie in die Luft fliegen würden, falls er dem Verlangen innerhalb der gestellten Frist nicht nachkäme. Am Montag erhielt er jedoch einen zweiten Brief, in dem die Forderung in energischerer Weise wiederholt wurde. Um seine Neugierde zu befriedigen, begab er sich gestern mittag gegen 12 Uhr an die Großbeerner Chaussee, um nachzusehen, ob sich die mysteriöse Blechbüchse wirklich an der bezeichneten Stelle befände. Er hatte kaum einige Wochen Erde bei Seite geschoben, als die Büchse wirklich zum Vorschein kam. Er nahm sie kniend in die Hand, und ehe er sich das Gefäß näher angesehen hatte, explodierte die Büchse mit einem fürchterlichen Knall. Sie rief ein fast meterhohes Loch in die Erde und brachte Graag am Gesicht schwere Verletzungen bei. Der zufällig anwesende Ortsgewerksam und der Gastwirt Dungenstod brachten den Verletzten sofort nach dem Weihen Kreiskrankenhaus, wo er in ärztliche Behandlung genommen wurde. Nach den bisherigen Feststellungen der Polizei scheint es festzustellen, daß ein Raubakt vorliegt. Von den Räumern fehlt bis jetzt jede Spur. G. dürfte aller Wahrscheinlichkeit nach sein Klagenlicht verlieren.

Der den Augen der Eltern erschrocken hat sich gestern der 22-jährige Gärtner Albert Warth. Der junge Mann, der in Berlin beschäftigt war, hatte vor einigen Wochen auf einem Vergnügen die 18-jährige Tochter eines ihm befreundeten Berufscollegen kennen gelernt, zu der er eine tiefe Neigung fasste, die aber nicht erwidert wurde. Wiederholt unternahm der junge Mann Annäherungsversuche, die jedoch alle vergeblich waren und der Gärtner äußerte deshalb, daß er ohne die Geliebte nicht leben könne und sich das Leben nehmen werde, falls er nicht Gehör finde. Gestern früh erhielt er von dem jungen Mädchen einen einseitigen Abschiedsbrief. In großer Aufregung begab sich W. zu seinen in der Kaiser-Friedrichstraße 5 in Schönberg wohnenden Eltern und äußerte auch hier, daß er innerhalb 24 Stunden Selbstmord verüben werde. Während die Eltern ihrem Sohn dieses Vorhaben abzurufen versuchten, ergriff dieser plötzlich ein auf den Tisch liegendes scharfes Brotmesser und stieß es sich mit voller Wucht in die Brust. Der junge Mann sank sofort leblos zu Boden. Ein herbeigerufener Arzt, der wenige Minuten später erschien, konnte nur noch den bereits eingetretenen Tod feststellen; der Messerstich hatte das Herz vollständig durchbohrt. Die Leiche des Lebensmüden wurde nach der Leichenhalle in der Magistrate überführt.

Einen Ueberlandflug über die Müggelberge vom Flugplatz Johannisthal und zurück unternahm der Abtakter Thelen am Montag. Um 6 Uhr 52 Minuten erhob er sich mit seiner Wrightmaschine in die Lüfte. Ruhigen und doch schnellen Fluges verließ er in der Richtung auf Adlershof das Feld. Bei Grünau kreuzte er — immer in einer Höhe von etwa 200 Meter — die Dahme und hielt den Kurs scharf auf die grünen Müggelberge zu. Ueber den Höhen machte er eine Kurve, kreuzte abermals, diesmal mehr stromabwärts den Flußlauf und lehrte über Adlershof nach Johannisthal zurück. Nach einer Fahrt von 20 Minuten (nach einer anderen Meldung 25 Minuten) landete er glatt auf dem Flugplatz. Er gewann damit den von der deutschen Wrightgesellschaft ausgesetzten Ehrenpreis für den ersten Ueberlandflug.

Einige Minuten später erhob sich Diplomingenieur Doerner auf seinem Monoplan eigener Konstruktion. Sein Start galt dem Langpreis von 8000 M., für dessen Erlangung die Be-

schreibung einer Schleife in der Form einer 8 Bedingung war. In prächtigem Fluge schwang der Abtakter die Maschine durch die Luft, drehte mühelos nach links und wendete nach rechts und landete 9 1/2 Minute nach dem Aufstieg als glücklicher Gewinner des Langpreises. Damit begnügte er sich aber nicht, mußte vielmehr auch seinerseits die günstigen Windverhältnisse aus und startete von neuem, um vor der Sportkommission des Berliner Vereins für Luftschiffahrt das Führerzeugnis zu erwerben. Vorgeschieben sind drei Rundflüge von je fünf Kilometern mit Zwischenlandungen. Da das Feld nur einen Umfang von 2500 Metern besaß, mußte es Doerner also sechsmal umfliegen. Die Prüfung gelang.

Vom elektrischen Strom verbrannt. Ein eigenartiger Unfall ereignete sich gestern mittag an der Ecke der Kugsburger- und Bayreuther Straße. Der Maler Gustav Ulrich stieß im Auftrage der Kunstschlosserei R. Blume in der Schillerstraße 97 zu Charlottenburg eine Eisfaßsäule und wollte die kleine Tür, die zu den in der Säule befindlichen elektrischen Kontrollapparaten führt, öffnen. Als ihm dies nach einiger Mühe gelang, erhielt Ulrich plötzlich einen gewaltigen elektrischen Schlag. Der linke Ellenbogen und der Daumen der linken Hand wurden verbrannt und verätzt. Der Maler wurde durch den Strom so festgehalten, daß er sich mit Ausbietung seiner letzten Kräfte losreißen mußte. Passanten brachten den Verletzten in die Unfallstation am Zoo und von dort in das Krankenhaus Westend.

Töblicher Unfall. Die Gewohnheit, Handwagen an andere Gefährte anzuhängen, hat gestern einen tödlichen Unglücksfall verursacht. Die 63-jährige Handelsfrau Martha Nagel aus Budow befand sich mit einem beladenen Handwagen auf dem Wege nach Nizdorf. Untermweg besetzte sie ihren Wagen an den vorderen an zwei zusammengefügten Handwagen, während sie selbst nebenherging. In der Nähe des Bahnhofsübergangs der Rixdorf-Mittenwalder Bahn stolperte Frau N. und kam so unglücklich zu Fall, daß sie unter den zweiten vollbeladenen Wagen geriet, dessen Räder über sie hinweggingen. Die Verunglückte erlitt so schwere innere und äußere Verletzungen, daß sie unmittelbar nach ihrer Einlieferung in das Weihen Kreiskrankenhaus verstarb.

Im Parkhaus vergiftet hat sich gestern morgen um 5 Uhr die 23 Jahre alte Blätterin Frida Seidel aus der Kopenhagener Straße Nr. 23. Sie war mit ihrem Bräutigam, dem 26-jährigen Buchdruckerlehrling D. zu einem Vergnügen gewesen. Auf dem Heimweg hatten sie sich gezanzt, weil D. ihr vorwarf, sie hätte mit anderen Herren mehr verkehrt als mit ihm. D. ließ seine Braut allein nach Hause gehen. Als sie ankam, hörten Nachbarn heftiges Weinen. 10 Minuten später fanden sie das Mädchen auf einem Stuhl sitzend mit Salzsäure vergiftet vor. Man brachte es nach der Rettungswache in der Gaudystraße und von dort nach der Charité.

Abgestürzt ist aus dem 1. Stock in der Wisbherstraße auf einem Neubau durch einen Fehltritt der 80 Jahre alte Maurer Wilhelm Krone aus der Bornholmer Straße Nr. 90. Mit einem Schädelbruch ließ ihn gestern nachmittag um 3 Uhr die Rettungswache in der Gaudystraße nach dem Weihen Krankenhaus bringen.

Von der Zeitung der Ton-, Zement- und Kalkindustrieanstellung wird mitgeteilt, daß eine Verlängerung der Ausstellung nicht möglich ist. Es wird darauf hingewiesen, daß Eintrittskarten zum Vorzugspreis von 30 Pf. das Stück im Bureau des Zentralverbandes der Maurer, Engel-Ufer 15 III, Zimmer 53, zu haben sind. Diese Karten können an jedem beliebigen Tage gebraucht werden.

Der letzte Tag der Ausstellung ist Montag, der 18. Juli.

Die diesjährige Ruderregatta des „Freien Ruderbundes Berlin“ findet Sonntag, den 17. Juli, mittags 12 Uhr, auf dem Müggelsee statt. An den einzelnen Rennen — 11 an der Zahl — beteiligen sich die Bundesvereine „Collegia“, „Freiheit“ und „Vorwärts“. Der geeignetste Beobachtungspunkt ist die Liebesinsel. Für freie Ueberfahrt von Stralau aus hat der Bundesvorstand Sorge getragen.

Das Sängerfest des Arbeiter-Sängerbundes findet am Sonntag, den 17. Juli, in dem am Wasser wie am Wald gelegenen Lokale Müggelschloß und Strandloch in Friedrichshagen statt. Das Programm bringt neben den Aufführungen der Gesamtchöre auch Einzelgänge großer Vereine, so daß Freunde guten Arbeitergesanges bei einem Besuch auf ihre Kosten kommen. Auch sonst ist für genügende Unterhaltung durch ein Doppelkonzert von früh 8 Uhr ab, durch Tanz, Feuerwerk, Sängereisung gesorgt.

Für entsprechende Verlehrsgelegenheit ist Sorge getragen. Mehrere Dampfer sind gemietet, die von der Oberbaum- und Müggelsträßbrücke abfahren.

Bei dem Sommerfest der Gesangsvereine im „Virkenswäldchen“ zu Steglitz am Sonntag ist eine goldene Damen-Remontouruhr verloren worden. Der Finder wird gebeten, sie bei Mag. Jemel, Schönberg, Oranienstr. 91, abzugeben.

Vorort-Nachrichten.

Charlottenburg.

Die städtische Volksbücherei zu Charlottenburg mit der Hauptstelle in der Wilmerdorfer Straße und den Zweigstellen Ost in der Wormser Straße und West in der Dandekmann-Straße hat sich im Verwaltungsjahre 1909 in erfreulicher Weise weiter entwickelt. Der Bücherbestand wurde um 3493 Bände vermehrt, so daß jetzt 39 087 katalogisierte Bände vorhanden sind, von denen 6118 Bände auf die drei Leseäle verteilt sind. Außerdem sind für den Lesesaal der Hauptstelle 165 Zeitschriften, für die Leseäle der Zweigstellen je 50 abonniert. Die Leseäle wurden im Jahre 1909 von 181 844 Personen besucht gegen 171 366 im Vorjahre; seit Eröffnung der Anstalt am 3. Januar 1898 haben im ganzen 1 244 997 Personen die Lesehallen besucht. Die drei Ausleihstellen vermittelten im Berichtsjahre 302 092 Bücherentlehnungen gegen 287 606 im Jahre 1908, die Steigerung beträgt also 4,8 Prozent. Die Gesamtleihziffer seit Bestehen der Volksbücherei ist auf 2 015 156 Bände vorgekommen. Die größte Leihziffer haben, wie zu erwarten war, die Werke der schönen Literatur, insbesondere Romane und Novellen, erreicht, nämlich 68 Prozent der Gesamtleihziffer. Immerhin ist gegen das Vorjahr mit 70 Prozent und die früheren Jahre ein merklicher Rückgang von 2 Prozent zugunsten der anderen Stoffgebiete zu beobachten. Größere Leihziffern erreichten noch die poetische Literatur mit 6,8 Prozent, die Unterhaltungszeitschriften mit 3,3 Prozent, Geschichte mit 2,6 Prozent, Erdkunde mit 2,6 Prozent und Biographisches mit 2,6 Prozent. Sehr bedauerlicherweise ist die Heimatkunde nur mit 0,37 Prozent vertreten. Das Gesamtverhältnis der schönen Literatur zur belehrenden und wissenschaftlichen Literatur ist 81:19 Prozent.

Weissenfee.

Einen neuen Streich gegen Dr. Pape soll sich die Gemeindeverwaltung geleistet haben, so schreibt das „unabhängige“ Hausbesitzerorgan, indem das Gehalt des besoldeten Schöffen am 1. Juli nicht angewiesen war. Herr Dr. Pape befindet sich außerhalb auf Urlaub und war am 5. Juli noch nicht im Besitze seines Gehalts, er hat daher telegraphisch beim Regierungspräsidenten und Landrat Beschwerde eingeleitet. Bisher hat man immer von Streichen in ungelerntem Sinne gehört und bei allen diesen Streichen zog Herr Dr. Pape den Kürzeren; der Hebling der jetzigen Opposition wird auch mit dieser Sensation daneben gehauen haben.

Treptow-Baumschulweg.

Die Generalversammlung des Wahlvereins ehrte zunächst das Andenken der im letzten Halbjahr verstorbenen Mitglieder in der üblichen Weise. Dann wurde der Vorstandsbericht für Treptow und für Baumschulweg erstattet; eine Anzahl Mitglieder sind neu gewonnen worden.

Die Kassenabrechnung gestaltete sich wie folgt: Es ist ein Kassenbestand von 275,84 M. im Orte. Die Gewindevahlen ergaben 148,15 Einnahme und 260,45 Ausgabe, so daß 112,30 M. zu decken waren.

Der Mitgliederbestand beträgt für beide Ortsteile 800 männliche und 137 weibliche Mitglieder, insgesamt 946 gegen 812 am 1. Januar; es wurde der Wunsch ausgesprochen, daß wir am Jahresabschluss die Zahl 1000 erreichen möchten. — „Vorwärts“-Leser waren in Treptow am 1. Januar 1901, am 1. Juli 1911 vorhanden, mithin ist eine Zunahme von 250 zu verzeichnen. In Baumschulweg waren am 1. Januar 590 Leser des „Vorwärts“, am 1. Juli 643, die Zunahme beträgt 53. — Die Einnahmen der Expeditionen betragen für Treptow 7640,50 M., Ausgaben 7475,56 M., Ueberschuß 164,94 M.; für Baumschulweg: Einnahme 4500,06 M., Ausgabe 4403,93 M., Ueberschuß 96,12 M. Schriften wurden verkauft und restlos an die Zentralkasse abgeliefert für 227,84 M. — Die Kassenwahl des Vorstandes ergab: 1. Vorsitzender: R. Freising, 2. Vorsitzender: A. Müller, 1. Kassierer: Michaelsky, 2. Kassierer: R. Haaf, 1. Schriftführer: E. Lüdke, 2. Schriftführer: Jakob; als Beisitzerin: Frau Kunze, Treptow, Fräulein Gerlach, Baumschulweg; als Revisoren: Schiefe, Pappo und Schulz; Expediteure: Gramenz, Treptow, Gornig, Baumschulweg; Lokalkommission: Alm, Treptow, Nagel, Baumschulweg; Jugendausschuß: Spielhagen, Werner, Treptow, Meier, Schreiber, Baumschulweg; Bibliothekar: A. Müller, Baumschulweg. Als Parteitagabdelegierter wird Klatow vorgeschlagen.

Zegel.

Verschlafen? Am Zegeler Hauptpostamt in der Bahnhofstraße befindet sich ein großes Emaillenschild mit der Aufschrift: „Geöffnet... Sonntags 7 bis 9 Uhr.“ Am vorigen Sonntag wurde das Postamt für das Publikum erst nach 8 Uhr geöffnet. Früher konnten mehrere vor der Tür wartende Interessenten keinen Einlaß finden. Wenn inzwischen bestimmt sein sollte, daß dieses Postamt Sonntags erst um 8 Uhr geöffnet wird, so muß doch schleunigst das Hauschild entsprechend geändert werden.

Hohen-Schönhausen.

Aus der Gemeindevertretung. In der letzten Sitzung der Gemeindevertretung beantragte die Wegebau- und Verschönerungskommission, die Endstation der elektrischen Bahnlinie Kurzstraße-Hohenschönhausen Schulhaus zu verlagern, da das Umsehen der Wagen Störungen des Schulunterrichts verursacht. Da nun mit der Verlegung eine Verkehrsverbesserung und damit auch eine Steigerung des Grund- und Bodens verbunden schien, so wollte jeder der Herren Grundbesitzer die Endstation vor seiner Tür haben. Wohl eine Stunde tobte der Kampf, so daß der Gemeindevorsteher die Herren erludene mußte, doch nicht gar zu sehr ihre Privatinteressen in den Vordergrund zu schieben. Erst der Antrag des Genossen Thiele, doch nicht den Hauptzweck des Antrages aus dem Auge zu verlieren und der Bahngesellschaft verschiedene Plätze zur Verfügung zu stellen, machte dieser Interessentpolitik ein Ende. Nebenbei sei bemerkt, daß an der jetzigen Endstation keine Bedürfnisanstalt vorhanden ist und das Fahrpersonal seine notwendigen Bedürfnisse an der Schulhausmauer zu verrichten gezwungen ist. Ein weiterer Punkt betraf eine Petition, die verschiedene Einwohner, u. a. auch ein gewisser Gemeindevorsteher, bis an den Herrn Minister gerichtet hatten und die dahin ging, die Einführung der Kanalisation für den hiesigen Ort mit den dazu bewilligten 900 000 M. Kosten zu inhibieren. Als Gründe wurden angeführt, daß ein großer Teil der Einwohner aus kleinen Besitzern bestände, die die entstehenden Kosten nicht tragen könnten. Genosse Thiele führte den Herren recht drastisch vor Augen, wohin diese rücksichtslos Politik führe. In der Petition werde angeführt, daß die damalige Majorität, die die Einführung der Kanalisation beschlossen habe, nur aus Nichtbesitzern und kleinen Steuerzahlern bestanden habe, wobei man auf unsere Genossen zielte. Genosse Thiele hielt ihnen vor, daß, wenn man eine derartige Petition höre, wie sie der Gemeindevorsteher vorlesen, man nicht glauben könne, sich in unmittelbarer Nähe Berlins zu befinden, sondern in Ostafrika. Ein großer Teil der Petenten setze sich aus Altkämpfern zusammen, die gar keine Steuern zahlen, oder aus solchen, die mit höchstens 6 bis 9 Mark zur Einkommensteuer veranlagt sind. Es befinden sich nur drei größere Häuser unter den 27 Unterschriften. Die Petenten schienen die Zeiten zurückzusehen, wo sie selber gar keine Steuern zahlten und diese Tätigkeit den Arbeitern Hohenschönhausens überließen. Erst auf Drängen unserer Genossen auf Einführung der Grundsteuer zahlten die Herren Steuern. Erst auf Aufforderung des Gemeindevorstehers an die Bürgerlichen, doch auch ihre Meinung hierüber zum besten zu geben, schlang sich einer der Herren zu dem Antrag und die Petition mit Entrüstung zurückzuweisen. Nach diesem Gescheh verlas der Gemeindevorsteher die Anklageschrift einiger Durchfallskandidaten an den Kreisaußschuß gegen den Beschluß der Gemeindevertretung auf Gültigkeitserklärung der im März stattgefundenen Wahlen. Der Kreisaußschuß hat die Beschwerde zurückgewiesen.

Waidmannslust-Lübars.

Unsere letzten Gemeindevertretersitzungen am Montag und Donnerstag voriger Woche nahmen ein ganz besonderes Interesse in Anspruch. Es handelte sich um die Kündigung des noch bis zum Jahre 1931 laufenden Gasertrages mit dem Gaswerk Zegel. Dieser Vertrag ist für die Konsumenten unseres Ortes ganz besonders günstig, sie hätten zu zahlen für Kochgas 10 Pf., für Leuchtgas 12 Pf. Vor längerer Zeit wurde eine Kommission gewählt, um mit dem Gaswerk zu verhandeln, auf welcher Waise der Vertrag zu lösen wäre, um freie Hand zu bekommen, im Jahre 1919 ein eigenes Gaswerk zu errichten. Das Resultat dieser Kommissionsverhandlungen lag nun in Form eines Nachtragsvertrages den Gemeindevertretern vor. In diesem Nachtragsvertrag verzichtet das Gaswerk auf alle Rechte, die es nach dem alten Vertrag besitzt, überläßt der Gemeinde vom Jahre 1919 ab die Gasversorgung selbst; beantragt aber dafür die Vergütung des Rohrnetzes nach jährlich 3 Proz. Abschreibung bis zum Jahre 1919. Auch verlangt dasselbe für das noch bis dahin zu liefernde Gas einen Einheitsfuß von 18 Pf. pro Kubikmeter. Dafür verpflichtet sich das Gaswerk für jeden liefernden Kubikmeter Gas 1 Pf. an die Gemeindekasse Lübars zu zahlen. Der Gemeindevorsteher wie auch die Mehrheit der Gemeindevertretung präsidierte Abänderungsvertrag nach allen Richtungen hin. Genosse Lüscher war im Prinzip für Erbauung eines Gaswerks, um der Gemeinde eine neue Einnahmequelle zu verschaffen, wollte aber den Konsumenten nicht eine indirekte Steuer auferlegt wissen, und stellte deshalb den Antrag, den Einheitsfuß auf 12 Pf. zu setzen. Der Gemeindevorsteher bewilligte diesen Antrag und forderte alles oder nichts. Er führte aus: wenn der Vertrag nicht mit 13 Pf. angenommen würde, müßte der Grundbesitz höher besteuert und ein Kommunalzuschlag von 140 Proz. erhoben werden. Genosse Kestlin erwiderte, daß es sich jetzt nicht darum handelt, mit dem einen Pfennig die gegenwärtigen Ausgaben zu decken, sondern mit demselben einen Fonds

anzusammeln, um nach 8 Jahren eine Beihilfe für das Gaswerk zu haben. Würde dieser zu erwartende Fonds von ca. 30 000 M. nicht angesammelt werden, so könnte diese Summe durch Anleihe gedeckt werden und es würde dadurch nur eine Mehrausgabe von 1500 M. für Amortisation und Verzinsung eintreten, welche von den zu erwartenden Einnahmen aus dem Gaswerk zu decken sein würden. Es wäre somit eine indirekte Besteuerung der Konsumenten nicht notwendig. Genosse Lüscher bedauerte, daß der Herr Gemeindevorsteher, trotz der nach seiner Ansicht so schlechten Finanzlage, dem vor kurzem gefassten Gemeindevorstand, 15 000 M. für den Kirchenbau herzugeben, beigetreten sei. Genosse Kestlin wies noch nach, daß die kleinen Neuaufbauten bei 13 Pf. eine Mehrbelastung von 11 M. auf sich nehmen müßten. Trotz alledem wurde der Antrag abgelehnt und der Vertrag mit 13 Pf. Einheitsfuß angenommen. Unsere Genossen stimmten dagegen. Genosse Lüscher und Kestlin hatten einen Antrag auf Abänderung des Ortsstatuts, betreffend die Verunstaltung von Ortschaften, eingebracht. Es waren einige Paragrafen so unklar gefaßt, daß sie den kleinen Grundbesitzern, die zum großen Teil der erwerbstätigen Bevölkerung angehören, noch mehr Einschränkungen brachten, als es die Baupolizei-Verordnung für die Vororte tut. Da die Mehrheit der Gemeindevertreter aber so zu stimmen pflegt, wie es der Herr Gemeindevorsteher wünscht, wurde auch dieser Antrag gegen die Stimmen unserer Genossen abgelehnt.

Rankwitz.

Aus der Gemeindevertretung. An der Vangebahnenordnung hat der Kreisaußschuß einige Änderungen vorgenommen, welchen die Vertretung zustimmte. Die Einrichtung einer Direktorstelle an der höheren Mädchenschule zu Ostern 1911 wurde mit 9 gegen 6 Stimmen beschlossen; die Kinderzeit, zu welcher auch unsere Genossen gehörten, vertrat den Standpunkt, daß die Schule, welche 120 Schülerinnen hat, auch noch ohne Direktor geleitet werden könne, da doch das Gehalt desselben den Etat bedeutend belastet. Das Gehalt des Direktors soll dem des Gymnasiums gleichgestellt werden, es beträgt 6500—8400 M. nebst 1500 M. Wohnungsgeld. Ferner wurde die Errichtung von zwei Lehrerstellen an der Gemeindevorschule zu Ostern 1911 beschlossen. An der Hülfsklasse, welche für schwach begabte Kinder eingerichtet ist, sollte ebenfalls zu Ostern 1911 noch eine Lehrerstelle errichtet werden. Die Vertretung beschloß jedoch, diese Stelle schon zum Oktober d. J. zu besetzen, da die Hülfsklasse schon über 80 Schüler hat.

Nikolassee.

Aus der Gemeindevertretung. Auch die jüngste Landgemeinde des Kreises Zeltow scheint die Absicht zu haben, in die Fußstapfen ihrer älteren Schwestergemeinden zu treten. Auch hier wird es schon öftlich, Dinge der Kritik der Gemeindeglieder zu entziehen, die sehr wohl vor größter Öffentlichkeit verhandelt werden könnten. Es läßt sich wenigstens kein vernünftiger Grund einsehen, warum die Verhandlungen über den Nikolassee, der vor der Eintrocknung bewahrt werden soll, in geheimer Sitzung vorgenommen werden müßten.

Die besonderen Verhältnisse von Nikolassee bringen besondere Schmerzen. Die fast durchweg schwermütigen Einwohner zittern um ihr Eigentum. Man will deswegen eine mechanische Einrichtung obligatorisch einführen, die gleichzeitig gegen Einbruch und gegen Feuergefahr schützen soll. Ein unterirdisches Kabelnetz soll die Willen untereinander und mit einer Sicherheitswache verbinden. Die Leitung soll durch Hausanschlüsse bis in die einzelnen Zimmer geführt werden, und vermöge einfacher Hebelrucks im Falle der Gefahr die Wache herbeirufen. Zur Ausführung der Anlage werden aus Anleiheemitteln 25 000 M. bewilligt. Ueber die Art der Verteilung der Kosten soll später nach den Vorschlägen einer Kommission verfahren werden, die einstweilen mit dem Gemeindevorstand die Verteilung der Arbeiten regeln soll.

Ein Antrag, die Zahl der Wächter von 8 auf 5 zu vermindern, wird abgelehnt. Dagegen sollen der freiwilligen Feuerwehr 500 M. überwiesen werden zur Ausführung von Ruchpatrouillengängen, bis die mechanische Sicherheitsvorrichtung funktioniert. Jeder Wächter oder Feuerwehrmann, der einen Dieb festhält, daß er dem Gericht überliefert werden kann, soll eine Prämie von 100 M. aus Gemeindegeld erhalten. Geht eine neuzeitliche Einrichtung, den Menschenfang profitabel zu machen.

Falkenhagen-Seegefeld.

Von der Agitation. Nach langer Zeit hatten die hiesigen Parteigenossen wieder eine imposante Volksversammlung zu verzeichnen, allerdings unter freiem Himmel, da infolge des starken Druckes der Behörden es noch immer kein Gastwirt am Orte wagt, und seinen Saal zu Versammlungen zu geben. Am Sonntag lauschten Hunderte den wirkungsvollen Ausführungen unseres Reichstagskandidaten Dr. Karl Liebknecht, der scharfste Kritik an der völkseindlichen preussisch-deutschen Politik übte und unter lautem Beifall den Vorschlag der Sozialdemokratie schloß. Von den antwortenden Begleitern hatte keiner den Mut, dem Genossen Liebknecht entgegen zu treten. Der Verlauf dieser Versammlung bewies, daß auch hier die Stimmung der Bevölkerung um bedeutend günstiger geworden ist. Der Wahlverein hatte eine Anzahl neuer Mitglieder und Abonnenten des „Vorwärts“ zu verzeichnen. In der Diskussion wurden u. a. die schlechten Arbeitsverhältnisse in der hiesigen Schweinemästerei erwähnt und der Jubelsturm Ausdruck gegeben, daß die organisierten Arbeiter bald ein Lokal bekommen werden, um die Organisation besser ausbauen zu können.

Spandau.

Arbeiter-Samariterkolonne Spandau. Die Übungsstunde findet diese Woche, des Jahlabends wegen, nicht statt, dagegen werden die Mitglieder gebeten, sich am Freitag, den 15. Juli, zum Vortrag im „Dresdener Garten“, Dresdener Str. 45, recht zahlreich zu beteiligen. Der Vorstand.

Gerichts-Zeitung.

Eine Rede am Bismarckdenkmal — grober Unfug.

Anlässlich der Wahlrechtsdemonstration im Tiergarten hatte Buchhalter Meyer vom Sockel des Bismarckdenkmals ein paar Worte an die Umstehenden gerichtet und ein Hoch auf das freie Wahlrecht ausgebracht. In Uebereinstimmung mit Polizei und Staatsanwaltschaft hat das Schöffengericht diese Handlung als groben Unfug angesehen und Meyer zu einer Geldstrafe von 30 M. verurteilt. Vergebens hatte sich Meyer darauf berufen, daß an ihm doch nicht eine Handlung bestraft werden könne, wie sie in der Wahlordnung des Jahres 1907 der damalige Reichskanzler Fürst Bismarck ungestraft habe begehen können. — Gegen das Urteil des Schöffengerichts hat sowohl der Staatsanwalt, dem die Strafe zu niedrig ist, als auch der Angeklagte Verteidiger, Dr. Kurt Rosenfeld, Berufung eingelegt, der sich dagegen wendet, daß die kurze Ansprache als grober Unfug angesehen werde. — Die Strafkammer verwarf gestern beide Berufungen.

Es bleibt also dabei: das Reichskanzlers „patriotische“ Handlung ist erst strafbar, wenn ein anderer dieselbe verständig geänderte Handlung begeht. Das nennt man: gleiches Recht für Jedermann.

Einem „lieben Nachbar“

hatte der Restaurateur Lange, Pignierstr. 41, eine Anzeige wegen Ueberschreitung der Polizeistunde zu veranlassen. Der in der Nachbarhaft wohnende Schlächtermeister Lindner sah eines Abends, daß das Lange'sche Geschäftslokal nach Eintritt der Polizeistunde noch nicht geschlossen war. Dreizehntel Stunden suchte Lindner nach einem Schutzmännchen. Als er endlich einen gefunden hatte, erfuhr er ihn, Lange anzugehen. Der Schutzmännchen wußte, daß an jenem Abend ein Verein bei Lange tagte, der nicht an die Polizeistunde gebunden ist. Nur widerstrebend folgte deshalb der Schutzmännchen der wiederholten Aufforderung Lindners, das Lokal zu

verbidieren. Außer einigen Vereinsmitgliedern wurde im Geschäftslokal nur der Hausbesitzer angetroffen, der eben nach Hause gekommen war und, weil er den Haus Schlüssel verlegt hatte, den Weg durch das Lokal nahm ohne dort etwas zu verzeihen. Nachdem dieser Sachverhalt in der geistigen Schöffengerichtssitzung festgestellt worden war, wurde Lange natürlich freigesprochen. Weder ausdrücklich, daß nach Lage der Gesetze die Kosten dem liebevollen Schlächtermeister nicht auferlegt werden konnten.

Unzügliche Polizeivorkehr.

Die Polizeiverordnung des Regierungspräsidenten vom 1. Juli 1904, welche die Vorschriften über die Polizeistunde für den Regierungsbezirk Oppeln enthält, bestimmt im Anschluß daran, daß die für den öffentlichen Verkehr bestimmten Räume während der Zeit wo in ihnen keine Getränke verabfolgt werden, noch wäsche gebildet werden dürfen, geschloffen zu halten sind. Wegen Uebertretung dieser letzteren Vorschrift war der Gastwirt Matzka in Kreuzburg zu einer Geldstrafe in zweiter Instanz verurteilt worden. Das Lokal war nach Eintritt der Polizeistunde durch einen Besatz nicht verschlossen gefunden worden. Die Strafkammer in Kreuzburg erachtete die Bestimmung für rechtmäßig, daß die öffentlichen Geschäftslöcher nach Eintritt der Polizeistunde geschlossen sein müßten. Sie finde ihre Stütze in § 86 des Polizeiverwaltungs-Gesetzes.

Der Angeklagte legte Revision ein und machte geltend, die Frage der Polizeistunde sei im § 305 Absatz 11 des Strafgesetzbuchs erschöpfend geregelt. Eine Polizeivorkehr dürfe die fraglichen Vorschriften nicht verschärfen.

Das Kammergericht gab dieser Tage der Revision statt, hob die Vorentscheidung auf und sprach den Angeklagten mit folgender Begründung frei: Die Verordnung, die selber von der Polizeistunde handelt, wolle diese noch verschärfen. Wenn sie nun das Schließen der Geschäftsräume nach Eintritt der Polizeistunde vorschreibe, so sei zu fragen, ob dies im öffentlichen Interesse geboten sei. Es könne nicht angenommen werden, daß hierbei § 10 II 17 des Allgemeinen Landrechts zutrafte. Wie es sich mit der Polizeistunde verhalte, sei anderweit festgestellt, nämlich in § 305 des Strafgesetzbuchs. Man könne nicht sagen, daß es notwendig sei, daß das Lokal während der Herrschaft der Polizeistunde verschlossen sein müßte. Somit sei die fragliche Vorschrift nicht anwendbar. Uebrigens bedeute Geschlossenheit noch nicht Verschlossenheit. Auf jeden Fall sei der Angeklagte freizusprechen.

Verammlungen.

Die Holzbearbeitungsmaschinenarbeiter besprachen in ihrer Brandversammlung am Montag Fragen der Arbeitsvermittlung. Es handelt sich um die Vertragsbestimmung, wonach der paritätische Arbeitsnachweis für die Holzindustrie in erster Linie benutzt werden soll. Der Referent Windmüller führte unter anderem aus, daß der Vermittlung durch den paritätischen Arbeitsnachweis noch einige Mängel anhaften, die zum Teil auf die Arbeiter selbst, zum Teil aber auch auf die geschäftlichen Einrichtungen des Arbeitsnachweises zurückzuführen sind. Diese Mängel könnten und würden auch wohl mit der Zeit beseitigt werden. Sie seien natürlich nicht so erheblich, daß sie Anlaß zu grundsätzlichen Einwendungen gegen den paritätischen Arbeitsnachweis geben könnten. Es sei vielmehr Pflicht der Kollegen, darauf zu achten, daß die Bestimmung des Vertrages von den Vertragsmitgliedern unter allen Umständen innegehalten werde. Auch die nicht am Vertrage beteiligten Arbeitgeber müßten in jedem Falle darauf aufmerksam gemacht werden, daß es allgemein üblich sei, Arbeiter nur durch den paritätischen Arbeitsnachweis einzustellen. Umgehungen des paritätischen Arbeitsnachweises müßten der Kommission gemeldet werden, damit gegen solche Verträge eingeschritten werden könne. — In demselben Sinne bewegte sich die Diskussion. Es wurde gewünscht, daß die Geschäftstätigkeit des Arbeitsnachweises früher beginne und daß für die Vermittelten eine Karenzzeit festgesetzt werde, als Schutz vor einer zu langen Arbeitslosigkeit der Kollegen.

Deutscher Transportarbeiterverband. Am Sonntag fand eine Mitgliederversammlung der Sektion 5 statt, wo der Sektionsleiter Fromke den Geschäftsbericht für das erste Halbjahr erstattete. Zur Sektion 5 gehören die Hilfsarbeiter, Transportarbeiter und Bader, welche in der Elektro-, Eisen- und Metallindustrie beschäftigt sind. Dem Geschäftsbericht entnehmen wir folgende Angaben. Die Agitation setzte mit dem Beginn des Jahres lebhaft ein. Sie hatte den Erfolg, daß die Mitgliederzahl der Sektion von 3192 auf 4562 stieg. Das ist eine Zunahme von 1350. Außer dem Transportarbeiterverband kommen für die hier genannten Arbeiter noch andere Organisationen in Betracht, nämlich der Fabrikarbeiterverband mit 900, der Metallarbeiterverband mit 950, sonstige Verbände mit 400. Es sind demnach 6582 Arbeiter dieser Branche organisiert, während etwa 11 500 beschäftigt sind. Trotz des guten Resultats vom ersten Halbjahre bleibt also der Agitation noch ein großes Arbeitsfeld. Der Fortschritt im Organisationsverhältnis ist unüberkennbar. Vor zwei Jahren waren noch 60 bis 65 Prozent der in Frage kommenden Arbeiter nicht organisiert, während jetzt nur noch 40 Proz. der Organisation fernstehen. Bei lebhafter Agitationstätigkeit wird es gelingen, auch diese nach und nach für den Verband zu gewinnen. — Der wirtschaftliche Aufschwung brachte eine lebhaftere Lohnbewegung mit sich. Im Laufe des Halbjahres fanden in 13 Betrieben mit 2128 Verbandsmitgliedern Lohnbewegungen statt, die alle von Erfolg begleitet waren. Es wurden Lohnaufbesserungen von 2 bis 3 Pf. pro Stunde erreicht. In einem Betriebe kam es zum Streik, der 7 1/2 Wochen dauerte, dann aber den Erfolg hatte, daß eine Lohnerhöhung von 2 1/2 Pf. ausgesetzt wurde. — Die Sektion hat in den Betrieben 235 Vertrauensleute. In jeder Meisterabteilung soll ein Vertrauensmann vorhanden sein. — Die geschäftliche Tätigkeit der Sektion wurde erledigt in 220 Vertretersprechungen, 35 Betriebsversammlungen, 52 Sitzungen der Vertrauensmänner, 7 Sitzungen der Sektionsleitung, 20 Kartellsitzungen, 12 Verhandlungen mit Arbeitgebern, 24 Sitzungen mit Arbeiterausschüssen, 11 Branchenitzungen, 46 Streikversammlungen. — Die Vorkaufstätigkeit des Sektionsleiters erstreckte sich unter anderem auf die Anfertigung von 215 Schriftsätzen für Mitglieder und 35 mündlichen Auskünften in Rechtsfragen. — Der Bericht der Agitationsklasse zeigt eine Einnahme von 924,40 M., eine Ausgabe von 637,55 M., bleibt ein Bestand von 286,85 M. Einwendungen gegen die Tätigkeit der Sektionsleitung wurden in der Diskussion nicht erhoben. — Wagner und Fromke gaben den Bericht vom Verbandstage. Sie sprachen ihre besondere Freude über die Verschmelzung mit den Seelentun und Hafnarbeitern aus und gaben der Erwartung Ausdruck, daß der Verband, der zurzeit 150 000 Mitglieder hat, bis zum nächsten Verbandstage auf 200 000 Mitglieder anwachsen möge.

Wasserstands-Nachrichten

Der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Deutschen Wetterbureau.

Wasserstand	am 11. 7.	seit 10. 7.	Wasserstand	am 11. 7.	seit 10. 7.
	am	am)		am	am)
Remel, Tüft	130	+10	Scale, Broditz	198	+56
Regel, Ansternberg	96	+11	Sabel, Spandau)	50	+5
Reichel, Dorn	42	0	Rathenow)	16	+1
Ober, Rathbor	214	+30	Spreo, Spremberg)	142	+62
Krossen	165	+17	Reeslow	74	0
Frankfurt	143	+11	Weser, Rindow	10	+20
Barthe, Schrum	43	+6	Winden	45	+5
Landberg	26	+4	Rhein, Ragowillandau)	748	+19
Verham	19	-8	Rauß	629	-5
Alte, Leimnitz	110	+60	Rhin	676	-7
Dresden	42	+38	Reich, Seibrom	100	-28
Wald	155	+21	Rain, Wertheim	223	+18
Magdeburg	150	+15	Wojel, Trier	225	-42

) + bedeutet Hoch, — Fall. — Unterdegal.